

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1/2019

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Januar-Februar 2019

Redaktionsnotiz.....	3
Solidaritätsaufruf.....	4
<i>Rote Hilfe</i> : Rote Hilfe e.V. ist politische Akteur*in und leistet legitime Solidaritätsarbeit.....	4
Aktuelles zum deutschen Imperialismus.....	5
<i>Frank Flegel</i> : Über die Funktion der Welt-Leitwährung im Imperialismus und die aktuellen Kämpfe um sie.....	5
<i>Torsten Schöwitz</i> : Schlusswort bei der Konferenz „100 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD“ am 24.11.2018 in Berlin. Schlussfolgerungen und Orientierungen.....	8
Novemberrevolution.....	14

<i>IΦB</i> : Trotz alledem – Die Novemberrevolution 1918/19.....	14
Briefe an die Führung der SED 1968/69.....	36
<i>Hermann Jacobs</i> : „Tschechische Briefe“.....	36
Dokumentiert: Bolschewistische Plattform in der KPdSU.....	48
<i>Dr. Phil. T. Khabarova</i> : Ist Marx für uns heute aktuell?.....	48
Von einem eingelagerten Denkmal.....	65
<i>Stephan M. / Sergej Turttschenko</i> : Die Heldin der Sowjetunion Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja.....	65
Fernstudium.....	72
<i>Frank Flegel</i> : Bericht von den beiden vierten Seminaren unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums.....	72
Melodie & Rhythmus	74
<i>Redaktion offen-siv</i> : Die linke Kulturzeitschrift „Melodie und Rhythmus“ erscheint wieder!.....	74
Aus der Leser/innen-Post.....	77
<i>Karsten Schönsee</i> : 30 Jahre nach der Konterrevolution Antwort auf die Frage geben: „Wie konnte das geschehen?“.....	77
<i>Jörg Wegener</i> : Der wichtigste Beitrag.....	78
<i>Hermann Jacobs</i> : Nichts Besonderes.....	79
<i>Vitali Kobel</i> : Ich gratuliere der Zeitschrift „offen-siv“ zum 25-jährigen Jubiläum.....	80

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Hiermit senden wir Euch das erste offen-siv-Heft des Jahres 2019 zu.

Wir haben einige größere Vorhaben in diesem Jahr zu bewältigen. Zunächst stehen da zwei zusätzliche Veröffentlichungen an.

Erstens ein Sonderheft von Zbigniew Wiktor: „Die Geschichte des Kampfes um die klassenlose Gesellschaft und dessen Perspektiven (von Marx bis in die nähere Zukunft)“. Der Text liegt uns in englischer Sprache vor, aber wir arbeiten bereits an der Übersetzung ins Deutsche.

Zweitens ein neues Buch von Michael Kubi: „Zur Geschichte der Sowjetunion. Eine totalitäre Diktatur der Bürokraten?“ Es handelt sich um eine ausgezeichnete und akribisch belegte Ideologiekritik, also um die Entlarvung all der Lügen und Verdrehungen, die die Geschichte der Sowjetunion in ihrer Entwicklung begleitet haben und die noch heute zwecks Diskreditierung jeglicher Systemalternative gehätschelt und gepflegt werden – und das nicht nur von konterrevolutionären bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften, sondern leider auch von Anhängern der kommunistischen Bewegung. Es geht also um nichts Geringeres als um den historischen und aktuellen Kampf um die Deutungshoheit über den ersten sozialistischen Staat der Welt. Das Manuskript ist gerade im Lektorat.

Beide Veröffentlichungen gehören wie immer zum Abo der offen-siv und werden Euch wie die offen-siv-Hefte auf Spendenbasis zugesandt werden, d.h. jede/r gibt nach persönlichem Können und Vermögen.

Ende des Jahres wird eine große Konferenz der KPD stattfinden, die wir nach Kräften unterstützen und mitorganisieren, eine Konferenz zum 70. Jahrestages der Gründung der DDR. Sie wird eine zweitägige Konferenz sein und stattfinden am 5. und 6. Oktober in Berlin. Die Beiträge und Resultate der Konferenz werden im Anschluss veröffentlicht.

Zwischendurch werden wir den aktuellen (Doppel-)Durchgang des Fernstudiums abschließen (im September) und danach weiter an der Qualifizierung von Referent/innen und Teamern für das Fernstudium arbeiten, denn irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem wir den Staffelstab weitergeben müssen.

Selbstverständlich sind neben den genannten Projekten Aktivitäten gegen die wachsende Gefahr eines imperialistischen Krieges, Solidarität mit der Roten Hilfe und einiges mehr notwendig und innerhalb der kommunistischen Bewegung weitere Bemühungen dazu, die Kommunisten, also die Marxisten-Leninisten im Lande zusammenzuführen

Wie Ihr seht, wird es nicht langweilig werden.

Zum Schluss wie immer ein paar Worte zu den Finanzen:

All das eben Aufgezählte wird Geld kosten, zum Teil ziemlich viel Geld. Wir hoffen auf Eure Unterstützung.

Den Rechenschaftsbericht für 2018 können wir in diesem Heft noch nicht veröffentlichen, da noch nicht alle Abrechnungen vorliegen. Ihr werdet ihn in der Ausgabe März-April 2019 finden.

Spendenkonto offen-siv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Solidaritätsaufruf

Rote Hilfe: Rote Hilfe e.V. ist politische Akteur*in und leistet legitime Solidaritätsarbeit

Pressemeldungen zufolge plant das Bundesinnenministerium ein Verbot unseres strömungsübergreifenden linken Solidaritätsvereins. Mit Verweis auf angeblichen „Extremismus“ soll uns demnach die politische Arbeit untersagt werden.

Hierzu erklärt Anja Sommerfeld, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.:

„Vieles an den Berichten über ein angebliches Verbot unseres Vereins erscheint erstmalig unklar. Wir wissen nicht, ob es sich um ein vorschnelles Statement aus dem Umfeld des durch Wahldebakel und Maaßen-Affäre politisch angeschlagenen Bundesinnenministers Horst Seehofer handelt, oder ob er selbst die Absicht verfolgt, die Rote Hilfe e.V. zu verbieten. Falls es zu einem Verbotsverfahren kommen sollte, werden wir uns natürlich juristisch und politisch verteidigen. Die Arbeit der Roten Hilfe e.V. ist legitim. Wir stehen linken Aktivist*innen und sozialen Bewegungen mit Rat und Tat zur Seite, wenn es zu Repression, Polizeigewalt oder Grundrechtsverletzungen kommt. Mit dieser Arbeit sind wir seit Jahrzehnten Teil der politischen Landschaft in der BRD. Das mag konservativen und rechten Kreisen nicht gefallen, rechtfertigt aber kein Verbot. Die Rote Hilfe e.V. ist manchen Behörden ein Dorn im Auge, weil sie politische Repression öffentlich thematisiert und Partei für die Betroffenen ergreift.“

Die Rote Hilfe e.V. ist ein offener, pluraler Verein für alle linken Initiativen und sozialen Bewegungen. Wir geben Hilfestellung im Fall von Ermittlungsverfahren oder Verurteilungen. Zum Beispiel vermitteln wir Anwalt*innen oder leisten finanzielle Unterstützung, damit Aktivist*innen nach einem langwierigen Verfahren nicht vor dem Ruin stehen. Angesichts der repressiven Verhältnisse und einer Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts ist die Arbeit der Roten Hilfe e.V. notwendiger denn je.

Egal ob es sich um Repression im Hambacher Forst, die Unterstützung von Demonstrant*innen gegen AfD Parteitage oder die Forderung nach Freilassung von in Deutschland vor Gericht stehenden türkisch-kurdischen Oppositionellen handelt: Die Rote Hilfe e.V. steht an der Seite der Betroffenen und bündelt die Solidaritätsarbeit für die Betroffenen. Das ist der Grund, warum wir Mitgliederzulauf bekommen, für den wir sehr dankbar sind.

Wir rufen alle Menschen aus den sozialen Bewegungen auf, unserer pluralen strömungsübergreifenden Organisation beizutreten. Wir haben eine Vielzahl an Beteiligungsmöglichkeiten und freuen uns immer über neue politische Impulse. Und wir danken darüber hinaus den zahlreichen Spender*innen, die unsere Arbeit erst möglich machen. Wir lassen uns nicht einschüchtern und führen unsere Arbeit fort.“

Rote Hilfe e.V.

Aktuelles zum deutschen Imperialismus

Frank Flegel: Über die Funktion der Welt-Leitwährung im Imperialismus und die aktuellen Kämpfe um sie

1.- Die nationale Währung

Eine nationale Währung entsteht mit der Herausbildung einer nationalen Zirkulationssphäre. Diese Herausbildung gründet in der Entstehung eines relativ einheitlichen Wirtschaftsraumes in den Staaten des Spätfeudalismus bzw. während deren Erosion. Diese entstehenden Wirtschaftsräume waren nicht immer identisch mit den Staatsgrenzen der Feudalstaaten (siehe Deutschland, großdeutsche oder kleindeutsche Lösung als Frage bei der Staatsgründung).

Eine nationale Zirkulationssphäre braucht freien Waren- und Kapitalverkehr sowie eine einheitliche Währung zu deren Abwicklung.

2.- Das Verhältnis der nationalen Währungen untereinander

Kapital- und Warenverkehr macht selbstverständlich an den nationalen Grenzen nicht halt, deshalb sind berechenbare und halbwegs stabile Währungskurse der unterschiedlichen nationalen Währungen untereinander für das Kapital von großem Vorteil. Im System selbst allerdings ist keine Stabilität angelegt oder gar garantiert.

Die Währungskurse, einmal gegeben, drücken sie in einem jeweiligen Geldquantum ein gewisses Quantum geronnener menschlicher Arbeit aus. Schwankungen der Währungskurse untereinander können unterschiedliche Ursachen haben wie inflationäre Prozesse in einem Land, wodurch zwangsläufig ein Wertverlust der Währung im Vergleich zu anderen Währungen eintreten muss, oder ungleiche Produktivkraftentwicklungen in unterschiedlichen Nationalstaaten. Da die den Weltmarkt mittels Kapital- und Warenmengen beherrschenden Staaten selbstverständlich auch die produktivsten Wirtschaften besitzen (sonst wären sie nicht die weltmarktbeherrschenden), bestimmen sie das gesellschaftlich durchschnittliche Maß der für die Herstellung eines Produktes notwendigen Arbeit. Wer hinter der Produktivität dieser führenden Staaten zurückbleibt, zahlt drauf, und dies u.a. dadurch, dass die dortige Währung im Vergleich zur Währung der fortgeschritteneren Staaten an Wert verliert. Das ist ein langfristiger Prozess, der begleitet und zum Teil überlagert wird von der Entwicklung der imperialistischen Zentren. Es gibt für die Bewegungen der Wechselkurse also nicht nur eine Ursache.

3.-Die Herausbildung einer Welt-Leitwährung und die Bedeutung für das Land, welches sie stellt

Das Führungsland des Imperialismus hat seine ökonomischen Krakenarme in vielen Ländern der Peripherie, beherrscht große Teile der Rohstoffvorkommen und vermarktet diese. So wird die Währung dieses Führungslandes zu einer internationalen Währung, große Teile des Welthandels, also auch des Handels mit den imperialistischen Konkurrenten, werden in dieser Währung abgewickelt und so wird sie zur Weltleitwährung. Nach dem II. Weltkrieg war diese für einige Jahrzehnte unangefochten der US-Dollar.

Weltleitwährung zu sein bringt viele Vorteil für die Situation des imperialistischen Führungslandes, zementiert sozusagen diese Position, denn die Staatsbank kann wesentlich mehr Geld in Umlauf bringen, als die nationale Zirkulationssphäre aufnehmen könnte¹.

¹ Geld als Zeichengeld bzw. Rechengeld hat keinen eigenen Wert, wie ihn beispielsweise der Silbertaler im Mittelalter noch hatte und haben musste, denn damals gab es noch keine nationalen Zirkulationssphären und keine staatliche Zentralbank. Zeichengeld bedeutet, dass das Geld ein Zeichen des Wertes ist, dass es nur Wertsein darstellt, weil die Waren ihren Wert in ihm ausdrücken. Insofern ist die gesamte Wertsumme, die das in einer nationalen Zirkulationssphäre zirkulierende Geld, sei es Papiergeld oder Rechengeld, darstellt, bestimmt von der zirkulie-

Das bedeutet einerseits, dass eine Niedrigzinspolitik möglich wird, wie wir sie gerade in der EU haben. Kredite werden „billig“. Eine solche Politik pumpt große Mengen Geld/Kapital in die Ökonomie und die Warenzirkulation, erleichtert so Investitionen und kurbelt den privaten Konsum an.

Und das bedeutet andererseits, dass ein astronomisches Staatsdefizit tragbar wird, weil beides nicht zu einer galoppierenden Inflation führt.

Warum nicht? Weil ständig große Mengen der nationalen Währung aus der nationalen Zirkulationssphäre abfließen, für die Weltmarktgeschäfte gebraucht und zusätzlich von anderen Ländern bzw. Staatsbanken als Devisenreserven und Staatsschatz aufgehäuft werden.

So werden staatliche Investitionszuschüsse, Hilfen und Garantien für den Kapitalexport, eine andere Länder ökonomisch erpressende Außenpolitik und zur Absicherung all dessen ein riesiger Militärapparat relativ problemlos möglich. Dadurch werden ungeheure Massen an Extraprofiten, Monopolprofiten und Profiten aus den vom Imperialismus unterdrückten und abhängig gemachten Ländern realisiert, was die Vormachtstellung des imperialistischen Führungslandes natürlich weiter stärkt.

4. Der aktuelle Kampf um die Position der Weltleitwährung

Das Gesetz der ungleichen Entwicklung, das den Kapitalismus auszeichnet, macht auch vor dem gerade skizzierten Mechanismus nicht halt. Zwar wird die Geschwindigkeit der Ablösung ehemals führender Länder durch aufstrebende andere etwas gebremst, nicht aber grundsätzlich außer Kraft gesetzt. Diesem Prozess wohnen wir seit der Konterrevolution bei. Die EU (unter deutscher Führung) ist inzwischen so weit erstarkt, dass der Euro die zweitwichtigste Währung der Welt geworden ist. Neben den 19 Euro-Staaten nutzen ihn weitere 60 Länder weltweit, z.T. haben sie ihre Währungen an den Euro gebunden. Der Euro macht ein Fünftel der Fremdwährungsreserven ausländischer Zentralbanken aus.

Dies ist die Situation, in der nun die EU-Kommission zum Angriff auf die Stellung des US-Dollars als Weltleitwährung bläst. Am 5.12.2018 legte die EU-Kommission ein Ideenpapier vor, wonach der Euro international eine wichtigere Rolle spielen soll. Vor allem die Energieimporte der EU sollen zukünftig in Euro und nicht mehr in Dollar abgewickelt werden. Das ist ein Markt von 300 Milliarden Euro jährlich. Au-

renden Warenmenge und deren Wert (geteilt durch die Umschlagsgeschwindigkeit, was nur heißt, die Tatsache zu berücksichtigen, dass sagen wir ein 5-Euro-Geldschein Waren im Wert von beispielsweise 15 Euro pro Tag zirkulieren kann). Wird die zirkulierende Geldmenge willkürlich erhöht, steigt nicht der tatsächliche Wert dieser Geldmenge, auch wenn sie nominal größer geworden ist, stattdessen sinkt der Wert des einzelnen Geldscheines, wir haben eine Inflation. Dieser Mechanismus wird für das Land, das die Weltleitwährung stellt, zwar nicht gänzlich aufgehoben, der Spielraum der Geldpolitik aber wird wesentlich erweitert.

Berdem blickt man interessiert auf die Sanktionspolitik der USA. Diese wollen Konzerne, die sich den US-Sanktionen (z.B. gegen Russland) nicht beugen wollen, vom US-Finanzsystem abschneiden, so dass sie keine Geschäfte mehr in US-Dollar abwickeln können und massive Einbußen befürchten müssen. Eine stärkere Rolle des Euro auf dem Weltmarkt könnte für solche Konzerne interessant sein. DPA sagt dazu: „In den USA dürften die Ideen neuen Unmut auslösen“ (HNA, 6.12.2018)

Nach dem oben Dargestellten dürfte klar sein, dass das neue Vorhaben der EU den Kampf um die imperialistische Führungsposition auf eine neue Ebene hebt, denn wenn die Pläne gelingen, werden die USA wesentlich geschwächt, der US-Dollar kann ins Trudeln geraten, das Staatsdefizit wirkt eventuell inflationär, es wird für die USA schwieriger werden, den Rüstungshaushalt in der jetzigen Höhe aufrecht zu erhalten usw. Die EU macht den USA ganz offen den Platz 1 in der imperialistischen Pyramide streitig.

Dass die EU weiß, was sie tut, zeigen die verstärkten Bemühungen zur Schaffung einer von den USA und der NATO unabhängigen europäischen Streitmacht.

Es bewahrheitet sich wieder einmal: so lange es den Imperialismus gibt, gibt es Krieg. Um diesen zu verhindern bräuchten wir eine starke, bewusste Arbeiterbewegung und eine ebensolche Friedensbewegung. Beides haben wir zur Zeit leider nicht, im Gegenteil, die zutiefst konterrevolutionäre Situation dauert ungebrochen an. Wir tun unser Bestes dafür, das zu ändern.

Torsten Schowitz: Schlusswort bei der Konferenz „100 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD“ am 24.11.2018 in Berlin. Schlussfolgerungen und Orientierungen

Liebe Genossinnen und Genossen, Werte Gäste!

Zum Abschluss unserer Festveranstaltung möchte ich noch ein paar Schlußfolgerungen und Orientierungen für die Politik der KPD machen.

Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, als Vertreter der Bourgeoisie erzählen der Arbeiterklasse ständig, wie erfolversprechend die soziale Marktwirtschaft sei. Man müsse nur für mehr Demokratie und für soziale Reformen kämpfen, dann würde es allen gut gehen.

Wir aber wissen, soziale Marktwirtschaft ist Kapitalismus und unterliegt allen objektiven Gesetzmäßigkeiten, die Karl Marx im Kapital beschrieben hat. In der höchsten

Form des Kapitalismus, dem Imperialismus gelten nach wie vor die Gesetzmäßigkeiten, wie sie von Lenin in der Imperialismusanalyse dargelegt wurden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auch unsere Epochebestimmung bleibt. Wir leben in der Epoche der sozialistischen Revolution.

Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte, Umweltschutz, gute Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft, sichere und sichernde Renten, gute und kostenlose Gesundheitsversorgung usw, das kann es nur auf der Grundlage des Sozialismus geben.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Eine revolutionäre Situation kommt oft schneller als man denkt, denn die nächste Krise kommt bestimmt. Sogar die bürgerliche Klasse redet davon. Und diese Krise wird härter als die Letzte.

Der Konkurrenzkampf der imperialistischen Zentren, der Kampf um Absatzmärkte und Einflusssphären verschärft sich immer weiter. Schauen wir nur auf seine aktuelle Formen, der Handelskrieg offen und verdeckt zwischen der USA und China, zwischen der USA und der EU, Brexit, die Kriege in Syrien und der Ukraine. Schauen wir auf die Aufrüstung und Konfrontation gegen Rußland. Da werden Manöver durchgeführt und Planungsspiele eines Krieges der NATO gemacht, die eindeutiger nicht sein können. Bei einem jüngsten Treffen mit Genossen der KPTSch kam der Hinweis, dass man man von Seiten der tschechischen Regierung sehr besorgt sei um den Zustand von maroden Brücken in Tschechien. Glaubt wirklich irgend jemand, dass es den Oberen um die tschechischen Autofahrer geht. Es geht um die Tragfähigkeit von Militärgerät.

Am 13.11.2018 hielt die Kanzlerin Merkel eine Rede im Europaparlament in Straßburg. "Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen", sagte Merkel. "Das wäre keine Armee gegen die Nato, sondern eine Ergänzung."

Was für ein Wahnsinn. Aber wir sehen die Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaft offen.

Weltweit werden von den USA Todesschwadronen aufgebaut, trainiert, bezahlt, mit Waffen versorgt. Eingesetzt werden sie in völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Angriffskriegen. Die Liste ist zu lang, um sie hier zu nennen. Syrien und Libyen sind nur jüngste Beispiele. Neue Konflikte sind in Arbeit. Unsere „Qualitätsmassenmedien“ verkaufen uns das dann als Revolution, als Bürgerkrieg. Sie machen sich damit zum Komplizen. Was interessiert es den Imperialismus dass es eine UN Charta gibt.

Nichts. Da benutzt man Kriminelle und skrupellose Mörderbanden um Regierungen auszutauschen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

so bereitet man Kriege vor und führt sie durch. Das ist die Erfahrung der letzten 100 Jahre. Und wenn es mal unbeliebte Personen gibt, dann verschwinden diese auch mal spurlos, wie das der Fall Jamal Khashoggi zeigt. Da hat Saudi Arabien von den westlichen Geheimdiensten gut gelernt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Zahl der Milliardäre steigt von Jahr zu Jahr. Innerhalb des letzten Jahr von 2043 auf 2208. Die Verteilung des Reichtums verschiebt sich immer weiter in Richtung des reichsten 1 Prozent der Bevölkerung, national und international.

Mal ein Beispiel aus unserem Land. Die Hauptaktionäre von BMW, Stefan Quant und Susanne Klatten habe bis jetzt drei Jahre in Folge pro Jahr ca. 1 Milliarde € an Dividende erhalten. Also 2 Personen erhielten pro Jahr Eintausend Millionen €. Sehr fleißige Menschen vermutlich. Wieviel Schulen, Kindergärten, soziale Einrichtungen usw könnte man davon jährlich bauen. Und ich habe nur über 2 Personen gesprochen. Schaut euch selber die Liste der 1000 reichsten Deutschen an, oder die Liste der Reichsten international.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Was bedeutet das für die Arbeiterklasse. Die Intensität der Ausbeutung steigt. Das bedeutet natürlich steigender Leistungsdruck auf Arbeit. Das Ergebnis sind mittlerweile alarmierende Zahlen von so genanntem Burn-out. Und damit niemand aufmuckt, droht man mit Industrie 4.0, sprich, arbeitest du nicht effektiv und kostengünstig, dann ersetzt dich ein Computer oder ein Roboter. Was für ein Wahnsinn, gesetzmäßig halt. Wir haben einen gigantischen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und sind nicht fähig, ihn zu gesellschaftlichen Fortschritt zu machen. Warum nicht? Na, weil es um den Profit geht und nicht um den Produzenten des Profits.

Hier noch die neueste Keule gegen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Der Umweltschutz, der wird natürlich losgelöst vom Menschen praktiziert. Da werden Dieselfahrzeuge älterer Generationen von bestimmten Straßen oder Gebieten verbannt. Natürlich trifft es dabei vor allem die Fahrzeugbesitzer, die ein geringes Einkommen haben und die kein großes Vermögen besitzen und sich keine neuen Fahrzeuge leisten können. Glaubt eigentlich wirklich irgendjemand, dass das die Umwelt schützt?

Unsere Lösung ist: der Kapitalismus muss weg. Das ist der erste wirkliche Schritt um die Umwelt zu schützen und etwas für das Klima zu tun.

Liebe Genossinnen und Genossen,

da kommen Millionen Menschen aus Kriegsgebieten und armen Ländern dieser Welt, weil sie auch in Frieden, Sicherheit und bescheidenen Wohlstand leben wollen. Was ist die gesellschaftliche Antwort hier in diesem kapitalistischen Deutschland. Pegida, AFD und Frontex. also Rassismus, Nationalismus und Abschottung. Mehr Lösung fällt dieser Gesellschaftsordnung nicht ein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir können die Medaille drehen und wenden wie wir wollen, es gibt nur eine Lösung für die Probleme dieser Menschheit: das ist der Sozialismus. Das hat die Existenz der sozialistischen Länder seit Anbeginn bis heute gezeigt. Es geht ohne Ausbeutung.

Die Zukunft gehört der sozialistischen Gesellschaft. Das mag vielen heute noch als Widerspruch erscheinen. Doch die Dialektik ist klar. Es bleibt dabei. Die revolutionäre Kraft bleibt das Proletariat. Im Sozialismus hat das Proletariat die Macht und plant zentral die Wirtschaft, die sich in Form von gesamtgesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln (Volkseigentum und genossenschaftlichem Eigentum) befindet. Ziel bleibt die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse, Ziel ist nicht mehr und mehr Konsum. Das führt zur Zerstörung unserer Welt, das führt zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, das führt zur Barbarei.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es stellt sich also die Frage, was wir damals vor 100 Jahren, wie heute auch, brauchen. Die Antwort ist damals wie heute die gleiche. Das ist eine starke kommunistische Partei auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung. Das ist also eine Partei im Gegensatz zu allen bestehenden bürgerlichen Parteien, die die Eigentumsfrage an Produktionsmitteln in den Mittelpunkt der Diskussion stellt.

Die Erfahrungen der 100 Jahre seit der Novemberrevolution zeigen ganz deutlich, die Arbeiterklasse führt einen ständigen Kampf für den Sozialismus. Hat die Arbeiterklasse keine starke Partei im Klassenkampf an ihrer Spitze, wird sie in der Revolution geschlagen.

Hat die Arbeiterklasse aber eine solche Partei an ihrer Spitze, gewinnt sie die Revolution und kann die Macht der Arbeiterklasse errichten.

Da stellt sich die Frage: Haben wir diese kommunistische Partei in diesem Land heute? Nein.

Deswegen ist es die Aufgabe der KPD, alles zu tun, damit diese Partei entsteht und sich formiert. Brauchen wir eine beliebige KP? Nein. Wir brauchen eine programma-

tisch konsequente. Aus diesem Grund möchte ich auch heute wieder die Gelegenheit nutzen, um die von uns beschlossenen programmatischen 10 Punkte zu wiederholen.

„1. Die kommunistische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse. Ihre historische Mission besteht in der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Die Überwindung des Kapitalismus ist nur durch die sozialistische Revolution möglich, das bedeutet, die Errichtung der Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse. Sie nutzt diese Herrschaft, um das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben und diese in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Mit dem Aufbau des Sozialismus, der Aufhebung der Klassen und der planmäßigen Weiterentwicklung der sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft werden die Voraussetzungen für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, geschaffen.

2. Die kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes. Sie beherrscht alle Formen des Kampfes, den sie gezielt in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht führt. Sie lehnt die Gedanken des Reformismus und der schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ab. Trotzdem kämpft sie für positive Reformen im Interesse der Arbeiterklasse.

3. Die kommunistische Partei ist eine konsequent antiimperialistische Partei. Sie steht gegen das imperialistische Weltsystem, welches die Erde in imperialistische Hauptmächte und abhängige Länder teilt. Abhängige Länder, also die, die vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Die kommunistische Partei verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen imperialistische und neokoloniale Versklavung, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismusse, seien es der USA-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefassten Mächte.

4. Die kommunistische Partei ist eine internationalistische Partei. Sie ist Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung und leistet in ihrem eigenen Land ihren Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Sie pflegt den brüderlichen Kontakt und Austausch mit den kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder. Sie erklärt ihre Solidarität mit den bestehenden sozialistischen Staaten.

5. Die kommunistische Partei ist eine antifaschistische Partei. Sie bekämpft vehement den Faschismus, ob er nun in Form faschistischer Gruppierungen oder über die Faschisierung des Staates droht. Sie unterstreicht den Charakter des Faschismus als besondere Herrschaftsform der monopolistischen Bourgeoisie, als offene und terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals.

6. Die kommunistische Partei hat als Organisationsform den demokratischen Zentralismus. Sie ist daher nach den Prinzipien der Demokratie, der zentralen Leitung, der Kontrolle, der Einheitlichkeit und Verbindlichkeit, der Disziplin, der Kollektivität und Verantwortung sowie der Kritik und Selbstkritik organisiert.

7. Die kommunistische Partei ist eine marxistisch-leninistische Partei. Das gesamte Wirken der kommunistischen Partei basiert auf den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, sowie anderer Theoretiker mit ihren Werken der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, sowie den Erfahrungen des geschichtlichen Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse um die Eroberung der Macht und den Aufbau des Sozialismus. Hierauf gründen sich Analyse, Programmatik und Strategie der kommunistischen Partei.

8. Die kommunistische Partei hat eine revolutionäre Vergangenheit. Sie steht in den besten Traditionen der revolutionären und marxistischen Arbeiterbewegung, des Bundes der Kommunisten, der Internationalen Arbeiterassoziation, der frühen II. Internationale und der Kommunistischen Internationale. Sie bekennt sich zur revolutionären und positiven Rolle und zur historischen Bedeutung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in der UdSSR und dem sozialistischen Teil Europas, also dem sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit. Dabei stellen wir als deutsche Kommunisten fest, daß die Deutsche Demokratische Republik das Beste war, was die revolutionäre Arbeiterklasse in Deutschland in ihrer Geschichte hervorgebracht hat. 9. 9. Die kommunistische Partei sieht im Opportunismus und Revisionismus und in seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus, die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Sie verzichtet aber nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen. Sie gewinnt Erkenntnisse für die Gegenwart, indem sie das Gute bewahrt und aus Fehlern lernt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Marxismus-Leninismus anzuwenden, schöpferisch weiterzuentwickeln und gegen den Revisionismus und „linken Radikalismus“ zu verteidigen.

10. Die kommunistische Partei ist die Partei der Zukunft. Ihre Existenz ist von zentraler Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Ohne sie wird es nicht möglich sein, den zerstörerischen Kapitalismus effizient zu bekämpfen und zu besiegen. Sie ist eine Notwendigkeit, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Die kommunistische Partei gibt die orientierende Antwort auf die Fragestellung: Sozialismus oder Barbarei.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Ende möchte ich noch mal betonen, das erfolgreichste Umsetzen der Erkenntnisse aus der verlorenen Novemberrevolution und nach der Gründung der KPD auf deutschem Boden war der Aufbau des Sozialismus in der DDR. Aus diesem Grund werden wir auch im kommenden Jahr den 70. Jahrestag der Gründung der DDR begehen. Ihr seid alle dazu recht herzlich eingeladen.

Liebe Genossinnen und Genossen und vor allem liebe Gäste,

natürlich seit ihr auch herzlich eingeladen, unserem Kampfbund Gleichgesinnter beizutreten und mitzuhelfen, dass aus der heutigen KPD und Kommunisten anderer Organisationen sowie von Einzelkämpfern eine KPD Thälmannscher Prägung wird, die in einer entsprechenden Situation das Erbe der SED wieder antreten kann.

In diesem Sinne bedanke ich mich für eure Teilnahme und für den guten Verlauf, vielen Dank an Agitprop Gruppe Hannover, an unsere Parteigruppe aus NRW, vielen Dank an die Berliner Genossen für die Ausgestaltung des Raumes, Vielen Dank an Genossen Klaus-Peter Schöwitz für die Mühen, um die Kunstwerke hierher zu bekommen und noch vielen Dank an alle Helfer, die an der Vorbereitung und Durchführung unserer heutigen Veranstaltung beteiligt waren.

Zum Abschluß singen wir gemeinsam die Internationale.

Novemberrevolution

***IΦB*²: Trotz alledem – Die Novemberrevolution 1918/19**

0. Vorbemerkung

Vor einigen Monaten schrieb eine gewisse Karin Nink, ihres Zeichens Chefredakteurin des sozialdemokratischen Parteiorgans »Vorwärts«, im Editorial einer der Novemberrevolution gewidmeten Beilage:

»[I]n der Geschichte unseres Landes war es vor allem die SPD, die sich immer wieder für ein demokratisches Deutschland einsetzte. Ein Beispiel dafür ist die Novemberrevolution 1918. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die die Grundlagen für einen demokratischen Sozialstaat legten und die erste deutsche Republik gründeten. Denn die SPD hielt eisern daran fest, vor allem anderen die parlamentarische Demokratie zu sichern. In den daraus entstandenen Auseinandersetzungen und Kämpfen mit den Kommunisten von November 1918 bis in das Jahr 1919 hinein ging es nicht zimperlich [*sic!* – *IΦB*] zu. Die SPD-Regierung setzte gegen den gewaltsamen Umsturzversuch der Kommunisten Militär ein.«

Neckisch-bagatellisierend als »nicht zimperlich« beschreibt die in ihrem bequemen Redaktionssessel hockende »Qualitätsjournalistin« im Abstand von 100 Jahren das

² Der Name des Verfassers ist der offen-siv-Redaktion bekannt

terroristische Wüten der Konterrevolution, welches von den sozialdemokratischen Arbeitermördern Ebert, Noske und Scheidemann gemeinsam mit den reaktionärsten Teilen des deutschen Militarismus zur Niederschlagung des Roten November entfesselt wurde. Nun könnte man meinen, dass dermaßen grotesk verlogene Statements im Blättchen einer – geht man allein nach ihren Wahlergebnissen – der Bedeutungslosigkeit entgegentaumelnden Partei schlicht irrelevant wären. Aber freilich: Mit der sinkenden Zahl der SPD-Wähler ist der Reformismus, der Todfeind der sozialen Revolution, nicht aus der Welt – ihn gilt es nach wie vor mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit zu bekämpfen, zumal besagte Karin Nink am Ende des Editorials droht:

»Auch heute ist noch lange nicht alles gut. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen gemeinsam weiter für das Bessere arbeiten. Und der stolze Blick auf die Geschichte der SPD [*sic!* – *IΦB*] sollte dabei Mut machen.«

Nun: Wir wissen, wie die deutsche Sozialdemokratie nach ihrem Abgleiten in den opportunistischen Sumpf »für das Bessere« gearbeitet und was es mit dem »stolze[n] Blick auf die Geschichte« des organisierten Reformismus auf sich hat – in Wahrheit sind seine Schandtaten im Dienst des Monopolkapitals Legion. Treten wir ihm also entgegen!

Dazu will dieser Artikel – es handelt sich dabei um die verschriftlichte, geringfügig ergänzte und überarbeitete Form eines Ende vergangenen Jahres zum 100. Jahrestag der deutschen Revolution gehaltenen Vortrags – beitragen. Das dafür erforderliche Material wurde u.a. aus verschiedenen Artikeln der UZ und der »jungen Welt«, Veröffentlichungen der »Kommunistischen Organisation« und dem noch zu DDR-Zeiten erschienenen »Wörterbuch Geschichte« zusammengestellt. Der Beitrag erhebt (was allein schon aufgrund des verfügbaren Raums auch gar nicht möglich wäre) keinen Anspruch auf eine historisch vollständige Darstellung, versucht aber eine leicht verständliche und anschauliche Skizze des Verlaufs der Novemberrevolution sowie des Handelns der revolutionären und konterrevolutionären Kräfte zu geben.

1. Vorgeschichte

1.1 Beginn des Ersten Weltkriegs

Anfang August 1914 brach das deutsche Kaiserreich den ersten imperialistischen Weltkrieg vom Zaun. Am Ende, vier Jahre später, wird der Krieg 15 Millionen Menschen (neun Millionen Soldaten, sechs Millionen Zivilisten) das Leben kosten. Allein die deutschen Kriegsausgaben beliefen sich auf 160 Milliarden Mark – zum Vergleich: Die Staatsausgaben vor 1914 lagen jährlich bei 2,5 Milliarden. Die Rüstungsindustrie profitierte erheblich vom Gemetzel an den Fronten; der Krupp-Konzern etwa konnte zwischen 1914 und 1918 einen Gewinn von 800 Millionen Mark verbuchen.

1.2 Die Niederlage der Friedenskräfte – Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten

Noch kurz vor Kriegsbeginn hatten in zahlreichen europäischen Städten Friedensdemonstrationen stattgefunden. Auch die deutsche Sozialdemokratie war bis 1914 offiziell einer strikt antimilitaristischen Linie verpflichtet, wie sie auch auf den beiden Kongressen der II. Internationale in Stuttgart und Basel (1907 bzw. 1912) für deren Mitgliedsparteien bekräftigt worden war. Die in Stuttgart verabschiedete Resolution endete mit dem von Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg und Julius Martow eingebrachten Zusatz:

»Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.«

Trotz dieser Festlegung und obwohl man noch kurz vor Kriegsbeginn zu Kundgebungen für den Frieden aufgerufen hatte, stimmte die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 für die von der Regierung geforderten Kriegskredite; die reformistischen Gewerkschaftsvorstände verzichteten für die Dauer des Krieges auf jedwede Auseinandersetzung mit der Monopolbourgeoisie. Sozialdemokratie und Gewerkschaften betrieben hinfort eine Politik des »Burgfriedens« und der Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse und ebneten damit den Weg für das vierjährige Völkermorden des imperialistischen Krieges.

1.3 Opportunismus und Revisionismus – Die Gründung der Spartakusgruppe und der USPD

Schon seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatten sich in der deutschen Sozialdemokratie in zunehmendem Maße opportunistische und revisionistische Tendenzen bemerkbar gemacht. Einem revolutionär-marxistischen Flügel – gruppiert um August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring – standen die Revisionisten um Eduard Bernstein gegenüber, welche die revolutionäre Orientierung zugunsten eines reformistischen Weges zum Sozialismus verwarfen oder diesen sogar als Perspektive der Arbeiterbewegung überhaupt aufgaben. Zwischen ihnen positionierten sich – repräsentiert durch Karl Kautsky – die Zentristen, die den Bruch der Revisionisten mit dem Marxismus auf programmatischer Ebene zwar ablehnten, sich

in ihrer Praxis von diesen aber oft kaum unterschieden. Hier wurde der Marxismus lediglich in Form eines Lippenbekenntnisses beibehalten.

Die sozialdemokratische Linie der »Vaterlandsverteidigung« und des »Burgfriedens« mit der herrschenden Klasse stieß bei den klassenbewussten und nach wie vor revolutionär orientierten Mitgliedern der Partei auf Widerstand. Karl Liebknecht verweigerte am 2. Dezember 1914 bei einer zweiten Abstimmung über die Kriegskredite der Fraktion die Gefolgschaft und gab eine Gegenstimme ab. Anfang März 1915 bildete sich die »Gruppe Internationale«, sie vereinigte sozialdemokratische Kriegsgegner wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck sowie Käthe und Hermann Duncker. Am 1. Januar 1916 benannte sich die »Gruppe Internationale« in »Spartakusgruppe« um.

Am 24. März 1916 schloss die SPD-Reichstagsfraktion 18 um die Abgeordneten Hugo Haase und Georg Ledebour versammelte Kriegsgegner aus, die daraufhin die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« gründeten, aus der wenig später die USPD hervorging.

Zum 1. Mai 1916 fand in Berlin eine Antikriegskundgebung statt. Als sich Liebknecht mit dem Ruf »Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!« an die Zuhörer wandte, wurde er inhaftiert und des Hochverrats angeklagt – während des Prozesses kam es in Berlin zu einem Solidaritätsstreik mit über 50.000 Teilnehmern. Die SPD-Führung ließ dem Ausschluss der Kriegsgegner aus ihrer Reichstagsfraktion Mitte Januar 1917 auch den Parteiausschluss folgen. Als Reaktion darauf konstituierte sich Anfang April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Die Spartakusgruppe trat der USPD bei, bewahrte aber ihre organisatorische Eigenständigkeit, da es der zentristisch orientierten Partei an einer über eine diffuse Antikriegsstimmung hinausgehenden Klarheit fehlte.

1.4 Massendemonstrationen und Streiks – Die Januarstreiks 1918

Während in den Schützengräben des imperialistischen Krieges Hunderttausende das zweifelhafte Vergnügen hatten, den »ehrvollen Tod fürs Vaterland« zu sterben, hungerte die Bevölkerung an der »Heimatfront«. Trotzdem blieb die SPD-Führung bei ihrer Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik. Die Ereignisse in Russland – der Sturz des Zaren im Februar 1917 und die Große Sozialistische Oktoberrevolution im November gleichen Jahres – gaben jedoch der Kriegsgegnerschaft unter der werktätigen Bevölkerung Deutschlands und unter den Soldaten enormen Auftrieb.

Verschlechterung der Lebensbedingungen, Kriegsmüdigkeit, zunehmende Ausbeutung in den Betrieben und die auf dem zu Kriegsbeginn verhängten Belagerungszustand beruhenden verschärften Repressionen gegen Kriegsgegner durch Pressezensur, Versammlungsverbote und Inhaftierungen führten zu Massendemonstrationen und Streiks. Bereits im April und November 1917 streikten in vielen deutschen Städten

Arbeiter gegen die Fortsetzung des Krieges und für ein Ende der politischen Unterdrückung.

Vom 28. Januar bis zum 4. Februar 1918 erschütterten dann reichsweite Munitionsarbeiterstreiks die fragiler gewordene Herrschaft des deutschen Imperialismus. Hunderttausende Arbeiter legten die Arbeit nieder und gingen auf die Straße, allein 400.000 in Berlin und schnell in ganz Deutschland: in Dortmund, Hamburg, Kiel, Essen, München, Köln und anderen Städten. Insgesamt streikten mehr als eine Million Arbeiter, überall wurden Räte gebildet und Ausschüsse gewählt.

In Berlin hatte sich ein Netz »Revolutionärer Obleute« gebildet – von den Gewerkschaften unabhängige, in den Betrieben frei gewählte Vertrauensleute –, die vor allem in den Großbetrieben der Rüstungsindustrie verankert waren und ein neues Element in der Organisierung und Durchführung proletarischer Massenaktionen darstellten. Unterstützt wurden die Obleute von der Spartakusgruppe. Die Berliner Arbeiter bildeten einen Arbeiterrat und wählten einen elfköpfigen Aktionsausschuss unter Leitung von Richard Müller (USPD). Je drei Vertreter der Parteivorstände der USPD (Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Georg Ledebour) und der SPD (Otto Braun, Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann) wurden hinzugezogen. Dies zeigte, dass der klassenfeindliche Charakter der Politik der rechten Führer der SPD nicht erkannt wurde, die nur in die Streikleitung eintraten, um den Ausstand schnellstmöglich zu beenden. Ebert versicherte 1924: »Ich bin mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten, den Streik zu schnellstem Abschluss zu bringen.«

Noch deutlicher wurde Scheidemann: »Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen. Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelte Bahnen gelenkt. Man sollte uns eigentlich dankbar sein.«

Trotz der Doppelstrategie der herrschenden Klasse zur Bekämpfung der Streiks – brutale Unterdrückung hier, sozialdemokratische Desorientierung dort – wuchs die Streikbewegung zunächst weiter an. Am 31. Januar 1918 wurde jedoch über Berlin und andere deutsche Städte der verschärfte Belagerungszustand verhängt, zugleich wurden in unmittelbarer Nähe von Großstädten Truppen konzentriert und am folgenden Tag sieben Berliner Rüstungsbetriebe unter militärische Leitung gestellt. Nach dem Einsatz von Militär gegen Demonstranten – in Berlin kam es zu Barrikadenkämpfen –, nach Massenverhaftungen und zahllosen Einberufungen zum Kriegsdienst beschloss der Berliner Aktionsausschuss am 3. Februar den Abbruch des Streiks.

So endeten die Januarstreiks mit einer Niederlage. Dennoch waren sie ein herausragendes Ereignis und der Wendepunkt in der Stimmung des Proletariats. Sie zeigten seine Kampfkraft und Kampfbereitschaft, offenbarten aber auch die große Schwäche: das Fehlen einer ideologisch und organisatorisch einheitlichen Partei. Der Spartakus-

bund hatte die Aktion in Gang gebracht und mit großer Anstrengung vieles geleistet, unterschätzte aber die Bedeutung der Organisation im Klassenkampf. Die Zugehörigkeit zur USPD verhinderte seine revolutionäre Wirksamkeit.

1.5 Heranreifen der revolutionären Situation – Beschwichtigungsversuche der herrschenden Klasse – Das Oktoberprogramm der Spartakusgruppe

Im Frühherbst 1918 spitzte sich die Lage im Reich zu. Während der Sommermonate war es – etwa im Ruhrbergbau, in den schlesischen Bergbau-, Eisenhütten- und Textilbetrieben, im sächsischen Steinkohlenrevier und in zahlreichen Rüstungsunternehmen – zu umfangreichen Streiks gekommen. Zugleich wurde mit dem Scheitern einer Reihe großangelegter Offensiven an der Westfront (»Unternehmen Michael« und Nachfolgeoperationen), die auf beiden Seiten nochmals Hunderttausende von Toten und Verwundeten forderten, klar erkennbar, dass der deutsche Imperialismus vor dem militärischen Zusammenbruch stand.

Eine revolutionäre Situation begann heranzureifen. Dies wurde auch von der herrschenden Klasse erkannt, die mit verschiedenen Maßnahmen dieser gegenzusteuern versuchte. Am 30. September erließ Kaiser Wilhelm II. einen Erlass zur »Parlamentarisierung«: Der Reichstag bekam einige Rechte, Kriegserklärungen sollten nur noch mit seiner Zustimmung möglich sein, Prinz Max von Baden wurde zum Kanzler ernannt. Die Mehrheitssozialdemokratie, die sich bereits im Januar als so überaus nützlich bei der Abwürgung der Streikbewegung erwiesen hatte, wurde an der Regierung beteiligt, um sie in die volksfeindliche Politik einzubinden und dieser eine neue Legitimation zu verschaffen. Der imperialistische Ausweg aus der Kriegsniederlage konnte nur mit der SPD gelingen. Mit ihr sollte die Arbeiterbewegung gespalten und die drohende politische und soziale Revolution lahm gelegt werden.

»Wir stehen«, so der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden, »mitten in einer Revolution. Gelingt es mir, diese friedlich zu gestalten, so können wir noch als Staat nach Friedensschluss weiter bestehen. Gelingt das nicht, so kommt die Revolution der Gewalt und der Untergang. Heute noch hoffe ich, den Kaiser und die Dynastie Hohenzollern zu retten ... Gottlob, dass ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität wenigstens ich mich vollkommen verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich imstande sein, den Kaiser zu retten.«

Ein freilich nur frommer Wunsch des Prinzen, denn zumindest Letzteres war, selbst mit Hilfe des Führungspersonals des organisierten Reformismus, zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr möglich...

So trat denn die SPD in die Regierung ein, Philipp Scheidemann und der Gewerkschaftsvorsitzende Gustav Bauer übernahmen Ministerämter. Ebert sagte, eine Ablehnung durch die SPD würde bedeuten, das »weitere Schicksal Deutschlands der Partei der Revolution zu überlassen«, aber niemand könne »doch der Meinung sein, dass solche Zustände wie in Russland wünschenswert sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen.« Die Regierung sollte sofort mit Waffenstillstandsverhandlungen beginnen, welche die Oberste Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff nicht selbst führen wollte, um die Schuld an der Niederlage einer zivilen Regierung zuschieben zu können. Die sogenannte »Dolchstoßlegende« sollte das Militär von jedweder Verantwortung entlasten.

Die historische Aufgabe der Novemberrevolution war es, den antagonistischen Widerspruch zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, die zugleich die objektiven Grundinteressen der anderen werktätigen Klassen und Schichten vertrat, zu überwinden. Dieser Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft hatte sich durch den Krieg verschärft. So stand objektiv die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung. Es war eine günstige Situation für die Arbeiterklasse. Aber sie war gespalten und die konsequent revolutionären Kräfte waren unzureichend organisiert und – trotz in der Hauptsache richtiger programmatischer Ausrichtung – auf den anstehenden Kampf um die Macht nicht genügend vorbereitet.

Auf ihrer Reichskonferenz vom 7. Oktober 1918 orientierte die Spartakusgruppe darauf, im Kampf zunächst um antiimperialistisch-demokratische Ziele die Massen an die sozialistische Revolution heranzuführen. Dieser Aufgabe entsprach das von der Reichskonferenz beschlossene Programm der Volksrevolution. Als Endziel des Kampfes proklamierte es die sozialistische Republik, »die mit der russischen Sowjetrepublik solidarisch ist, zur Entfesselung des Kampfes des Proletariats der Welt gegen die Bourgeoisie der Welt«. Die Konferenz verurteilte die Politik der Führer der Mehrheitssozialdemokraten, wandte sich aber auch entschieden gegen die schwankende, opportunistische Politik der Führung der USPD, welche die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden gleichfalls als eine sich anbahnende Demokratisierung der deutschen Verfassungszustände einschätzte und eben nicht darauf verwies, dass entscheidende Schritte der neuen Regierung nur der Absicherung der Herrschaft der Hohenzollern und des Kapitals dienen sollten. Zu den unmittelbaren Forderungen der Revolutionäre gehörten unter anderem:

- die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen,
- die sofortige Aufhebung des Belagerungszustands und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes,
- die Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen,

- die Enteignung des Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern,
- die Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Damit wurde klar auf eine Grundfrage jeder Revolution orientiert – auf die nötige Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse.

2. Die Novemberrevolution – Schilderung ihres Verlaufs anhand wichtiger Daten

Am 3. November 1918 begann die Novemberrevolution mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen der deutschen Kriegsflotte in Kiel, dem sich die Kieler Arbeiter mit dem Generalstreik anschlossen. Obgleich der kaiserliche Staatsapparat und die rechte Führung der deutschen Sozialdemokratie die Ausbreitung der Revolution zu verhindern suchten, erhoben sich in den folgenden Tagen die revolutionären Arbeiter und Soldaten und mit ihnen Angehörige der anderen werktätigen Schichten in ganz Deutschland und bildeten nach dem Vorbild der beiden Revolutionen in Russland ein Jahr zuvor Arbeiter- und Soldatenräte als ihre Kampforgane, die anfangs vielerorts reale Macht ausübten. Im ersten Anlauf erzwang die Novemberrevolution den Sturz der Hohenzollern-Monarchie, der Fürsten in den einzelnen deutschen Staaten und der kaiserlichen Regierung sowie demokratische Rechte und Freiheiten für die Volksmassen.

22. Oktober 1918:

In Wilhelmshaven wird dem Chef der Hochseeflotte, Admiral Ritter von Hipper, der Befehl zur Einleitung des Endkampfes der deutschen Hochseeflotte überbracht. Das Unternehmen soll am 29. Oktober beginnen.

23. Oktober 1918

Karl Liebknecht wird nach fast zweieinhalb Jahren aus der Haft entlassen.

28. Oktober 1918

Der Befehl zum Auslaufen der Flotte gegen England wird erteilt. Die Seekriegsleitung und ihr Chef, Konteradmiral von Levetzow, wollen die gesamte Hochseeflotte in eine riesige Schlacht führen.

29. Oktober 1918

Massendemonstration in Stuttgart. In der Nacht vom 29. zum 30. Oktober unterbinden Heizer vor Wilhelmshaven die der Hochseeflotte befohlene Ausfahrt. Ein Teil der

Matrosen verweigert den Gehorsam. Matrosenräte werden gebildet und die rote Fahne gehisst.

Auch der Plan der Admiralität, U-Boote und nicht betroffene Großkampfschiffe gegen England zu senden, scheitert. Über 1.000 Matrosen und Heizer werden in Wilhelmshaven verhaftet – ihnen droht standrechtliche Erschießung. Sie werden in Wilhelmshaven und Kiel interniert. Nach der Verhaftung kommt es zur Erhebung nahezu aller Schiffsbesatzungen, Dockarbeiter und Soldaten in den Küstenstädten.

Kaiser Wilhelm II. begibt sich überraschend in das Quartier der OHL nach Spa. Er will dort die beginnende Meuterei der Flotte an der Nordsee besprechen.

31. Oktober 1918

In Kiel solidarisieren sich Arbeiter, Matrosen und Soldaten mit den Inhaftierten. Das Organ der deutschen Sozialdemokratie »Vorwärts« fordert den Rücktritt von Kaiser Wilhelm II. Bei Metz meutert eine Landwehrddivision.

1. November 1918

Aufruf der Spartakusgruppe zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. In Sachsen treten zwei Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten in die bürgerliche Regierung ein.

2. November 1918

Matrosenversammlung in Kiel verboten. Wilhelm II. lehnt mit Unterstützung Hindenburgs und dessen neuen Stellvertreters in der OHL, Generalleutnant Wilhelm Groener, seine Abdankung ab. Der Vollzugausschuss der Revolutionären Obleute Berlins beschließt den Aufstand für den 4. November, das Plenum lehnt jedoch Aktionen für die nächsten Tage ab.

3. November 1918

Kundgebung und Demonstration von mehreren tausend Matrosen, Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeitern in Kiel. Eine Militärstreife eröffnet das Feuer, es gibt acht Tote, 29 Menschen werden teils schwer verletzt. Daraufhin schließen sich die Soldaten der örtlichen Garnison der Erhebung an. Der bewaffnete Aufstand und damit die Revolution beginnt. Demonstrationen in München. Die Freilassung politischer Gefangener wird erzwungen. In Magdeburg demonstrieren 50.000 Arbeiter, Frauen und Soldaten gegen den Krieg.

Der sozialdemokratische »Vorwärts« schreibt: »Wenn durch namenlose Flugzettel oder durch kleine Gruppen der Ruf ergeht, die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen, so gebietet die Disziplin der Organisation, ihnen nicht Folge zu leisten.«

4. November 1918

Die Nachricht von den tödlichen Schüssen in Kiel verbreitet sich, alle Kieler Marineeinheiten schließen sich den Aufständischen an. Offiziere werden entwapfnet, Gefangene, darunter die Inhaftierten des Matrosenaufstands vom 29. Oktober, befreit, Soldatenräte gewählt, die u. a. die Beendigung des Krieges und die Abdankung des Kaisers verlangen. Arbeiter schließen sich an und bilden Arbeiterräte. Die militärische und zivile Macht befindet sich in den Händen der Aufständischen. Zwei Regierungsbeauftragte, der sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Noske und Staatssekretär Conrad Haussmann, werden von Berlin nach Kiel geschickt, um mit den Matrosen »zu verhandeln«. Im »Vorwärts« veröffentlicht der Parteivorstand der SPD als Aufruf eine Warnung, sich Streiks und Demonstrationen anzuschließen.

5. November 1918

Noske lässt sich zum Vorsitzenden des Soldatenrats wählen. Noch am gleichen Tag bilden auch die Matrosen in Brunsbüttel, Cuxhaven, Lübeck und Hamburg Räte. In Hamburg solidarisieren sich Soldaten und Arbeiter und rufen den Generalstreik aus. Matrosen besetzen Hauptbahnhof, Elbtunnel, Kasernen und Kriegsschiffe. Auf einer Kundgebung ruft Wilhelm Dittmann (USPD) zur Errichtung der sozialistischen Republik auf. Soldaten und Matrosen übernehmen die militärische Kontrolle. Die Bewegung erfasst Bremen und Lübeck. In den nächsten Tagen entstehen im gesamten Reich Arbeiter- und Soldatenräte.

Erneut ruft der Parteivorstand der SPD zu »Ruhe und Ordnung« auf: »Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher ... keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts, zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus.«

7. November 1918

Die Revolution erreicht München. 60.000 Menschen versammeln sich bei der Kundgebung von Kurt Eisner (USPD), Erhard Auer (SPD) und weiteren Rednern auf der Münchner Theresienwiese. Noch in der Nacht zum 8. November proklamiert Eisner den Freistaat Bayern (frei von der Monarchie) und erklärt König Ludwig III. für abgesetzt. Er wird vom Münchner Arbeiter- und Soldatenrat in seiner ersten Sitzung zum Ministerpräsidenten gewählt mit einem Kabinett aus USPD- und SPD-Mitgliedern. Einen Tag später wird in Bayern ein Rat von Arbeitern, Soldaten und Bauern unter Eisners Vorsitz gebildet.

SPD-Reichstagsfraktion und Parteivorstand fordern bis zum Mittag des nächsten Tages die Abdankung Wilhelms II. und den Thronverzicht des Kronprinzen. Die Forderung, eine Republik zu schaffen, gibt es (noch) nicht. Friedrich Ebert formuliert

in diesem Zusammenhang sein berüchtigtes Bekenntnis: »Wenn der Kaiser nicht abdankt, ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.«

8. November 1918

Revolution und Bildung von Räten in Braunschweig, Köln, Essen, Krefeld, Gotha, Koblenz, Mainz, Magdeburg, Halle, Leipzig, Chemnitz, Dresden, München, Düsseldorf, Haltern, Darmstadt, Nürnberg, Bayreuth, Passau, Augsburg, Rosenheim, Lahr und Offenburg.

Der Vollzugsausschuss der Revolutionären Obleute Berlins und die Spartakusgruppe beschließen den Umsturz einstimmig für den 9. November. Gefertigt werden getrennte Aufrufe der Spartakusgruppe und der Revolutionären Obleute zur Machtergreifung durch die Arbeiter- und Soldatenräte.

Rosa Luxemburg wird am Abend des Revolutionsbeginns in Breslau aus der dortigen Haft entlassen.

9. November 1918: Sturz der kaiserlichen Monarchie – Ausrufung der Republik

Die Revolution erreicht Berlin. Am Vortag haben der Vollzugsausschuss der Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe angesichts der Entwicklungen im ganzen deutschen Reich für den nächsten Tag in Berlin zum Generalstreik und zu bewaffneten Demonstrationen aufgerufen. »Nun ist eure Stunde gekommen«, heißt es im von Karl Liebknecht und Ernst Meyer unterzeichneten Flugblatt der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe) vom 8. November. Als nächste Ziele des Aufstands bezeichnet die Spartakusgruppe:

- die Befreiung aller politischen und militärischen Gefangenen,
- die Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien,
- die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in allen Fabriken und Truppenteilen,
- die Übernahme der Regierung durch Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte,
- die sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Am 9. November erlebt die Hauptstadt einen umfassenden Generalstreik und bewaffnete Demonstrationen. Hunderttausende gehen auf die Straße. Den ersten Demonstrationzug bilden die Arbeiter der Berliner Maschinenfabrik und der AEG Brunnenstraße, viele andere schließen sich an. Auch in anderen Stadtbezirken streiken Arbeiterinnen und Arbeiter und gehen auf die Straße. Riesige Demonstrationzüge mit bewaffneten Arbeitern und Soldaten ziehen in die Innenstadt. Soldaten aus Kasernen solidarisieren sich oder verweigern den Befehl, auf die Demonstranten zu schießen. An

einigen Punkten gibt es Tote nach bewaffneten Provokationen der Reaktion. Rathaus, Haupttelegrafamt, Kasernen und Polizeiwachen, Druckereien reaktionärer Zeitungen, gegen 13 Uhr auch das Polizeipräsidium, werden gestürmt und besetzt. »Die Rote Fahne«, später das Zentralorgan der KPD, erscheint am Abend dieses Tages das erste Mal. Die Zeitung überschreibt ihre Ausgabe: »Berlin unter der roten Fahne« und berichtet unter anderem davon, dass 650 politische Gefangene befreit werden konnten. Bereits gegen Mittag befindet sich Berlin weitgehend in der Hand der Revolutionäre.

Reichskanzler Max von Baden verkündet gegen 13 Uhr die Abdankung des Kaisers und übergibt sein Amt dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert, der natürlich nichts Eiligeres zu tun hat als zu »Ruhe und Ordnung« und zum Verlassen der Straße aufzurufen.

Um 14 Uhr ruft Philipp Scheidemann, Karl Liebknecht zuvorkommend, aber wohl nicht abgestimmt mit Ebert, vom Balkon des Reichstags die Republik aus – entsprechend der von ihm etliche Tage zuvor formulierten, schon in den Januarstreiks praktizierten und auch später verfolgten Leitlinie: »Jetzt heißt es sich an die Spitze der Bewegung zu stellen...«

Karl Liebknecht spricht gegen 16 Uhr vor dem Schloss, später vom Balkon des Schlosses aus zu den Massen:

»Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss Jahrhunderte lang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland.«

10. November 1918: Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte – Formierung der Konterrevolution

Als provisorische Regierung wird der Rat der Volksbeauftragten (Friedrich Ebert, Otto Landsberg, Philipp Scheidemann [SPD], Emil Barth, Wilhelm Dittman, Hugo Haase [USPD]) gebildet. In den Berliner Betrieben und Garnisonen wählen die Arbeiter und Soldaten ihre Vertreter für die am gleichen Tag stattfindende Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dort sollen die zentralen Organe gebildet werden – der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und die Regierung. Diese Versammlung im Zirkus Busch wird zu einem entscheidenden Punkt des weiteren Verlaufs der Revolution.

Die unter sozialdemokratischen Einfluss – die SPD propagiert das Schlagwort »Einheit« – stehende Mehrheit bestätigt als provisorische Regierung den Rat der Volksbeauftragten und bildet einen Vollzugsrat mit je sieben Vertretern von SPD und USPD sowie 14 mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Vertretern der Soldaten. Die

provisorische Regierung wird von der Vollversammlung mit der Vereinbarung eines Waffenstillstands beauftragt. Außerdem beschließt die Versammlung, dass das kapitalistische Eigentum vergesellschaftet werden solle und richtet Grüße an Sowjetrußland.

Deutlich wurde damit, dass die Mehrheit der Arbeiter zwar den Sozialismus wollte, aber aufgrund ihrer langjährigen Beeinflussung durch Opportunismus und Revisionismus ein illusionäres Vertrauen in die parlamentarischen Institutionen entwickelt und nur unklare Vorstellungen hatte, wie der Sozialismus zu verwirklichen ist. Sie glaubte, mit dem Sturz der Monarchie und der Erringung der Republik bereits die politische Macht erobert und die Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen zu haben.

Während so die gewählten Vertreter der Arbeiterklasse unter dem Einfluss der Mehrheitssozialdemokratie sich nicht zu einem zur Weiterführung der Revolution erforderlichen konsequenten Handeln entschließen können, formiert sich die Konterrevolution. Friedrich Ebert spricht mit Generalleutnant Wilhelm Groener, dem faktischen Chef der OHL, telefonisch das gemeinsame Vorgehen ab – der Vorsitzende der (sich ja immer noch, wenngleich nur vorgeblich als Arbeiterpartei bezeichnenden) SPD verbündet sich mit einem Repräsentanten der Reaktion mit dem Ziel der Niederschlagung der Revolution (Ebert-Groener-Pakt). Dazu sollen zehn »zuverlässige« Divisionen aufgestellt und die Befehlsgewalt der kaiserlichen Offiziere wieder hergestellt werden, den Soldatenräten soll lediglich eine beratende Stimme zukommen. Die OHL bleibt unter dem Vorwand der Rückführung der Soldaten erhalten und bildet das Zentrum der militärischen Gegenrevolution. Der Regierungs- und Verwaltungsapparat wird nicht angetastet, die Spitzen der Staatsbürokratie – Staatssekretäre, Chefs der Reichsbehörden – bleiben im Amt.

Groener sagt später über die Vereinbarungen mit Ebert: »[W]ir haben uns verbündet zum Kampf gegen den Bolschewismus. An eine Wiedereinführung der Monarchie war nicht zu denken. Unser Ziel am 10. November war die Einführung einer geordneten Regierungsgewalt, die Stützung dieser Gewalt durch Truppenmacht und die Nationalversammlung so bald wie möglich. Das erste war, daß wir uns jeweils abends zwischen 11 und 1 Uhr telefonisch vom Hauptquartier mit der Reichskanzlei auf einem Geheimdraht verständigten. Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant, zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren ... Ebert hat zugestimmt, daß sie mit scharfer Munition einrücken. Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch eine Säuberung Berlins und die Entwaffnung der Spartakisten vorsah.«

In der Novemberrevolutions-Beilage des »Rotfuchs« schreibt Reiner Zilkenat zur militärischen und ideologischen Formierung der konterrevolutionären Kräfte:

»Von nun an telefonierte beide Konterrevolutionäre jeden Abend über eine abhörsichere Leitung und koordinierten ihr weiteres Vorgehen gegen die Revolutionäre. Doch das Bündnis der Obersten Heeresleitung mit Ebert und seinesgleichen in der SPD-Führung hätte allein nicht ausgereicht, um die Revolution abzuwürgen. Deshalb wurden Ende des Jahres 1918 sogenannte Freikorps gegründet, konterrevolutionäre Einheiten aus ehemaligen ›Frontkämpfern‹, zumeist brutale Landsknechtnaturen, die zum Teil schon im Baltikum gegen die Bolschewiki gekämpft hatten und nun gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten mit häufig grausamsten Methoden vorgingen ... Alimentiert wurden sie von Großindustriellen und ostelbischen Junkern, die großzügig spendeten, um den Angehörigen der Freikorps die Löhnung zu zahlen. Vor allem Ernst von Borsig, Präsident der ›Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände‹ und Präsidiumsmitglied des ›Reichsverbandes der Deutschen Industrie‹, tat sich als Finanzier des Treibens dieser paramilitärischen Einheiten hervor. Die Firma Siemens gewährte sogar Mitarbeitern, die sich zu den Freikorps meldeten, großzügig Urlaub! Flankiert wurde das Doppelspiel von Ebert und anderen SPD-Führern wie Gustav Noske sowie das blutige Geschäft der Freikorps von ideologischen Großkampagnen, die von Organisationen wie z.B. der ›Antibolschewistischen Liga‹, dem ›Alldeutschen Verband‹ und dem ›Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund‹ organisiert wurden. Mit Hilfe von Vorträgen, Großveranstaltungen, massenhaft verbreiteten Flugblättern und Broschüren sowie über ein eng gestricktes Netz konservativer Zeitungen und Zeitschriften wurden die Botschaften dieser Verbände bis in den letzten Winkel Deutschlands getragen. Auch hier wurden die notwendigen finanziellen Mittel vornehmlich von Repräsentanten der Großbourgeoisie zur Verfügung gestellt. So erhielt die ›Antibolschewistische Liga‹ groß dimensionierte Zuwendungen unter anderem von Hugo Stinnes, einem der größten Kriegsgewinnler unter Deutschlands Großindustriellen, dem Direktor der Deutschen Bank Paul Mankiewicz, dem Vorsitzenden des Direktoriums der AEG Felix Deutsch und von Carl-Friedrich von Siemens.«

10. November 1918: Programm des Rats der Volksbeauftragten

Nachdem am Vortag ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet worden ist, veröffentlicht der Rat der Volksbeauftragten sein reformistisches Regierungsprogramm, das die Bestrebungen der revolutionären Massen in bürgerlich-parlamentarische Bahnen lenken und die Entmachtung von Imperialismus und Militarismus verhindern soll und nicht dem Beschluss der Räteversammlung entspricht. Es verspricht zwar den Achtstundentag, das allgemeine Wahlrecht, Arbeitslosenhilfe und einige andere Reformen, garantiert aber vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln für die Monopole und Großgrundbesitzer.

11. November 1918: Konstituierung des Spartakusbunds

Umbildung der Spartakusgruppe in den Spartakusbund. Beschlossen wurde die Bildung einer Spartakuszentrale, einer Redaktion und eines Zentralbüros mit verschiedenen Sekretariaten. In den Mittelpunkt der Tätigkeit rückte die systematische politische-ideologische Massenarbeit, einen besonderen Platz nahm dabei die »Rote Fahne« als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator ein. Die Herausgabe weiterer Zeitungen und Zeitschriften sollte den Masseneinfluss des Spartakusbunds erhöhen; die gleiche Aufgabe hatte der Aufbau eines selbständigen Organisationsapparats. Die Konstituierung des Spartakusbunds war die unmittelbare Vorbereitung der Schaffung einer revolutionären Arbeiterpartei in Deutschland. Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg war die Veröffentlichung des Programmentwurfs »Was will der Spartakusbund?«, mit dem die völlige politische und ideologische Abgrenzung zum Zentrismus erfolgte. Der Spartakusbund war bestrebt, die Massen unter der Losung »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten« für die Weiterführung der Revolution mit dem Ziel der Errichtung der sozialistischen Republik zu gewinnen.

15. November 1918: Stinnes-Legien-Abkommen

Fortsetzung der »Burgfriedenspolitik« der Kriegsjahre: Sechs Tage, nachdem die Revolutionäre den Kaiser zu Fall gebracht und zahllose Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in den Städten und Kasernen übernommen haben, schließt der Rüstungsindustrielle Hugo Stinnes mit dem Gewerkschaftsführer Carl Legien eine Vereinbarung – das »Arbeitsgemeinschaftsabkommen« (Stinnes-Legien-Abkommen). Angesichts der für die Großbourgeoisie durchaus bedrohlichen Lage und in der Absicht, die rechte Gewerkschaftsführung weiterhin in die Strategie des Monopolkapitals einzubinden, macht Stinnes große Zugeständnisse wie den Achtstundentag und die Zulassung von Betriebsräten. Im Gegenzug verspricht Legien, dass die Eigentumsverhältnisse nicht angetastet und die Arbeiter- und Soldatenräte verschwinden würden und vervollständigt damit den Verrat des organisierten Reformismus an der Revolution.

100 Jahre später lässt DGB-Chef Reiner Hoffmann gemeinsam mit Vertretern des bundesdeutschen Monopolkapitals und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zur Jubiläums-Feier der als »Sozialpartnerschaft« bezeichneten Klassenversöhnung und -zusammenarbeit die Korken knallen...

16.–21. Dezember 1918: 1. Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte

Ab dem 16. Dezember tagte in Berlin der 1. Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Im Vorfeld des Kongresses rief der Spartakusbund zu Demonstrationen auf, um den Forderungen der Arbeiter Ausdruck zu verleihen. Daraufhin demonstrierten mehr als 250.000 Berliner Arbeiter unter den Forderungen:

Deutschland – einige sozialistische Republik.

Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.

Der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt.

Beseitigung des Ebertschen Rats der Volksbeauftragten.

Sofortige energische Durchführung aller zum Schutz der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem: Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Bildung der Roten Garde.

Sofortiger Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zwecks Durchführung der Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.

Das sich zunehmend zuungunsten der Revolution entwickelnde Kräfteverhältnis widerspiegelte sich bereits in der Zusammensetzung des Kongresses: Von insgesamt 489 Delegierten zählten 291 zur SPD und 90 zur USPD (einschließlich 10 Spartakus-Angehörige). Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht blieben ohne Mandat.

Die Mehrheit der Delegierten, in kleinbürgerlichen, reformistischen Illusionen befangen, übertrug dem konterrevolutionären Rat der Volksbeauftragten die gesetzgebende und vollziehende Gewalt und beschloss die Durchführung von Wahlen zur bürgerlichen Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Damit entschied sich der Kongress in einer Grundfrage der Revolution, der Frage der Macht, für den bürgerlichen Staat – die Räte hatten sich selbst entmachtet. Die ebenfalls beschlossene Demokratisierung der Armee und die Vergesellschaftung des Privateigentums wurden nie realisiert.

Der 1. Reichsrätekongress war ein Wendepunkt in der Novemberrevolution – die konterrevolutionäre Politik der SPD-Führer hatte die Macht des deutschen Imperialismus gerettet.

23.–24. Dezember 1918: Die Weihnachtskämpfe

Am 23. Dezember wurden demonstrierende Matrosen der Volksmarinedivision – einer am 11. November gegründeten, 3.200 Mann starken revolutionären Matroseneinheit – von konterrevolutionären Truppen beschossen; ein Matrose wurde getötet. Am folgenden Tag wurde auf Anweisung der sozialdemokratischen Führer im Rat der Volksbeauftragten die einzige bewaffnete revolutionäre proletarische Truppe in der Reichshauptstadt im Schloss und Marstall mit Artillerie angegriffen. Die gegen eine große Übermacht kämpfenden Matrosen erhielten Hilfe durch bewaffnete und unbewaffnete Berliner Arbeiter. Die Angreifer erlitten dadurch eine schwere Niederlage; 11 Matrosen und 56 Soldaten der konterrevolutionären Truppen fanden den Tod.

Infolge der Weihnachtskämpfe wuchs der politische Druck auf die USPD. Am 29. Dezember 1918 verließen ihre Vertreter den Rat der Volksbeauftragten und wurden durch zwei weitere Mehrheitssozialdemokraten (Gustav Noske und Rudolf Wissell)

ersetzt. Der Rat bezeichnete sich von da an selbst als Reichsregierung und verfolgte ab diesem Zeitpunkt noch entschiedener den konterrevolutionären Kurs.

30. Dezember 1918–1. Januar 1919: Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

In dieser Situation fand vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 der Gründungsparteitag der KPD statt. Gemeinsam mit den »Bremer Linksradikalen« konstituierte sich der Spartakusbund als Kommunistische Partei Deutschlands und schuf damit endlich eine eigene organisatorische Grundlage. Die aus 46 Orten des Reiches stammenden 83 Delegierten verabschiedeten einstimmig das im Entwurf bereits am 14. Dezember 1918 in der »Roten Fahne« veröffentlichte Parteiprogramm, das den Sozialismus als Ziel bestimmte und sich eindeutig gegen die Vorstellung eines friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus stellte. Der Gründungsparteitag der KPD war ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, indem er die revolutionäre marxistische Entwicklungslinie fortführte und den Grundstein legte für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, die fähig war, die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk im Kampf für die Befreiung von imperialistischer Kriegspolitik und kapitalistischer Knechtschaft und für die soziale Revolution zu führen.

4.–13. Januar 1919: Die Januarkämpfe

Anfang Januar 1919 verstärkte die Konterrevolution ihre Versuche, die Novemberrevolution mit militärischer Gewalt niederzuwerfen. Anlass der Januarkämpfe war die Absetzung des zum linken Flügel der USPD zählenden Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn durch das preußische Innenministerium am 4. Januar 1919. Damit wollte die preußische Regierung das Polizeipräsidium in die Hand bekommen, vor allem aber sollten die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins zu vorzeitigen, unzureichend vorbereiteten bewaffneten Kämpfen provoziert werden, um sie noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung blutig niederschlagen zu können.

Am Nachmittag des 5. Januar zogen Hunderttausende Arbeiter und Soldaten unter den Forderungen »Entwaffnung der Konterrevolution – Bewaffnung der Arbeiterklasse – Bildung einer Roten Garde – Sturz der Ebert-Regierung« durch die Straßen der Reichshauptstadt. Unter dem Eindruck der gewaltigen Demonstrationen beschlossen die Revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der USPD Groß-Berlins und Vertreter der KPD in falscher Einschätzung der Lage, für den 6. Januar zum Kampf für den Sturz der Regierung und zur Eroberung der »Macht des revolutionären Proletariats« aufzurufen. Am Abend und in der Nacht des 5. Januar besetzten Arbeiter und Soldaten verschiedene Gebäude im Berliner Zeitungsviertel, darunter auch das Verlagsgebäude des sozialdemokratischen »Vorwärts«, der fortan bis zum 11. Januar als »Roter Vorwärts« erschien. Am 6. Januar begann der Generalstreik, 500.000 Arbeiter und Soldaten demonstrierten. Trupps bewaffneter Arbeiter und Soldaten besetzten die

Reichsdruckerei, das Proviantamt, die Eisenbahndirektion, das Haupttelegrafenamnt und andere strategisch wichtige Objekte.

Am gleichen Tag übernahm Gustav Noske den Oberbefehl über die konterrevolutionären Bürgerkriegsverbände (deren einige bereits das faschistische Hakenkreuz am Stahlhelm trugen) mit den Worten »Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden...« Er wurde dieser Selbstdefinition nur allzu gerecht – in der Folge wurde die proletarische Gegenwehr mit enormer Grausamkeit niedergeschlagen. In den Morgenstunden des 11. Januar begann mit Flammenwerfern, Maschinengewehren, Minenwerfern und Artillerie der Sturm der Regierungstruppen auf das »Vorwärts«-Gebäude; sieben Parlamentäre wurden ermordet. Bis zum Folgetag wurden auch weitere Gebäude und Straßen im Zeitungsviertel von den Regierungstruppen zurückerobert. Mehr als 150 Teilnehmer der Januarkämpfe fanden den Tod, die meisten von ihnen wurden – nachdem sie sich bereits ergeben hatten – von der konterrevolutionären Soldateska standrechtlich erschossen.

3. Der weiße Terror – Die Ermordung Karl Liebkechts und Rosa Luxemburgs

Nach der Besetzung ganz Berlins durch die Noske-Truppen setzte der weiße Terror ein – über 1.200 Arbeiter wurden in den folgenden Tagen misshandelt, verstümmelt und erschossen. Unter den Opfern waren auch Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg. Schon im Dezember 1918 hatte die von Hugo Stinnes und anderen Monopolkapitalisten finanzierte »Antibolschewistische Liga« in einem Flugblatt zum Meuchelmord aufgerufen:

»Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht von außen bedroht, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebkecht!«

Am 8. Januar 1919 drohte ein Flugblatt der Regierung unmissverständlich: »Die Stunde der Abrechnung naht!« Ein am 13. Januar im »Vorwärts« veröffentlichtes Machwerk des Redakteurs und Gossenpoeten Artur Zickler (der – kaum verwunderlich – Ende der 20er Jahre verdeckt, am 1. Mai 1933 [*sic!* – *IΦB*] dann auch offiziell zu den Faschisten wechselte) bedauerte, dass sich unter den Opfern der Januarkämpfe keine führenden Kommunisten befanden:

»Viel Hundert Tote in einer Reih' – Proletarier! Karl, Rosa, Radek und Kumpanei – es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!«

Am folgenden Tag äußerte Fritz Henck – der Schwiegersohn Philipp Scheidemanns – öffentlich, die Anführer der Kämpfe würden »nicht ungeschoren davonkommen«. Schon bald werde sich zeigen, »daß auch mit ihnen Ernst gemacht wird.«

Schon einen Tag darauf sollten die Aufrufe der »Antibolschewistischen Liga« und der SPD-Regierung sowie die widerwärtigen Mordfantasien der sozialdemokratischen Journaille in Erfüllung gehen: Am Abend des 15. Januar 1919 wurden Karl und Rosa ins Hotel Eden – das Hauptquartier der konterrevolutionären Garde-Kavallerie-Schützen-Division – verschleppt, dort über mehrere Stunden misshandelt und schließlich – auf Anweisung der Regierung – bestialisch umgebracht. Rosas Leiche wurde erst am 31. Mai im Landwehrkanal gefunden, die Karls von seinen Mördern als »unbekannte Leiche« in einem Leichenschauhaus abgegeben.

Kurz vor ihrer Ermordung waren in der »Roten Fahne« die letzten Artikel von Rosa und Karl erschienen. Unter der Überschrift »Die Ordnung herrscht in Berlin« waren Rosas allerletzte Worte:

»Ihr stumpfen Schergen! Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ›rasselnd wieder in die Höh' richten‹ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!«

Karls Artikel »Trotz alledem« ging in die gleiche Richtung. Im Angesicht der Niederlage, aber doch bereits über sie hinausweisend hieß es dort:

»Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre [...] Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse – wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!«

4. Das Ende des Roten November und der Sieg der Konterrevolution

Bei den am 19. Januar unter Bürgerkriegsbedingungen durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung wurde die SPD stärkste Partei. Am 6. Februar trat die Nationalversammlung zusammen. Friedrich Ebert wurde zum Reichspräsidenten gewählt, Philipp Scheidemann zum Reichsministerpräsidenten bzw. Reichskanzler. Die sozialdemokratisch geführte neue Regierung setzte weiterhin reaktionäre und faschistische Freikorps gegen revolutionäre Arbeiter ein. Auf diese Weise wurden die Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 und die Münchner Räterepublik am 2. Mai 1919 blutig niedergeschlagen. Besonders in München kam es zu grausamen Exzessen gegen unbewaffnete Zivilisten. Ab dem 4. März 1919 bildete sich in Berlin eine starke Streikbewegung, um die Verankerung der Räte in der Verfassung und Sozialisierungen durchzusetzen. Dabei ermordeten die Freikorps ca. 1.200 Menschen. Der bürgerlich-antifaschistische Publizist Sebastian Haffner geht für die Zeit von Januar bis Mai 1919 von insgesamt mehreren Tausend Todesopfern aus.

5. Die Ergebnisse der Novemberrevolution

Alle Versuche, die Novemberrevolution in eine sozialistische Revolution hinüberzuleiten, erlitten eine Niederlage. So blieb sie – wie es in den Thesen des ZK der SED zum 40. Jahrestag hieß – «eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde.» Die ökonomischen und politischen Grundlagen der Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus blieben erhalten – die von der Mehrheitssozialdemokratie versprochenen Sozialisierungen wurden nie Realität, der Justiz- und Staatsapparat blieb weitgehend unangetastet.

Indem die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution das monarchistische Regime stürzte, die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik erzwang und demokratische Rechte und Freiheiten sowie den Achtstundentag erkämpfte, eroberte sie zwar günstigere Positionen für den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus. Die Niederlage der Novemberrevolution aber war das Ergebnis des Verrats der rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften, die im Lager der Konterrevolution standen. Am Ende konnte aller Heroismus des revolutionären Proletariats das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Kampforganisation nicht ersetzen – die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgte zu spät.

6. Die Lehren der Novemberrevolution

Welche Lehren können und müssen Marxisten-Leninisten aus Verlauf und Scheitern der Novemberrevolution ziehen? Sie sollten sich über – wie ich meine – drei wesentliche Punkte im Klaren sein.

6.1 Kampf gegen Opportunismus, Reformismus und Revisionismus

In jeder Phase des Klassenkampfes ist der Kampf gegen Opportunismus, Reformismus und Revisionismus als gefährlichste Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung zwingend erforderlich; Gleiches gilt für die Auseinandersetzung mit zentristischen – in Worten revolutionären, in Taten versöhnlerischen – Positionen. Dies gilt innerhalb der kommunistischen Organisation der Revolutionäre ebenso wie in ihrem Verhältnis zu anderen Gruppen und Parteien. 1918/19 ist es der Mehrheitssozialdemokratie gelungen, die werktätigen Massen mit demagogischen Losungen wie »Der Sozialismus marschiert« zu verwirren und so ihr konterrevolutionäres Handeln und ihre Kollaboration mit den faschistischen Freikorps-Mörderbanden zur Erhaltung der Macht des Kapitals zu kaschieren. Trotz des seither immer weiter ergänzten umfangreichen Katalogs sozialdemokratischer Schurkereien im Dienste des deutschen Imperialismus

muss man allerdings – selbst von Genossen der DKP – heute hören, dass man an der SPD in einer zugespitzten Situation des Klassenkampfes wohl nicht wirklich vorbeikommen werde. Ich halte dies (wenngleich wir natürlich zwischen den sozialdemokratisch orientierten Kollegen und ihrer Führung unterscheiden müssen) für bedenklich: Mit letzterer kann es – eine unmittelbar drohende faschistische Gefahr einmal ausgenommen – keine Zusammenarbeit geben. Wenn überdies die Partei Die Linke (PDL) als die mittlerweile geschicktere Version der Sozialdemokratie Illusionen hinsichtlich eines parlamentarischen Wegs zum Sozialismus – Stichwort »Transformation« – verbreitet, muss einer solchen Abweichung vom revolutionären Weg und Ziel der Arbeiterklasse entschieden entgegengetreten werden. Im »Leitfaden Novemberrevolution« der Geschichtskommission des PV der DKP heißt es hierzu richtig:

»Betrachtet man die strömungsmäßige Zusammensetzung der Partei Die Linke, so springen gewisse Parallelen zur USPD ins Auge. Auch hier finden wir Marxisten, Reformisten und Zwischenschattierungen aller Art in einer Organisation. Und auch hier stehen Kommunistinnen und Kommunisten vor der schwierigen Aufgabe, Kritik am Opportunismus vor allem auf der oberen Funktionärebene der PDL mit aktiver Bündnispolitik überall dort zu verbinden, wo die Gemeinsamkeiten ausreichen, um zusammen zu kämpfen und zu diskutieren.«

6.2 Die Machtfrage

Eine zentrale Frage der sozialen Revolution ist die Frage der politischen Macht. In den ersten Tagen der Novemberrevolution hatten die in Räten organisierten Arbeiter und Soldaten die Macht erobert, aber spätestens mit dem 1. Allgemeinen Rätekongress (16.–21. Dezember 1918) gaben sie diese, befangen in allerlei kleinbürgerlichen Illusionen und der Demagogie der rechten SPD-Führung auf den Leim gehend, wieder aus den Händen – die Delegierten stimmten mehrheitlich für die Durchführung von Wahlen zur bürgerlichen Nationalversammlung. Die Folgen – der blutige Sieg der Konterrevolution – wurden in diesem Vortrag geschildert. Eine wesentliche Erkenntnis aus dem Scheitern der Novemberrevolution, auf die Wladimir Iljitsch Lenin immer wieder hingewiesen hat, muss daher lauten: Die Arbeiterklasse kann den bürgerlichen Staatsapparat nicht für ihre Zwecke nutzen; vielmehr muss sie ihn zerschlagen und durch Organe der Arbeitermacht ersetzen, also die Diktatur des Proletariats errichten.

6.3 Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei

Ohne die Organisation der Revolutionäre, ohne eine starke, in der Arbeiterklasse verankerte und deren Führung übernehmende Kommunistische Partei kann der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie und politische Macht nicht erfolgreich geführt werden. Diese Partei fehlte in der Novemberrevolution; ihre Gründung zur Jahreswende

1918/19 kam zu spät. Ernst Thälmann schrieb dazu 1928, zum 10. Jahrestag der Revolution, in der »Roten Fahne«:

»So war, gemessen an der objektiven Klassensituation, den objektiven Kräfteverhältnissen, die Lage reif zum Siege der deutschen Revolution. Als am 9. November die Arbeiter sich der Panzerautomobile des Militarismus bemächtigten, trugen sie in sich das stolze Gefühl, den Sieg dieser Revolution mit ihrer Tat, mit ihrem revolutionären Kampfwillen, mit ihrer revolutionären Kühnheit unverbrüchlich zu besiegeln ...

Wie war es möglich, daß trotz aller Voraussetzungen für den proletarischen Sieg in den objektiven Kräfteverhältnissen der Revolution noch einmal die Bourgeoisie ihre morsch gewordene, brüchige Klassenherrschaft erneuern, festigen und das Proletariat niederwerfen konnte?

Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, den Märzkämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode, im Oktober 1923 – sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei andererseits.

An der Jahreswende 1918/1919 waren die Massen bereit zum Kampf, aber es fehlte die zielklare Führerin, die diesen Kampf hätte organisieren, den Bluthund Noske und seine Komplizen Ebert und Scheidemann samt ihren Generalen und weißen Gardien durch die planvolle Organisation und Durchführung des bewaffneten Aufstandes zerschmettern und ausrotten können.

Nicht der revolutionäre Instinkt, nicht das unvergleichliche Heldentum der einzelnen Führer des Spartakusbundes, der hingemordeten Gründer unserer Partei, konnte den Bestand einer eisernen, im Feuer der revolutionären Erfahrungen zu Stahl gehärteten Avantgarde ersetzen. Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der barbarischen sozialdemokratischen Konterrevolution..., weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmieden können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei!«

Arbeiten wir also, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, an dieser Aufgabe: An der Stärkung der Partei, der Schärfung ihrer marxistisch-leninistischen Programmatik und der Festlegung ihrer richtigen Taktik und Strategie, um im – wann immer dies auch sein wird – neuerlichen Anlauf zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft die Arbeiterklasse zum Sieg führen zu können.

Briefe an die Führung der SED 1968/69

Hermann Jacobs: „Tschechische Briefe“. Briefe zum so genannten „Prager Frühling“.

27.8.68. An: Politbüro des ZK der SED, Berlin

Werte Genossen,

die Kritik am Marktsozialismus führt die ganze ökonomische Theorie an den Ausgangspunkt von vor 10 Jahren zurück: Es ist Kritik an der Warenökonomie im Sozialismus. Es zeigt sich erneut der grundsätzliche Mangel der ungenügenden theoretischen Klarheit in diesem Punkt und die Gefahr, die darin lauert, das aus praktisch auf uns zukommenden Erwägungen oder Prozessen heraus etwas gutgeheißen wird, was in der Endkonsequenz noch gar nicht durchdacht ist. Wir „haben keine Kapitalisten mehr und darum können Ware und Wert auch nicht mehr der anderen Klasse dienen. Dadurch, dass sie der neuen Klasse dienen, bekommen diese Kategorien neuen sozialen Inhalt“, so etwa hieß es doch. Und das bedeutet, die Wertkategorien als solche haben keinen sozialen Inhalt an sich, wer sie benutze, bestimme diese. Die Kategorien sind weder gut noch schlecht, nur ausnutzbar. Indem wir heute den so genannten Marktsozialismus, d.h. die angestrebte Handhabung der Wertkategorien in der CSSR gleich der in Jugoslawien der Verurteilung aussetzen, stellt sich doch faktisch die Aufhebung unseres alten illusorischen Gefühls her. Nicht nur *wer* sie ausnutzt, bestimmt den gesellschaftlichen Inhalt, sondern auch die Art und Weise der Ausnutzung. Damit aber tritt die eigentliche Umkehrung oder beginnende gesellschaftliche Identifizierung der besonderen Warentheorie mit der Theorie der echten Negation ein. Hier wird in der Theorie *eine Brücke geschlagen* und die Anhänger der echten Negation sind verpflichtet, diesen Brückenschlag zu konstatieren. Nunmehr ist es von *beiden Seiten* aus möglich zu sagen: Kommunisten der Person (oder Macht) nach sind außerstande, den Wertkategorien einen anderen Inhalt zu geben (ohne sie aufzuheben dem Inhalt nach), um vielmehr Kommunisten zu bleiben, müssen sie den Wertkategorien in bestimmter Art und Weise entgegenreten. Das wäre noch nicht volle Identität, aber beginnende. Es gäbe aber aus beiden Sichten jetzt *doch* einen sozialen Inhalt, der den Wertkategorien innewohnt, sie sind nicht gesellschaftlich neutral. Neutrale, nichtgemäße (kommunistische) Art und Weise der Handhabung hebt nicht etwa die Wertkategorien auf, sondern die Kommunisten, den Kommunismus/Sozialismus.

Die Kritik am Marktsozialismus durch das ZK der SED – die ich nachdrücklich unterstützen möchte – enthält eine unbedingte theoretische Konsequenz: Die These von der an sich neutralen Stellung der Wertkategorien muß verlassen werden, sonst ist es nicht möglich, eine Theorie der Negation der Marktwirtschaft im Sozialismus auszu-

arbeiten. Wenn die Klasse als solche den Inhalt der Kategorie Wert bestimmt, dann wäre *alles*, was diese Klasse mit ihm macht, eben dadurch gut. Setze ich aber bestimmte Klasse (der CSSR und Jugoslawien) in ihrem Verhältnis zur Warenökonomie einer Kritik aus, gewinnt sofort die Warenökonomie Eigenleben gegen die Klasse, und ist in der Theorie als selbstständiges Subjekt, als Wesen für sich und unabhängig auch von der proletarischen Klasse zu analysieren.

Es ist dies aber der Punkt, wo sich das ganze Lager der neuen Kritiker mit der kleinen Gruppe der alten Kritiker vereint; Vereinigung, Verständigung beginnt und ist *unbedingt notwendig*. Die jetzige Situation ist grundsätzlich neu. Solange davon ausgegangen wurde, dass die Klassen den sozialen Inhalt der Wertkategorien bestimmen, war praktisch jede Kritik an der Warenproduktion im Sozialismus Angriff auf die Klasse, auf den Sozialismus. Ergibt sich nunmehr aber gewaltige Spaltung in der Streitmacht der bisherigen Befürworter dieser Ökonomie, ist es nicht mehr möglich, eine grundsätzliche Kritik an Ware und Wert einem Angriff auf die Klasse gleichzusetzen. Der bejahende Teil der proletarischen Klasse, der faktisch auch den Kommunismus gesellschaftlich repräsentierte, hat eine dramatische und jähe Wendung (für die DDR vielleicht nicht ganz so jähe) zu einer relativen Negation dieser Ökonomie gemacht. Ware und Wert sind wieder Objektives, Selbstständiges, für sich Seiendes geworden, auch aus neuerer kommunistischer Sicht.

Die Erschütterungen in der Festigkeit der gesellschaftlichen Macht der CSSR, die in ihrem Wesen auf den Zweikampf in der Partei um diese Warenökonomie zurückzuführen sind, haben auf der einen Seite zu der raschen Spaltung in der Theorie geführt und zeigen auf der anderen Seite, dass wir in der Frage der Warenökonomie im Sozialismus noch keine Theorie haben, dass die Theorie des Kommunismus an sich erschüttert ist. Die Ereignisse in der CSSR sind nur geeignet gewesen, alle versteckt gehaltenen, weil wohl auch noch unausgegorenen Bedenken gegen Jugoslawiens Weg in der Ökonomie wieder ans Tageslicht zu fördern. Und das ist gut!

Die Dinge, einmal in die Welt gesetzt, haben ihren eigenen Lauf. Jetzt, wo es wieder heraus ist, dass es um die Warenökonomie und ihre Art und Weise der Anwendung geht, kann man theoretisch nicht mehr lange hinauszögern. Die Welt, besonders die proletarische, braucht Antwort darauf, warum, sagen wir so, „Marktsozialismus und Sozialismus“ nicht vereinbar sind. Der Kompromiss von Moskau ist besonderer Art. Es zwingt bestimmten Führern anderes Tun auf als jenes, zu dem sie sich selbst bestimmt hatten. Anderes Tun ist aber noch nicht andere Führerschaft und damit auch noch nicht andere Ideologie hinsichtlich dieser bestimmten Punkte. Die Macht wird gefestigt – gegen den äußeren Feind -, die Mehrheitsverhältnisse werden zunehmen, wohin scheint klar, *die alten Pläne werden kommen* und sie können auch kommen, weil auch woanders die Fragen der Warenökonomie noch gar nicht so klar sind. So gesehen können neue Mehrheitsverhältnisse jetzt nur noch theoretischen Einflussnahmen entwachsen, neuen.

Unser ZK der SED in seinen Publikationen vor allem ist es gewesen, welches Kritik bis zu jenem ökonomischen Punkt hingeführt hat. Es ist eine absolut wichtige und richtige Wahrheit und Initiative! Die Konsequenz tut sich auf: Wo die ganze internationale Arbeiterbewegung 10 Jahre lang hinsichtlich Ware-Geld-Beziehungen beruht und aufgeklärt wurde, ja, es seien sozialistische Beziehungen und die Arbeiterbewegung vor allem kapitalistischer Staaten es geglaubt hat, muß sie nun auch über jene neu sich auftuende Grenze aufgeklärt werden.

Bitte Genossen, wie viele große Parteien kapitalistischer Staaten haben nicht „Jugoslawien“ wieder in ihre Arme geschlossen. Es war ihnen wieder Bruder geworden. Warum auch nicht? Wo 10 Jahre lang die Kritik an Jugoslawien schwieg und es nur noch um Bündnispolitik ging. Wie soll denn eine außenstehende Partei den Unterschied zwischen „Selbstverwaltung“ und „Eigenverantwortung“ erkennen? Der bietet sich ja kaum noch vom Wort her an. Theorie in jenes Dunkel von Ware und Wert im Sozialismus hinein zu bringen heißt Einheit auf neuer revolutionärer Basis in den Kommunismus herein zu bringen. Eine hieb- und stichfeste Theorie von Ware und Wert ist hierbei wohl jenes bewußte Glied, auf welches es ankommt.

Leninismus ist Bündnispolitik auch in theoretischen Fragen, wenn sie fortschrittlicher Natur. Weil es nunmehr Anknüpfungspunkte gibt, weil ein Anfang begonnen wurde, schlage ich vor, alle jene Verfechter einer absoluten Negation, welche seit Jahren bekannt sind, aus ihrem Schlummerdasein herauszuholen, sie zu veranlassen, sie zur Ausarbeitung ihres Standpunktes zu veranlassen, Vergleiche zu ziehen, gegenseitig Anregungen zu geben. Es ist ja nur Wissenschaft von ihnen zu erwarten, was bisher verfrüht schien, es muß jetzt seinen Anfang gefunden haben, soll alles wahr sein, was gesagt. Eine absolute Kritik beginnt relativ, praktisch gesehen, wo Praxis nun begonnen, sollte wenigstens Theorie das aufgestoßene Tor bis zur absoluten Negation vorangehend aufstoßen. Es geht so gesehen nicht um gesellschaftliche Publizität, sondern nur um interne Konstituierung, internes Wissen und Vorbereiten auf absolute Negationen. Freiheit im Kommunismus ist keineswegs analoger Ausdruck einer öffentlich publizierten, interne Freiheit als ganzes Maß an Freiheit kann jener öffentlichen durchaus vorangehen. Absolute Negation als Theorie gegenüber Ware und Wert ist wie Kommunismus selbst übergreifende Wissenschaft. Für eine Partei, welche hinsichtlich Warenökonomie wieder eingengegte Position bezieht, wäre Zustimmung in diesem Punkt das allerkleinste Zugeständnis, gar ein notwendiges.

Mit sozialistischem Gruß, Hermann Jacobs

24.01.69. An: ZK der SED, Abt. Planung/Finanzen, Gen. Wappler

Werter Genosse Wappler,

meine Ausarbeitung kann ich nunmehr wieder fortsetzen, ich mußte doch ab 19. November unterbrechen, weil ich aus gesundheitlichen und auch finanziellen Gründen nicht mehr umhin konnte, eine 2. Arbeitsstelle anzunehmen. Ab 16. Januar aber bin ich wieder nur noch Schweißer (in meiner alten Arbeitsstelle).

Šik und Goldstücker wieder in der CSSR ... das ist ein Symbol einer Rückkehr, und zwar eines des, wie ich das genannt habe, „inneren Revisionismus“. Auf Seite 20/21 meines Manuskripts schreibe ich davon als einer unvermeidlichen Bedingung des 21. August. Die bestimmte Form des Verhaltens der einmarschierenden Armeen barg diese Entwicklung gesetzmäßig in sich. Es bot sich nur diese Form, oder eine radikale (Aufbau einer völlig neuen Partei wie damals in Ungarn) an. Wir haben zwar gesagt, in der CSSR sei es nicht zur Wiederholung Ungarns gekommen, aber das hätte hinsichtlich der Beurteilung der inneren Zustände in der KPC nicht daran hindern können, diese Partei selbst als eine Wiederholung bereits anzusehen und so zu behandeln. Natürlich wäre die Spaltung – auch im internationalen Kommunismus - tiefer gewesen, aber da diese neue Partei sich nicht anders geäußert hätte als eine von unseren, wäre irgendeine Ablehnung oder verfremdete Haltung dieser Partei gegenüber eine Ablehnung oder Verfremdung uns gegenüber. Und der Nachweis, dass wir nicht kommunistisch (folglich dann auch nicht diese besagte neuformierte tschechische Partei), ist einfach und auf die Dauer durch unser konkretes Verhalten nicht zu führen. Es wäre wohl in letzter Konsequenz bei Ablehnung oder Bedauern in diesem konkreten Punkt geblieben, aber das gesunde und geschichtliche Klasseninteresse aller verbündeten kommunistischen Parteien hätte den Sieg davongetragen. Die vielen neuen internationalen Klassenschlachten sind auch internationale Vereiniger angesichts der Differenzen in bestimmten Punkten. Die Kritik sind wir ja auch so nicht losgeworden.

Aber unser Verhalten war innenpolitisch nicht radikal. Wir bleiben weiter und jetzt sogar gerade mit dem Revisionismus konfrontiert. Jugoslawien findet einen Nachfolger, sofern diese alte Führung der KPC die Bedingung einhält: Führende Rolle der Partei (bloß wozu?) und Zentrale Planung (bloß wie weit?). Die Lage in der CSSR schätze ich so ein, dass sie jetzt auch der *Form* nach den jugoslawischen Weg gehen, d.h. sie führen die Selbstverwaltung als eben den neuen ökonomischen modernen Revisionismus von oben ein. Das kann man nur, wenn eine Partei in der Spitze in dieser Frage *einig* ist. Diese Einigkeit bestand *vor* dem 21. August *nicht*. Eben deshalb wurde ja der außerparteiliche Weg gesucht, der den ganzen konterrevolutionären Sumpf mit hochschwemmte. Der Einmarsch, der der „Konterrevolution“ galt, wurde der ganzen inneren Problematik der CSSR nicht gerecht (wohl infolge der gewissen Unterschätzung des Revisionismus, seiner Quellen und Bestandteile). Er sah die Partei zwar nicht *einig*, aber doch zu vereinigen. Und das ist eben das Problem. Die Partei hatte sich nicht nur im Verhältnis zur wirklichen Konterrevolution gespalten, sondern auch im Verhältnis zur so genannten Selbstverwaltung als der ökonomischen Basis des „freien Sozialismus“, oder Revisionismus, wie wir sagen. Wieder *einig*

werden heißt für die KPC, nicht nur einig werden gegenüber der Konterrevolution, sondern auch gegenüber den „Ökonomischen Reformen“, der Selbstverwaltung. Und nun auf revolutionärer Basis. Gegen die Konterrevolution ist die Armee ein Argument, gegen eine Ökonomie nicht. Hätte sich der ablehnende Teil der KPC zur neuen KPC konstituiert, der ökonomische Revisionismus wäre für die CSSR aus der Welt geschafft. Aber da dieser Schritt nicht vollzogen, stellte sich nach dem 21. August weiter eine *doppelte* Initiative bei *neuen Verhältnissen* für beide Gruppen her. Das dreimonatige Fazit: Unterstützt von der Woge des „nationalen Stolzes“ ist die Partei „vereinigt“ – auf die neuen ökonomischen Reformen. *Šik ist* nicht zurückgekehrt, er *konnte* zurückkehren.

Die nüchterne Kalkulation hätte so gelaute: *Haben* wir eine wissenschaftliche Theorie gegen den modernen Revisionismus, die Selbstverwaltung? – Nun, hätten wir sie, wie hätte dann ein *Šik* hochkommen können, wie ein Nowotny (dieser als Symbol gesehen) gestürzt werden können. Wo wir zwar nicht mit der Akribie eines Karl Marx beweisen können, dass der *Šik*'sche Weg falsch, dennoch aber relativ um die Falschheit dieses Weges wissen, wäre eine *Machtlösung* immer besser als eine „anständige“. Anständig kann man reagieren, wenn man eine Theorie hat. Ohne Theorie aber ist man schwach, und dann muß man einiges durch Macht lösen. Die Zeiten, wo man vor der Entscheidung immer alles „richtig weiß“, beginnen erst. Der gegenwärtige Kommunismus ist nicht ganz berechtigt, sich die Verhaltensweisen eines Marx und Lenin absolut anzueignen. In einer theorieschwachen Zeit bedarf der Kommunismus der organisatorischen Formen, die Reinheit seiner Bewegung zu bewahren – bei Gefahr, geistig zu verarmen, einzutrocknen. Die Trockenheit der Theorie ist immer nur vorübergehend, die Einheit aber auch etwas Praktisches, was immer gebraucht wird.

Nun, da wir theorieschwach, aber dennoch anständig waren, ist die innere Führung der KPC weitgehend vereinigt auf ein gleiches Prinzip. Sehen Sie – wir wissen relativ um die Falschheit der Selbstverwaltung, und haben dazu noch die Macht. *Unsere* Fortsetzung in der KPC, die proletarische Auffassung von der Sache, setzt auch nur unsere Position in der Ökonomie fort, und manchmal noch nicht einmal das – und besaß nicht mehr die Macht. Da die CSSR kein zweites Ungarn wurde, ist der physische Tod von Kommunisten verhindert worden, ihr politisches Leben aber kann nur beginnen, wenn die theorieschwache Lebensweise des nichtrevisionistischen Kommunismus gestärkt wird. Insofern ist der anständige Weg des Kommunismus vom 21. August, obwohl er in der CSSR den Umweg über die Selbstverwaltung wohl kaum noch verhindern kann, der eigentliche und richtige Weg. *Šik*'s Rückkehr in die Macht ist ein Appell an uns, über Nick hinauszugehen. Er ist ja der Meinung, eigentlich wären wir die richtigen Marktwirtschaftler und nicht die, die so viel Geschrei um den Markt machten (Einheit, Heft 1/69). Die alten Prinzipien sind ja ganz gut, man müsse sie nur den neuen Bedingungen entsprechend anwenden. Solange wir nicht erkennen – oder nicht zugeben -, dass wir, wenn wir über das ökonomische Prinzip der Selbst-

verwaltung sprechen über das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel und der Nichtinanspruchnahme „fremder (?) Mittel“ sprechen, wenn also über die Selbstverwaltung, [dann] auch in gewisser Weise über uns, wird die Offensive gegen den Revisionismus ein schwirrendes Holz in der Luft bleiben. Wer nicht einige Grundsätze der Ökonomischen Systeme unserer Auffassung zur Diskussion stellt, wird in der Kritik an der Selbstverwaltung an Randerscheinungen hängen bleiben. Die „Zentrale Planung“ und die „Führende Rolle der Partei“ bringen hier nicht den Grund... (*hier endet das Manuskript*).

29.04.2004. 1968 - die vertane Chance für den theoretisch bewußteren Kommunismus

Für einen linken Kritiker, und das heißt bei mir immer bewußt marxistischen, stellt sich mit der so ganz anderen Sicht auf die Ökonomie des Sozialismus auch eine ganz andere Moral über sie ein. So begrüße ich das Jahr 1968, weil es erlaubt hätte, der Theorie der Selbstverwaltung der Betriebe den Garaus zu machen. Die Chance wurde vertan/verschenkt, weil auf den militärischen Einmarsch in die „CSSR“ kein theoretischer „Einmarsch“ in die ökonomische Reform erfolgte. 1968 hätte ein klassisches Jahr für die Theorie der Ökonomie des Sozialismus werden können. Eben hatten sich die „Reformer“ gespalten, zeigten sie einen Gegensatz, der sie gesellschaftlich, nicht schlechthin methodisch trennte. Die *Reform des Sozialismus* war - in der Gestalt der Prager Selbstverwaltungsökonomie - von den anderen sozialistischen Staaten zurückgewiesen, die Einheit der Reformer gebrochen worden.

Wie würde man reagieren? Die Reformen insgesamt zurückweisen oder es nur bei der Kritik an der tschechischen Form bewenden lassen? Zur Kritik aller, auch der eigenen Reformen überzugehen, hätte die Theorie des Kommunismus kolossal befördert. Nach 1968, genauer: nach dem 21. August 1968, trat zu Tage, dass in Wirklichkeit das Lager der Reformer in den alten und wohlformulierten Gegensatz von Sozialismus und Warenökonomie, von zentralgeleiteter Planwirtschaft und „ökonomischer Selbstverwaltung“ gespalten blieb. Die Frage tat sich auf: Insofern, als es auf der einen Seite eine Rückbesinnung auf die Planwirtschaft gab, mußte da diese Seite nicht auch ansprechbar sein für eine höhere Art der Überlegung in theoretischer Hinsicht? Mein gleich zu Beginn des Jahres 1969 geschriebenes *Programm einer Ökonomie ohne Ware und ohne Wertform* ging auf die neue Lage ein. Es enthielt in knapper Form, worum es im Grundsätzlichen ging: Keine Warenproduktion bedeutet unkündbare Aneignung. Es versteht sich, dass unkündbare Löhne nur von der Gesellschaft, nicht irgendeinem Betrieb garantiert wie realisiert werden können; Betriebe werden im Sozialismus oder in der Planwirtschaft nur nach Eigenbedarf ökonomisiert, nicht nach Überbedarf, den der frei gewordene Arbeiter aber darstellt.

Der eigentliche Grund, warum das ökonomische Subjekt des Sozialismus, der Arbeiter, für ein gesellschaftliches Eigentumsverhältnis, also Aufhebung des Eigentums dem Begriff - und Verhältnis - nach stimmen muß, ist offen sichtlich. Das Programm gilt noch immer, auch für die Zukunft. Die Forderung auf unkündbare Löhne für Arbeiter im Sozialismus tritt neben die frühe Forderung auf Aufhebung des Privateigentums resp. neben die Forderung auf Aufhebung der Ausbeutung von Menschen (durch Menschen). Dass ich dieses Programm nur notiert, aber nicht versandt habe, trübt nicht seinen Wert. (Die in ihm enthaltenen Forderungen erschienen ja in allen meinen Arbeiten damaliger Zeit, bedurften also nicht an sich dieses *Programms*.)

Nach dem 21. August 1968 war eine gute Chance, in der Theorie der Ökonomie des Sozialismus den entscheidenden Schritt zu tun, d.h. der Sozialismus hätte sich endgültig als Gesellschaft von seiner bürgerlichen Voraussetzung trennen können. Während alles auf Prag schaute - hätte jetzt die Ökonomie des Sozialismus geschaffen werden müssen. Den wohl einzigen Versuch dazu - ein anderer hat sich ja nicht gemeldet - will ich der Nachwelt erhalten.

28.01.69. Hermann Jacobs: Programm des Kommunismus ohne Ware und Wert

Die Spaltung im Lager der bisherigen Anhänger der Wertkategorien im Sozialismus, sich darstellend einerseits in der Gruppe der „Selbstverwaltung“ und andererseits der Gruppe der „Zentralen Planung bei Eigenerwirtschaftung der Mittel“³, ist der gleichzeitige Punkt für die Anhänger der kritischen Linie, mit einem eigenen Programm

³ Die Reformer zichtigen heute (wie schon damals) die DDR, UdSSR usw. des Verrats an der Reform; eine letzte „große, historische“ Chance „für einen menschlichen Sozialismus“ sei verpaßt worden. Ja, eine Chance ist verpaßt worden, aber eine andere als man allgemein denkt. Es wird im Allgemeinen nicht verstanden, dass diese Trennung/Spaltung unter den Bedingungen eines Kompromisses erfolgte. Es gab die Möglichkeit, über die Kräfte, die sich *über* die Prager Reform stellten - und das waren sowohl die neuen tschechischen Führer als auch natürlich nahezu die ganze Führungsriege der DDR -, hinausgehend für eine neue theoretische Grundlage der sozialistischen Ökonomie zu sorgen. Das stellte sich letztlich als ein zu großer Schritt heraus. Die DDR-Führung ging einen Kompromiß ein - sie hätte sich sonst selbst der Kritik aussetzen müssen. Einerseits war sie für die Abgrenzung gegen die Selbstverwaltung (Jugoslawiens und den Plänen der „Prager Reformer“), aber sie nahm es hin, dass in ihre andere Position (der „zentralen Planwirtschaft“) der Passus, der der Selbstverwaltung eigentlich zugrunde lag, hinüber geschmuggelt wurde: Eigenerwirtschaftung der (monetären) Mittel der Betriebe („bis hin zur erweiterten Reproduktion“), und das heißt Wertgesetz für die Preise. Dieser Kompromiß hing dem realen Sozialismus dann am Halse. Aber er entsprach ihm nicht praktisch. Und das erlaubte mir, den manifestierten Gegensatz, auch in dieser halbierten Form, zum Anlass zu nehmen, in der Theorie gleich für den entscheidenden Schritt zu werben.

hervorzutreten. Dieses Programm muß nicht nur schlechthin Gegensatz sein, muß vielmehr gar nicht wesentlich Gegensatz sein, muß sich vielmehr behaupten als Lösung des ausgebrochenen Gegensatzes.

Die „Eigenerwirtschaftung der [Geld]Mittel“ ist ökonomisch gesehen dasselbe Gesellschaftsprinzip wie die „Selbstverwaltung“. Hier ist hinsichtlich der Aneignung gesagt, dass die eigene Arbeit Quelle und Maß der Anteils an der Gesellschaft sein soll, wobei die Arbeit selbst in ihrer Einheit von abstrakt und konkret gefaßt ist.

Das aber ist der wesentliche Gegensatz bereits zum Sozialismus wie zum vorhandenen Charakter des gesellschaftlichen Eigentums.

Das Prinzip der Aneignung beruhend auf der eigenen Arbeit, wobei die Produktivkraft dieser eigenen Arbeit in die Bestimmung für die Größe der eigenen Arbeit hineinspielt, ist das Prinzip der Warenökonomie.

Dieses Prinzip aber heute, in der Gesellschaft der industriellen Arbeit, im Sozialismus geltend zu machen, heißt, hinter den Anforderungen der Gesellschaft wie hinter dem Verstehen des Inhalts der Klassenauseinandersetzungen zwischen Kapital und Lohnarbeit zurückzubleiben.

Die Arbeit der modernen Industrie ist nirgendwo noch als „eigene Arbeit“ kenntlich zu machen, dies einfach nicht ihr Wesen, und der Proletarier wiederum, auf den der Kampf um den Sozialismus und das gesellschaftliche Eigentum unmittelbar als sein Klasseninteresse zurückführt, ist der bereits sachlich gesetzte Gegensatz von Wirken der gesellschaftlichen Arbeit und Wirken des Wertgesetzes, der Wertkategorien.

Die Hauptkategorie der Warenproduktion ist bekanntlich der Wert, jene spezielle Eigenschaft einer Ware, in der sie ihr immanentes Arbeitsmaß ausdrückt. Die Wertform der Ware ist eine spezielle Erscheinungsform zugrundeliegender menschlicher Arbeit.

[Im] Bewegender Wert ist somit nichts anderes gesagt, als dass hier ein Mensch sich als bewegt [Arbeit bewegend] äußert, und zwar als abnehmender Wert als abnehmende Arbeit. Solange wirklich individuelle, eigene Arbeit zugrunde liegt, bedeutet abnehmende Arbeit nichts weiter, als dass ein und derselbe Mensch mit ein und demselben Produkt weniger Mühe und Arbeit hatte, früher mit ihm fertig wurde. Sofern aber gesellschaftliche Zusammenarbeit der Produktion zugrundeliegt, hat mehr oder weniger Arbeit die makabre Erscheinungsform von mehr oder weniger Arbeitern die Arbeit finden, d.h. makaber ist eigentlich nicht dieser Umstand einer Teilung der Gesellschaft in Arbeitende und Nichtarbeitende, sondern die Teilung in Aneignende und Nichtaneignende.

Wie kommt es aber dazu?

Wie kommt es zur Polarisation der Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende?

Durch das Wirken der Wertkategorien, des Wertgesetzes.

Das Prinzip der Warenproduktion besagt, dass der aneignet, der gearbeitet hat, dass aller Wert bei der Arbeit erscheint, oder beim Warenproduzenten. Diese können sich gegenseitig beim Verkauf ihrer Waren im Wert betrügen, aber was unmöglich ist, ist, dass jemand der gibt, gar nichts bekommt. Wenn ein einzelnes Individuum das Produkt in geringerer Zeit herstellt, so bekommt es nur den Wert der geringeren Zeit ersetzt, aber da im Prinzip gleich ihm alle Individuen, so schließlich jedes Individuum im bunten Wechsel, so dass es trotz stets fallenden Wertes immer in den Genuß der selben, gar einer wachsenden Menge an Gebrauchswerten gelangt. Der Bruch, für eingesparte Arbeit gar nichts zu bekommen als Mensch, tritt nicht ein, weil die Spaltung zwischen Arbeit und Nichtarbeit nicht die Form zweier verschiedener und getrennt lebender Personen annehmen kann.

Das ist aber genau die Form [der Trennung], liegt dem Wertschöpfungsprozess gesellschaftliche Zusammenarbeit zugrunde. Jetzt kann sich der selbe Vorgang wiederholen, d.h. der Wert wird um eine bestimmte Summe gesenkt, ferner: Es wird dasselbe Produkt dem Gebrauchswert nach hergestellt, aber da die Arbeit zweier Menschen jetzt bei einem Arbeiter konzentriert, so mit dem Wert auch die Aneignung der Produktion. Die Folge ist einerseits ein Überbesitz an notwendigen Gebrauchsgütern bei bestimmten Personen, nämlich denen, die den Wert erarbeiteten, und andererseits ein Nichtbesitz an Eigentum bei anderen bestimmten Personen. Bei gesellschaftlicher Arbeit wird die Quote einzusparger Arbeit bei bestimmten Arbeitern konzentriert erscheinen *müssen*, derweil bei den in der Produktion verbleibenden Weiterarbeitern die Masse der erzeugten Gebrauchswerte konzentriert erscheint.

Was haben wir hier anderes dargestellt als die Entstehung der Voraussetzung des Gegensatzes für den Nurbesitz an Arbeitskraft und für den Mehrbesitz an Geld/Gütern über den eigenen Bedarf hinaus, der einen Geldbesitzer in einen Käufer von Arbeitskraft verwandeln kann. Damit dieses Gesetz gesellschaftlich erscheine, bedarf es nur zweier Bedingungen:

1. Die Warenökonomie muß herrschen, die Gesetze der Aneignung regeln,
2. die Warenökonomie muß an die Bedingungen der gesellschaftlichen Arbeit geraten, d.h. an diese bestimmte Erscheinungsform der Produktivierung der Arbeit.⁴

Über die Lösung dieses Problems gibt es keine Frage mehr seit dem Wirken von Marx in der internationalen Arbeiterbewegung: Das Eigentum muß vergesellschaftet werden, damit nicht mehr der Einzelbesitz auf der einen Seite die Gesellschaft der

⁴ Produktivierung der Arbeit heißt nichts als die absolute Abnahme des Elements der lebendigen Arbeit im Produktionsprozess; aber das kann in zwei Formen vor sich gehen.

Arbeit [auf der anderen Seite] fortwährend in materielle und generelle Abhängigkeit von einzelnen Besitzern bringt.

Die Forderung nach gesamtgesellschaftlichem Eigentum, die charakterisierende gesellschaftliche Forderung des Kommunismus, ist nur aus der Erscheinung des Nichtbesitzes zu erklären. Die Erscheinung des Nichtbesitzes wiederum ist nur aus dem Gegensatz, in dem sich gesellschaftliche Arbeit und Aneignungsprinzip der Warenökonomie gegenüberstehen, zu erklären.

Damit ist nicht zu leugnen, dass zwischen dem Wirken des Wertgesetzes und der Gesellschaft der Menschheit ein unversöhnlicher, gar tödlicher (Marx) Gegensatz entstehen kann, wenn bestimmte Umstände auftreten. Diese sind in der Verwandlung individueller in gesellschaftliche Arbeit zu sehen. Man muß die Forderung nach gesellschaftlichem Eigentum aus diesem Gegensatz entstehend erklären, aber man muß den Gegensatz dennoch nicht so begreifen lernen. Man kann zumindest im gesellschaftlichen Eigentum den Anfang des ideellen Begreifens des Kampfinhalts des Proletariats machen. Da aber die gesellschaftliche Arbeit nicht mit der Person des Kapitalismus verschwindet, kehrt auch der Zeitpunkt wieder, wo trotz des neuen Eigentums an den Mitteln der Produktion der proletarische Gegensatz des Nicht- oder gekündigten Eigentümers in die Gesellschaft zurückkehrt. Voraussetzung ist dabei nur das Wirken des Wertgesetzes.⁵

Die proletarische Gesellschaft kann sich somit nicht vom Gegensatz des Proletariats befreien, befreit sie sich nicht vom Wert und jeder Warenökonomie. Da der Gegensatz in Wahrheit in der Kündigung des Eigentums liegt bei Befreiung von konkreten Arbeitsplätzen, ist die Lösung keine andere als die der Unkündbarkeit der Aneignung. Praktisch kann das nichts anderes bedeuten, als dass im Augenblick, wo die Freisetzung von der Arbeit auftritt [erfolgt], „Lohn“ dennoch weitergezahlt wird, und zwar in der Höhe, in der sie der betreffende Arbeiter gewöhnt [ist].

In dieser Forderung ist den Anforderungen der gesellschaftlichen Ökonomie an die notwendigen Produktionsverhältnisse Genüge getan, ist der Kampf des Proletariats um gesellschaftliches Eigentum erklärt bis zum Gebiet der Aneignung für das Individuum, ist der Klassenkonflikt des Proletariats, d.h. die proletarische Frage in der Geschichte erst wirklich beantwortet, hat die sozialistische Revolution erst wirklich das Individuum auf seiner untersten Ebene erreicht, finden auch alle inneren Konflikte des Kommunismus seit Beginn der proletarischen Revolution ihre Aufklärung, kann wieder positiv auf die neue Einheit des Kommunismus im Weltmaßstab Kurs genommen werden.

⁵ D.h. dann würde der Gegensatz auch in der Form des Kapitalismus zurückkehren.

Der Kommunismus würde bedeutend produktiver werden - warum? Weil die technisch-wissenschaftliche Revolution es endlich mit einem Arbeiter zu tun hat, für den ihre Erfolge nicht zu einer Leib- und Magenfrage werden. Der Arbeiter zahlt für die Erfolge der Wissenschaft nicht mehr mit seinem Hunger. Wie kann er da anders, als sich absolut für Wissenschaft und Technik zu begeistern, [wie] ist er da anders als im Höchstmaß für den Sozialismus gewonnen. Wie aber über „optimale Preise“, die seine Grundfrage in der Gesellschaft nicht beantworten, im Gegenteil, erst so richtig hervorbringen würden?

Der Kommunismus würde menschlicher werden - warum? Weil er keinen Gegensatz mehr zum Menschen erzeugt, und zwar noch in der widersinnigsten Form: Als Hunger bei Reichtum. Kein Gegensatz beim Individuum an der Basis aber, das bedeutet entsprechendes richtiges Bewußtsein an der Basis, dito auch richtiges Entscheiden an der Basis und somit keine gesellschaftliche Notwendigkeit, das Regieren über ein vertretbares Maß von der Basis weg bei der Spitze der Gesellschaft zu konzentrieren.

Der Kommunismus würde weltwirksamer werden - warum? Weil der Kommunismus mit diesen Produktionsverhältnissen auch bei geringeren absoluten Produktionsmengen als sie die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder aufweisen Beispiel und Anregung für die Lösung der gesellschaftlichen Konflikte dieser Länder wäre. Der Kommunismus ist so vorrangig qualitativer Gegensatz gegen den Kapitalismus und wäre als unterentwickeltes ökonomisches Land entwickelteres ökonomisches Verhältnis als der Kapitalismus, wäre besser als dieser, wäre seine Lösung.

Die kritische Linie an der Warenökonomie im Sozialismus unterscheidet sich also faktisch von der gegenwärtigen offiziellen in der Mehrheit der sozialistischen Länder nur dadurch, dass sie die Voraussetzungen der Herausbildung eines Proletariats, die mit dem Wirken des Wertgesetzes zusammenhängen, durch ein Produktionsverhältnis aus der Welt geschafft sehen will. Alle bisherigen Formen von Produktionsverhältnissen haben in dieser Frage einer Entstehung proletarischer Erscheinungen unter der Arbeiterschaft noch kein absolutes Vakuum geschafft, der Kapitalismus ist in dieser Hinsicht noch immer wiederholbar. Eben darum auch ist der Sinn, Inhalt und die Aneignungsform des gesamtgesellschaftlichen Eigentums die umstrittene Frage in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus geworden.

Weil die Form der Aneignung noch nicht proletarisch ist [unkündbare ist], trotz der proletarischen Machtverhältnisse, nur deshalb ist dieses Eigentum noch einmal einem gesellschaftlichen Angriff innerhalb des Kommunismus ausgesetzt - nämlich dem Angriff, es in ein Gruppeneigentum umzuwandeln; nur deshalb auch ist die Form der zentralen proletarischen Macht noch einmal in Frage gestellt worden vom Revisionismus. Das Gruppeneigentum oder die Selbstverwaltung kann, was so ziemlich einleuchtend [ist], nicht die zentralen Organe eines gesellschaftlichen Eigentums als rechtliche Hoheit über sich dulden. Da alles Recht bei der Gruppe [liegt], im Grup-

peneigentum liegen würde, [so] kein Recht für die Zentrale - dies der Inhalt ihres Kampfes.

Mit dem Proletariat aber ist die Ökonomie über alles, was Teil, Gruppe, Individuum ist, hinausgegangen, sie ist gesellschaftlich und kann nur von gesellschaftlichen Lösungen wie Leitungsverantwortlichen beherrscht werden.

Es muß nur erkannt werden, dass das Prinzip der Gruppenherrschaft oder individuellen Lösung [der ökonomischen Widersprüche] in der Selbstverwaltung zwar ihr konzentriertestes Verhältnis gefunden hat, dass aber die Eigenerwirtschaftung an sich, d.h. das Leben oder die Aneignung nur der eigenen Arbeit das Grundübel der gegenwärtigen Widersprüche der Gesellschaft an sich ist.

Marx hat die Ware erklärt, aber er hat sie nur erklärt, um den Proletarier zu erklären.

Der Proletarier - das ist der konzentrierte und allseitige Ausgangspunkt für die richtige Gestaltung der Gesellschaft des Proletariats - des Kommunismus.

Keine Eigentumslosigkeit mehr des Arbeiters in allen Phasen der ökonomischen Bewegung - das ist Kommunismus ausgedehnt vom Eigentum bis auf das Gebiet der Aneignung des Eigentums!

Berlin, 28.1.1969, Hermann Jacobs

als ein Sprecher und Verdeutlicher der Absichten der Kritiker von Ware und Wert durch den Sozialismus

(Diese und viele weitere Briefe sind enthalten in: Hermann Jacobs. Reflexionen, Nr. 100: Meine „Tschechischen Briefe“. Wer Interesse an der Broschüre hat, melde sich bei uns. Wir geben die Bestellung dann an den Genossen Jacobs weiter.)

Dokumentiert: Bolschewistische Plattform in der KPdSU

***Dr. Phil. T. Khabarova*⁶: Ist Marx für uns heute aktuell?**

Zum 200sten Geburtstag des großen proletarischen Denkers und Revolutionärs

Man fragt, ob Marx heute aktuell sei?

Was denn, ein Genie von solchem Maßstab, wie Marx, ist immer aktuell, und kaum kann man sich eine Situation vorstellen, in der er unaktuell wäre. Vor mehr als zwei Tausend Jahren hat Aristoteles auf unserem Planeten gelebt und geschaffen, aber seine Werke sind bis jetzt für jeden real schaffenden (nicht Konjunkturunsinn schwätzenden) Philosophen „Handbücher“.

Der informationspsychologische Krieg schlug nicht allein auf uns ein; der fast schwerste Schlag, - auch wenn es paradox klingt, - fiel auf den Urheber der Aggression, den „zivilisierten“ Westen, zurück, der aus den Munde des Dunkelmannes Reagan das intellektuelle „Todesurteil“ gefällt hat, aber durchaus nicht gegen den Marxismus, der angeblich auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden soll, sondern selbst die ganze Bürgerzivilisation als Erscheinung der nicht nur materiell-betrieblichen, sondern auch zielbestimmenden, zielweisenden Evolution der Menschheit.

Keineswegs an Aktualität verloren hat die **Marxsche Apologie einer Revolution als Beseitigung der Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht**, d.h. auf dem Verhältnis zu einem Mensch nicht als „Selbstzweck“, Persönlichkeit, die den Sinn seiner Existenz in sich selbst trägt, sondern als einem Ding, das ausgenutzt wird, solange man es braucht, und herausgeworfen wird, wenn es „unnötig“ wird.

Die Verfahren in der Ausbeutung zeigen im Geschichtsgang und im Gang des wissenschaftlich-technischen Fortschritts leider eine erschreckende Tendenz zu immer größerer Schärfe und zu unmenschlicher Grausamkeit.

Ausbeutung einen Menschen bedeutet ja nicht allein, ihn zur Arbeit zu zwingen bis zur völligen Erschöpfung. Ist etwa ein Arbeitsloser im Kapitalismus kein Objekt für Ausbeutung? Er wird ohne jede Zweifel ausgebeutet, weil er einem s a c h l i c h e n ,

⁶ Die Genossin Khabarova ist koordinierende Sekretärin der „Bolschewistischen Plattform in der KPdSU“.

objektähnlichen Verhältnis als zum etwas „Unnützes“, was das Existenzrecht verloren hat, untergeworfen wird.

Von diesem Standpunkt aus ist das massenhafte In-den-Bankrott-Treiben konkurrenzfähiger Betriebe, die notwendige Produkte herstellen, ja auch sie, Ausbeutung: Beseitigung ganzer Arbeitskollektive, die einem Außenkonkurrenten unnütz wurden und der unseren Innenmarkt für seinen manchmal schlechten „Kram“ säubert.

Das uns bedrohende „elektronische Konzentrationslager“ – auch dies, ist eine ultramoderne, hochtechnologische Ausbeutungsform, die schon in Abwesenheit und ohne Wissen der Menschen sie in „nützlich“ und „unnütz“ sortieren lässt und es ermöglicht, sich von „Nutzlosen“ zu befreien ohne allerlei Vergasungswagen und ähnliche üble Methoden.

Aber diese „Vervollkommnung“ der Ausbeutungsverfahren kann nicht umhin, früher oder später Vervollkommnungen der Methoden des revolutionären antiausbeuterischen Kampfes hervorzubringen.

Und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Erfinder der „elektronischen Konzentrationslager“ und anderer „Saftpressen“ für die Menschheit bis zur so riesigen Befreiungsexplosionen, wie man sagt, spielen, vor deren die „Grauens“ der Großen Französischen Revolution und des Roten Oktober verblissen.

Die Marxsche Arbeitswerttheorie

Es ist wahrlich nicht so leicht, sich etwas mehr Aktuelles für unseren künftigen Lebensaufbau vorzustellen, - mit dem wir uns beschäftigen werden nach der Befreiung unserer sowjetischen Heimat aus der jetzigen imperialistischen Okkupation.

Kurz darüber, wodurch sich die Marxsche Auffassung von derjenigen der Begründer der Arbeitswerttheorie, der Klassiker der bürgerlichen Politökonomie des XVIII. Jahrhundert, unterscheidet:

Marx beharrte im Unterschied von Ricardo darauf, daß die lebendige Arbeit den GANZEN neu entstehenden (Mehr)Wert schafft, während materialisierte, verstofflichte Arbeit (zusammenfassend, das Kapital) einen Teil der Ausgaben, die für Entstehung des betreffenden Kapitals aufgewandt werden, auf das neu entstandene Produkt nur überträgt. Mit der Entstehung des Mehrwerts (Profits) hat Kapital nichts zu tun.

Da schlägt man natürlich Hände zusammen: wieso, wenn sich der Profit dem Gesetz der durchschnittlichen Profitrate nach proportional dem angelegten Kapital herausbildet?

Ja, so ist es: er bildet sich proportional dem Kapital heraus, aber er ergibt sich mittels der lebendigen Arbeit. Dieses Kopfzerbrechen heißt – **die kapitalistische Wertmodi-**

fikation. Um solche kopfzerbrechende Rätsel von so hoher Stufe zu lösen, schenkt die Geschichte der Menschheit Genies wie Marx.

Schon gut. Nun versetzen wir uns in Gedanken vom Kapitalismus, wo Marx lebte, in die jüngere Vergangenheit, den Sozialismus.

Wir haben das Privateigentum aufgehoben, die Produktionsmittel vergesellschaftlicht (verstaatlicht), die Konkurrenz der Kapitalanlagen beseitigt, - das Gesetz der durchschnittlichen Profitrate hat bei uns „so und so“ unwiederbringlich zu wirken aufgehört

Und wie ziehen wir denn jetzt unseren „Reinertrag“ (was ehemals „Profit“ hieß) aus dem postrevolutionären ökonomischen Prozess heraus? Ja... Hier kraut man sich im Nacken.

Während der NÖP versuchte man den Ertrag wie in alter Zeit nach dem Grundsatz „Profit nach Kapital“ herauszuziehen. Dafür musste man die „Auferstehung“ einiger kapitalistischer Elemente zulassen, und die höchst gewichtige Auferstehung.

Bald wurde klar, daß dieser Kurs als eine Grundlage für den starken Modernisierungsruck, dessen das Land bedürfte, nicht dienen kann. Er wäre außerdem wohl mit der vollständigen „Auferstehung“ auch deren Plagen der Exploitation folgenswer, Plagen, von deren uns die Revolution befreit hatte. Also haben die intensivsten Suchen begonnen.

Die Suchen nach was?

Nach der Methode des Herausziehens des gesellschaftlichen Reinertrages in der vergesellschaftlichten Ökonomie. Als Leitfaden sollte intuitiv dies dienen, dass, wenn Profit früher am Kapital „klebte“, so unser gesellschaftliche Ertrag an nichts kleben bleibt außer an der lebendigen Arbeit, - insofern diese nach Marx als einziger gewinnbildender Faktor anerkannt wurde.

Was heißt aber, an der Arbeit „kleben“, woran denn nämlich?

Konkret – an den Reproduktionsmitteln der Arbeitskraft, bzw. an den Konsumgütern.

Die NÖP hat ja erschöpfend gezeigt, dass es lange Zeit nicht gelingt, ohne die Ware-Geld-Beziehungen auskommen zu können. Und als vollberechtigte „Vertreter“ der Arbeit auf dem Wirkungsbereich der Ware-Geld-Beziehungen treten gerade Konsumgüter auf.

Wie dem auch sei, in der UdSSR Mitte der 1930er Jahre wurden Umrisse des neuen wunderbaren ökonomischen Schemas klar genug sichtbar, in dem sich beinahe der ganze in der gesellschaftlichen Produktion erzeugte Reinertrag genau nirgendwo sonst als an den Konsumgüterpreisen „ansetzte“. Das heißt - ja, ja, nicht schrecken! – genau an der LEBENDIGEN ARBEIT, in diesem ihrem Antlitz, in dem sie im Kreise der Wertbeziehungen eben auftreten kann.

Diese Schematik hat den Namen „**das Stalinsche Wirtschaftsmodell**“ erhalten.⁷

Schade, daß Marx dieses Stalinsche Werk nicht gesehen hat, das ihn ohne jeden Zweifel in außerordentliche Freude versetzt haben würde. Er hätte Stalin auf die Schulter geklopft und ihm die Hand gedrückt als seinem nächsten Kollegen, gleichwie Engels.

Hier eingehend die Philosophie und noch mehr die Technologie des Stalinschen ökonomischen Meisterwerkes darzulegen scheint nicht möglich; das wurde in unseren fürwahr unzähligen Erarbeitungen noch in den 1970er Jahren gemacht.ⁱ (Nicht allein in unseren, selbstverständlich; aber man kann diejenigen, die die Notwendigkeit der Rückkehr zum Stalinschen Modell für die sozialistische Wirtschaft in der Kossygin-Liebermann-Finsternis „mit offenem Visier“ zu verteidigen versuchten, an den Fingern abzählen. Wir bemühen uns, diese in unseren Materialien nach Gebühr zu würdigen).

Lasst uns doch versuchen, sei es kurz, dem Stalinschen Zweimaßstabpreissystem ein übriges Mal zu lobzusingen.

Wenn man zum ersten Mal hört, dass der gesellschaftliche Ertrag beinahe ganz in die Verbraucherpreise gepumpt wird, scheint es zunächst so, als wenn dies zur unglaublichen Verteuerung der Verbrauchsgüter führen müßte.

Aber gerade nichts dergleichen!

Denn gleichzeitig mit dem Hinübertragen der gewinnbildenden Belastung auf die Verbraucherpreise wurden die Preise für alle anderen Erzeugnisse - d.h. für die produktionstechnische Güter - davon im Riesenmaß entlastet. Und das sind Werkzeugbänke und Maschinen, die Gesamtheit der Produktionsinstrumente, außerdem Rohstoff und Materialien, die Energieträger nicht zu vergessen.

Man bedenke, welch ein Überfluss in dem Lande entstehen wird, in dem Kohlenwasserstoffe und Elektroenergie nach den Industrieanwendungsorten zu ein bisschen höherem Preise als deren Selbstkosten ohne jede Renten-„Belastung“ geliefert werden.

Eine durchgehende Selbstkostensenkung der Produktion durch die ganze gesellschaftlich-technologische Kette überholte mit großem Überschuss die „Überlastung“ mit der gewinnbildenden Komponente („Umsatzsteuer“, wie es damals hieß) der Preise des Konsumgütermarktes. Ein Durchschnittskäufer hat mit einer Verteuerung des „Konsumkorbs“ nichts zu tun, sondern umgekehrt – die Verbraucherpreise sanken jährlich und sehr merklich. Und das ging vor sich auf Grundlage der in ihrer Art

„stürmischen“ Selbstkostensenkung durch den ganzen gemeinwirtschaftlichen Organismus.

Und jetzt machen sich Sie aufmerksam auf folgendes:

Dass der frühere Gewinnbildungsprozess der Warenproduktion verschwunden war bedeutete, dass der Betrieb, die Wirtschaftseinheit, von diesem – von der „Profitbildung“ – praktisch beinahe völlig entbunden wurden. Ihm blieb laut Stalinschem Modell eine Sorge: Selbstkosten herabzusetzen und Produktqualität zu erhöhen, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt „nachzujagen“, Rationalisierung und Erfindungswesen anzuspornen usw.

Damit erlöste das Stalinsche Modell die Produktionspersonal radikal von der „Sorge“ ums Aufpumpen des machenschaftlichen Pseudoprofits des Pseudoprofit mittels verschiedener gesellschaftlich verurteilungswürdiger Verfahren. Wenn es aber selbst Pseudoproteite nicht gibt, so gibt es auch keine illegale Verteilung in unterschiedliche Taschen, keine „unzweckmäßige Verausgabung“, das Leben der Korruptionäre wird wesentlich erschwert.

Kurzum, gleichberechtigt neben dem Wachstum des Wohlstandes der Volksmassen, - worüber spricht man gewöhnlich in Beziehung zum Stalinschen Zweimaßstabpreismodell, - gibt es da noch ein enorm großes Plus: grundsätzliche Sanierung der Wirtschaftslage in der ganzen gesellschaftlichen Produktion.

J.W.Stalin hat sich in dieser wohl entscheidenden Entwicklungsrichtung als so ein treuer „Mitkämpfer“ von Marx erwiesen, dass sich die unvermeidliche in einer Perspektive Wiederherstellung der Stalinschen Grundlagen in unserem wirtschaftlichen Aufbau herausstellen wird - in eben solchem Maß wie auch die Rückkehr zum Marxismus, zu Marx in aller Macht und Unbestreitbarkeit seiner prophetischen Begabung.

Das Stalinsche Modell wurde bekanntlich zerstört durch die berüchtigte „Wirtschaftsreform“ Kossygin-Liebermann (1965–67) auf Chruschtschows „Zuspiel“, und im Laufe der 20 Jahre, die uns nach der „Reform“ fürs Leben in der Sowjetmacht noch übrigblieben, hat man in den oberen partei-staatlichen Schichten den vernünftigen Stimmen aus der sowjetischen Gesellschaft, die appellierten, mit der Chruschtschow-Liebermannschen Schädlingstätigkeit Schluss zu machen und auf den Stalinschen, folglich marxistisch-leninistischen, Weg zurückzukehren, kein Gehör geschenkt.

Unsere kommunistische Bewegung in Russland hat nach den 20 Jahren der post-Liebermannschen geistigen Fäulnis noch ein Vierteljahrhundert der post-Gorbatschowschen hinter sich. Derzeitige Wirrkopf-„Kommunisten“ des sowohl offensichtlich rechten als auch pseudolinken Schlages setzen in ihren Programmdokumenten fort sich an den Liebermann-Kossygin-Kram stumpfsinnig zu klammern. Nach außen hin schmücken sie sich mit Zitaten von Stalin und bestreuen sein Grab an seinen Gedenktagen mit Blumen, - aber niemand aus diesen geschraubten „Stalinis-

ten“ schämt sich, dass es nach Verlauf von beinahe 30 Jahren nach dem Gorbatschowschen Durcheinander als einzige in der ganzen Bewegung zwei Organisationen gibt, die sich aufrecht und äußerst konkret die Rückkehr zur Stalinschen Wirtschaft zur Aufgabe machen, - es sind die Bolschewistische Plattform und der Kongress der Sowjetbürger der UdSSR. (Plagiatoren nehmen wir nicht in Betracht).

Das Stalinsche Wirtschaftsmodell war nicht und konnte nicht sein ein Endergebnis einer professoralen Kabinetttätigkeit – dafür mangelte es damals an der Zeit; es wurde unmittelbar im Aufbaugang der neuen Gesellschaft im vielem mit der Proben-Fehler-Methode ausgearbeitet. Kein Wunder, dass ein Phänomen entstanden ist, wo nicht die Theorie der Praxis zuvorkommt, sondern umgekehrt - die Praxis der Theorie. Das Modell arbeitete schon in der Volkswirtschaft mit aller Macht, doch seine „akademische“, ausreichend gründliche Darlegung hinkte hinter der Entwicklung der Ereignisse her.

Auch das Politökonomie-Lehrbuch (1954)ⁱⁱ, das die bekannte ökonomische Diskussion Anfang der 1950er ausgewertet hat, wurde nicht in gebührendem Maße zu einer solchen Darlegung.

Gut, daß Stalin selbst dazu kam, sich in die Diskussion einzumischen und in seinem Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ * mit seiner sicheren Hand die Nachfolge der Konzeption des unter seiner Leitung erbauten Wirtschaftssystems ganz und eindeutig von Marx umriss. Man kann sich nur über einige heutige Gaukler wundern, die sich als Träger eines „höhen Wissens“ dünken und wutschäumend zu beweisen versuchen, dass Stalin in seinen „Ökonomische Probleme des Sozialismus...“ ein Kreuz über Marxismus gemacht habe.

Die Marxsche Konzeption der zwei Phasen der kommunistischen ökonomischen Gesellschaftsformation.

Sie handelt ja auch von uns, den heutigen und künftigen.

Marx unterschied gesellschaftlich-wirtschaftliche Epochen nicht nur nach der Eigentumsform, – wie man es am häufigsten macht, - sondern auch nach der zweiten Hypostase dieses Verhältnisses: nach der Verbindungsart einen einfachen Werktätigen mit den Produktionsmitteln.

Im Kapitalismus ist das Verhältnis des einfachen Werktätigen zu den Produktionsmitteln die Arbeit – Arbeitskraft. Diese Arbeit ist völlig unselbstzweckhaft und wird nur unter dem Druck der Notlage ausgeführt, um die lebensnotwendigen Güter im Austausch gegen sie einzutauschen.

*(SW 15, S.195. – Übers.)

Die sozialistische Revolution ist außerstande, den Charakter der Arbeit sofort und von Grund auf zu verändern. Alles, was sie für die Arbeit – Arbeitskraft zu tun imstande ist, ist sie unter das mächtige allseitige „Patronat“ des Staates, der Diktatur des Proletariats, zu stellen, d.h. Arbeitslosigkeit zu beseitigen, zivilisierte Arbeitsbedingungen und das Recht auf Erholung sicherzustellen, kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen einzuführen, zugängliche wohlgeordnete Wohnungen zuzuweisen, würdiges Alter zu gewährleisten usw.

Damit ist sehr viel erreicht, aber es soll nicht außer Acht gelassen werden, dass selbst das Staatspatronatsystem über die Arbeit auf Grund der sich noch erhaltenden inneren Unselbstzweckhaftigkeit der Arbeit entsteht und den politisch konzentrierten Ausdruck dieser „restlichen“ vom Kapitalismus ererbten Unselbstzweckhaftigkeit darstellt.

Die Arbeit soll objektiv zum höheren Stadium ihrer historischen Evolution übergehen, sich in Arbeit – Schöpfertum verwandeln. Sie kann nicht endlos unter der Obhut einer allmächtigen Staats-„Kinderwärterin“ verbleiben.

Ist aber ein einfacher Massenkäufer, ein „Mensch aus der Menge“ imstande, sich und der Umgebung verständlich zu erklären, was ihm eigentlich fehlt? Sicher nicht. Ihm ist einfach im allumfassenden Staatspatronatsystem eng, und wo es ihn konkret „drückt“, weiß er gewöhnlich auch selbst nicht.

Der Eine will mehr Waren auf dem Ladentisch, vierzig Sorten Wurst, nicht aber nur fünf bis sechs, der Zweite will sich in ausländischen Kurorten erholen, der Dritte will ein ausländisches Auto fahren, sei es auch ein gebrauchtes, u.a.m.

Man denke zurück, wegen welches Unsinn die Perestroika-Hysterie in unserem Volk zu brennen begann. Ja, diese wurde künstlich angespornt, aber doch... Dennoch nicht nach täglichem Brot drängten sich Menschen anfänglich in den Schlangen, - nach Videomagnetophonen, Jeans und anderen durchaus nicht lebensnotwendigen Gegenständen.

Ihre gesamte Gereiztheit wird gegen den „Patron“-Staat gerichtet. Das fundamental Gute, was Menschen von Ihm haben, wird vergessen, das Nebensächliche drängt in den Vordergrund. Das ist die Enträtselung des auf den ersten Blick unbegreiflichen Phänomens, dass Aufstände in sozialistischen Ländern ausbrechen, ja sogar gegen den Sozialismus, oder dass die Volksmassen gleichgültig betrachten, wie der „Patron“-Staat von Außenfeinden angegriffen wird.

Nicht umsonst warnen die Klassiker, dass auf der Stufe der „patronierten Arbeitskraft“ oder **fabrikmäßigen Gleichheit** steckenzubleiben äußerst riskant ist, und dass der Übergang von formaler zur **tatsächlichen Gleichheit**, von Arbeitskraft zur Arbeit – Schöpfertum eine riesen große politische Wandlung wäre.

Man muss verständlich machen, dass die Gesellschaft sich zu dieser Wandlung vorbereiten muss, dass sie sich in einem sozialistischen Land vollziehen wird und dass eine Nichtbereitschaft für eine solche Wandlung für den Sozialismus in diesem Land recht dramatische, wenn nicht tragische Folgen nach sich ziehen kann.

Worin soll denn diese Vorbereitung bestehen?

Und es zeigt uns wiederum ein Beispiel der Stalinschen UdSSR, wo man etwas ähnliches schon in den 1920er Jahren (!) auf Grund der tief marxistischen, typisch Marx-schen Deutung der Arbeit als Schöpfertum abzutasten vermochte,

Was ist denn im Prinzip das Schöpfertum?

Das Schöpfertum ist das Einbringung von etwas Neuem.

Aber dem Neuen widersteht immer etwas Altes, Verlebtes. Und Kampf des Neuen gegen das Alte ist **Kritik**. Darum tritt das Erwachen des schöpferischen Elementes bei Menschen am hellsten und merklichsten in Erscheinung in einer verschärft kritischen Einstellung zur umgebenden Wirklichkeit, im Bestreben etwas an ihr zu ändern.

Im Begriff der Kritik hat Marx im Grunde genommen ein **Rechtssynonym des Schöpfertums** gefunden. Ersetzen unselbstzweckhafter Arbeit durch eine selbstzweckhafte, schöpferische ist wirklich eine riesengroße politische Wandlung. Doch für einer politischen Wandlung ist eine entsprechende politisch-rechtliche Sprache erforderlich, sonst wird jene unerfüllbar. Es ist eben die Kategorie der Kritik, die uns eine solche Sprache zur Verfügung stellt.

Freiheit der Kritik wird ohne jegliche „Anspannung“ im Grundgesetz eingetragen und von der rechtsfähigen Norm umwachsen. Alle unendliche Vielfältigkeit des Schaffensdranges der Menschen, die sich dessen selbst durchwegs sachlich nicht bewusst sind, und folglich auch alle Unabwendbarkeit ihrer Ansprüche an den „Patron“-Staat, von den großen bis zu manchmal den kleinlichen oder durchaus närrischen, all dies geht ins geeinte Rechtsgerippe der konstitutionell regulierenden **Freiheit der kritischen Initiative, der kritischen Willensäußerung** hinein.

Dank der Möglichkeit der Rechtsregelung sondert sich alles Fremde, Zänksische ab; es bleibt nur das Ernste, Bürgerverantwortliche, nur das, was einen Menschen nicht als einen mit etwas unzufriedenen Besitzer der „Arbeitskraft“, sondern als einen wahren gesellschaftsbewussten Kämpfer und Schöpfer charakterisiert.

So war die Bahn, auf die hin sich zu bewegen der Sowjetstaat und die Partei unter J.W. Stalins Führung im Zeitraum der 1920er – 1930er Jahren durch Ankündigung eines Programms der **größtmögliche Entfaltung der Selbstkritik und Massenkritik von unten** bereit waren.

Wir haben allen Grund, das Programm der „Kritik von unten“ als ein sowjetisches Projekt des Überganges zur zweiten Phase der kommunistischen Formation in einem sozialistischen Land zu betrachten, eines **unzerräbbaren**, völlig in die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen eingeschlossenen Überganges. Dies ist ein beeindruckender Schritt vorwärts in der ganzen Menschheitsgeschichte, denn zwischenformatorische und große innerformatorische Umgestaltungen der Gesellschaften wurden bis hierher nur durch Revolutionen und anderen Erschütterungen verwirklicht.

Man fragt, ob es nicht zu früh wäre, über die zweite Phase der kommunistischen Formation zu sprechen; wenn es auch der Sozialismus, streng genommen, nur die erste Schritte macht?

Nein, es ist nicht früh.

Denn die Begründer beschwuren buchstäblich: nicht steckenbleiben!..

J.W.Stalin hat auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongress der UdSSR, 1936 erklärt: „Also ist bei uns die erste Phase des Kommunismus, der Sozialismus, im Wesentlichen bereits verwirklicht“.ⁱⁱⁱ

Und dies war keine Großsprecherei. Man soll sich den Sozialismus nicht als irgendwelchen unendlichen Langbau vorstellen, in welchem Ergebnis etwas einwandfrei Abgeschlossene erreicht werden soll. Als die erste Phase einer neuen Formation ist er nur ein Mittel für die Lösung bestimmter Aufgaben. Sobald ein Verwirklichungsmechanismus für diese oder jene Aufgabe zu funktionieren angefangen hat, kann man die sozialistische Gesellschaft auf diesem Arbeitsabschnitt für errichtet halten.

Seit der Inbetriebsetzung des Stalinschen Wirtschaftsmodells (und dies eben Mitte der 1930er) wurde das Problem der **Vergesellschaftung des Mehrproduktes**, gleichbedeutend nach der Wichtigkeit dem Problem der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aufs Gleis der praktischen Lösung gebracht.

In der Volkswirtschaft hat ein Prozess der allmählichen Verringerung des Volumens des in ihr zirkulierenden Tauschwertes angefangen. Dieser Prozess ist nämlich eine Form der allmählichen „Selbstabschaffung“ der Ware-Geld-Beziehungen, der Wertbeziehungen. Bei einer ungestörten Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft (ohne Krieg und ohne die mit ihm verbundenen Zerstörungen) wüchse in ihr der unbezahlte (nicht wertmäßige) Verbrauch der Bürger, und dies förderte auch die Kategorie „Arbeit – Arbeitskraft“ energisch zum Abgang von der historischen Szene. Damit würde das kategorische Verdikt von Marx in Beziehung zur Arbeit in der Form der entfremdeten Anwendung der Arbeitskraft verwirklicht: solche Arbeit **abzuschaffen**. In der „Abschaffung“ der Arbeit als Arbeitskraft sah Marx, - wie bekannt, - die historisch unwiederbringliche Grenze zwischen der ersten und der zweiten Phasen des Kommunismus.

Diese „Abschaffung“ konnte Marx sich natürlich nicht vorstellen, und er stellte sie sich nicht vor als etwas Einmomentiges. Es sollte ein ausreichend langer Prozess sein, und einen solchen Prozess eingeleitet hat eben der Start des Zweimaßstabpreismodells. Im historischen Maßstab startete dieser Prozess bei uns nicht zu früh, sondern ganz rechtzeitig. Es sei daran erinnert, dass sich J.W.Stalin über die Frage der zweiten Phase in „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ wie selbstverständlich Gedanken gemacht hat, - folglich hielt er diese Fragestellung nicht für voreilig.

Mit dem Zusammenwirken des Stalinschen Wirtschaftsmodelles mit dem Projekt des Verleihen der gesetzlichen Kraft der „Kritik von unten“ (des **Stalinschen Demokratiemodelles**, wie wir es zu nennen vorgeschlagen haben), wären wir in die **Periode des vollentfalteten Aufbaus des Kommunismus** getreten. (...die im Programm der KPdSU, das der XXII Parteitag, 1961 angenommenen hat, verkündigt wurde.)

Nebenbei gesagt, wenn diese beide Leitfaktoren des kommunistischen Aufbaus hätten funktionieren können, so wäre es durchaus nicht ausgeschlossen gewesen, dass wir zum Jahre 1980, - wie das Programm der Partei von 1961 versprochen hat, - wirklich im Kommunismus gelebt hätten, und wenn auch nicht im schon vollständig entwickelten Kommunismus, so wären wir ihm auf jeden Fall sehr nahe gewesen.

Das ist ja eben das Schlimme, dass beide Leitfaktoren des kommunistischen Aufbaus nicht funktionierten, weder der erste, noch der andere.

Was das Zweimaßstabpreissystem betrifft, so fing Chruschtschow seine stürmische und destruktive Karriere an der Spitze der Partei und des Staates mit eben dessen Zerstörung durch den Verkauf der Technik der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS), die bis dahin vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, an die Kolchosen. Die Freiheit der Kritik lief nach dem XX Parteitag der KPdSU auf die „Freiheit“ der Verleumdung all dessen, was unter Stalin geschaffen wurde, hinaus. Außerdem wurden auch andere „Neuerungen“ ins Programm von 1961 im Geiste des Antimarxismus aufgenommen, - vor allem das Versetzen der bestimmenden Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung vom Mensch als Hauptproduktivkraft auf eine „materiell-technischen Grundlage“.

Die Worte über unseren Einzug in die Periode des entfalteten Aufbaus des Kommunismus, wie sie 1961 formuliert wurden, erwiesen sich somit als eine leere Deklaration und wurden bald zum Gegenstand des allgemeinen Spottes.

Und dennoch sollen all diese rechts-trozkistischen Chruschtschowschen Verwirrungen zusammen mit ihren niederschmetternden Praxisresultaten uns nicht verhüllen,

dass erstens das Problem des Überganges zur höchsten Phase der kommunistischen Formation von selbst nirgendwo gelöst wurde;

dass zweitens dies Problem ohne kompetente Lösung immer größere Gespanntheit und Schärfe gewann;^{iv}

und dass drittens es auch vor uns bei unserem ersehnten „Wiederkehr im Sozialismus“ in voller Größe aufsteigen wird als eins der unaufschiebbarsten.

Aber was ist denn dabei, wir haben bereits einen tadellos marxistischen Schlüssel für dessen Lösung – den Stalinschen. Alles Weitere wird davon abhängen, inwieweit wir qualifiziert verstehen werden, uns diesen zu Nutze zu machen.

Die Marxsche Staatslehre

Marx, - wie übrigens auch Hegel, - hielt die getrennte Existenz der bürgerlichen Gesellschaft und deren politischen Gestalt, den Staat, gewissermaßen für eine historische Erscheinung.

Die „bürgerliche Gesellschaft“ existiert parallel und auf gleicher Stufe wie der politische Staat, aus demselben Grund der historischen Unreife der gesellschaftlichen Beziehungen, aus dem unselbstzweckhafte Arbeit existiert, die unvermeidlich zum Objekt der Ausbeutung wird, - daneben existiert die Einteilung der Gesellschaft in Klassen, denn die ursprüngliche Klassenteilung ist die von Ausgebeuteten und Ausbeutern.

Bei dieser Verteilung tritt der Staat auf,- mit geschichtlich bestimmter Unvermeidlichkeit, - als Organ der Klassengewalt der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Er wird zur Diktatur der herrschenden Klasse.

Es versteht sich, dass jede revolutionäre Befreiungsbewegung Hass gegen die Diktatur der herrschenden Klasse hegt und sie zu zerstören und abzuschaffen strebt.

Jedoch an die Macht kommend führt jene selbst eine Diktatur der in der Revolution siegreichen Klasse ein – die Diktatur der revolutionären Klasse.

Also, im Rußland wurde 1917-18 die Diktatur des Proletariats errichtet.

Nach Marx solle sie bis zur Errichtung des „vollständigen“ Kommunismus existieren, d.h. bis die Arbeit in der Form der Arbeitskraft „abgeschafft“ ist, „fabrikmäßiger“ Gleichheit durch die „tatsächliche“ ersetzt, Arbeit – Schöpfung zum dominierenden Verhältnis wird, und zugleich mit all diesem der Boden für die Klassenspaltung der Gesellschaft verschwindet.

Die Verfasser unseres Dritten Parteiprogramms 1961 haben den Entschluss gefasst, auf die Verwirklichung der gesamten Merkmale des „vollständigen Kommunismus“ nicht zu warten, und haben schon damals, Anfang der 1960er Jahre, erklärt, dass die Diktatur des Proletariats vom Schauplatz der Geschichte abgetreten und sich der Sow-

jetstaat in einen „allgemeinen Volksstaat“ verwandelt habe. Und nach dem Erreichen des „vollständigen Kommunismus“ solle der allgemeine Volksstaat „absterben“.

Laßt uns diesem Problemknoten noch ein bisschen aufmerksamer betrachten, denn seit dieser in den 1960er Jahren geschnürt wurde, hängt er uns wie ein Mühlstein am Halse und verhindert, uns vom toten Punkt aus in Bewegung zu setzen in dieser außerordentlich wichtigen Richtung

Erstens, vollkommen klar ist, dass die „Aufhebung“ der Diktatur des Proletariats übereilt und weder theoretisch noch praktisch gerechtfertigt war.

Außerdem war es eine Erzdummheit, davon zu schwatzen, dass sie angeblich einmomentig „von selbst“ in den „allgemeinen Volksstaat“ übergehen würde, eine Dummheit, die in solch einem ersten Dokument wie dem Parteiprogramm unzulässig ist.

Die Diktatur des Proletariats ist nämlich keine leere Phrase, sondern ein BESTIMMTER TYP der STAATSGESTALTUNG. Was für ein Typ nämlich – lest die Verfassung der UdSSR, dort steht alles darüber geschrieben, denn die Sowjetische Konstitution ist gerade eine juristische Beschreibung der Diktatur des Proletariats im real bei uns existierenden Zustand.

Was hat das zu bedeuten: „Der Staat, der als ein Staat der Diktatur des Proletariats entstanden war, wurde auf der neuen, heutigen Etappe in einen ‚allgemeinen Volksstaat‘ verwandelt?“ Wieso denn? So, von selbst, dass es niemand bemerkt hat, „verwandelte“ sich der Staat von einem Typ der konstitutionellen Gestaltung in den anderen? Wurde etwa eine neue Verfassung verabschiedet? Nichts dergleichen. Wir lebten damals 1961 und lebten auch weiter bis 1977 nach der Stalinschen Verfassung, und keine einzige Zeile wurde mit Beziehung auf den XXII Parteitag verändert.

Mit anderen Worten, das ganze Sujet mit der spontanen „Verwandlung“ des Staates der Diktatur des Proletariats in den „allgemeinen Volksstaat“ ist vollkommener Unsinn. Solche unter unseren „linken“ Theoretikern, die vor Chruschtschows Abschaffung der Diktatur des Proletariats verzweifelt seufzen, haben aufzuhören, das Volk zu desorientieren, es gegen die de-jure geltende Sowjetverfassung 1977 vergebens deswegen zu stimmen, dass sich in ihrer Präambel eine fehlerhafte revisionistische Formulierung eingeschlichen wurde.

Noch einmal. Bis zur Verstümmelung der Verfassung von 1977 durch den Schädling Gobatschow (kurz gesagt also bis 1985), haben wir tatsächlich in der wirklichsten Diktatur des Proletariats gelebt, und wenn der „Sowjetbürgerkongress der UdSSR“ heute für eine Restituierung der Verfassung von 1977 eintritt, so ruft er uns dorthin zurück; und wenn es uns in der Tat gelänge, ihre Gültigkeit de-facto wiederherzustellen, so giereten wir eben dorthin. ^{vi}

Was den „allgemeinen Volksstaat“ betrifft, so: an diesen Gedanke muß man sich gewöhnen.

Als man den „allgemeinen Volksstaat“ postulierte, machte man sich energisch an das Moment, dass der Staat geschichtlich gleichzeitig mit der Entstehung der Klassen erscheint, so dass er offenkundig eine Klassenformierung ist. Daraus folgte natürlich die Vorstellung, dass der Staat mit dem Verschwinden der Klassen auch „absterben“ soll.

Aber Rolle und Bedeutung eines Staates beschränken sich gewiss nicht auf seine historisch vorübergehende Funktion als Apparat der Klassenherrschaft.

Ein Staat stellt eine historisch am meisten ausgearbeitete, am meisten handlungsfähige und effektive **Strukturiertheit** einer Gesellschaft vor. Er bestimmt den Platz und die Stellung des Menschen in dieser Struktur, faktisch - im gesellschaftlichen Leben – seine Rechte und Pflichten.

Wenn die Hauptklassenteilung die Teilung zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist, worin besteht dann das Urbestreben der Ausgebeuteten?

Nicht darin etwa, dass sie ewig die Herausgeworfenen aus dem staatlichen, **politischen** Dasein bleiben, sondern darin, in dieses je nach der Möglichkeit einzudringen, ihre Rechte zu erweitern. Im Ideal heißt es, die „gesamte Welt der Gewalt“ durch Revolution zu zerstören und ein anderes, neues politisches Dasein zu schaffen, in dem „wer ein Nichts war, zum Alles werde“.*

Sinn und Pathos einer Revolution der unterdrückten Klassen, - wenn es eine Revolution und keine zwecklose und „schonungslose“ Rebellion ist, - besteht durchaus nicht darin, eine Gesellschaft ohne jede politische Strukturiertheit zu lassen, sondern darin, dass die veraltete Strukturiertheit auf die politische Realität eines höheren Grades gebracht wird, auf die bevorzugtere und gerechtere.

Die Behauptung, dass an die Stelle der Diktatur des Proletariats ein „allgemeiner Volksstaat“ treten soll, enthält grundsätzlich keinen unmarxistischen Unsinn. Fehlerhaft war hier nur dies, dass die Ankunft des „allgemeinen Volksstaates“ in den 1960er Jahren in der Wirklichkeit gar nicht geschehen ist.

Bis dahin war und blieb es noch ziemlich weit.

Übrigens: Sprach Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ etwa nicht über das „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“? ^{vii}

* (eine Zeile aus der „Internationale“ von Eugen Pottier. - Übers.)

Das Wesen des Menschen, nach Marx, ist die Gesamtheit der Gesellschaftsbeziehungen. Ein Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, ein „politisches“ in dem breiten und erhabenen Sinn, welchen die alten Griechen dem Terminus verliehen. Die Heranziehung eines Menschen an das Leben seiner „Polis“, also seines Staates, ist die fundamentale Beschreibung von Charaktereigenschaften, die ihn von einem „sprechenden Werkzeug“, von einem Sklaven, von einem Tier unterscheiden.

Wesentliche Eigenschaften eines Menschen, d.h. seine wirkende, werktätige Eigenschaften, qualifiziert Marx als **Staatsqualitäts** des Individuums.

Wirkungssphären des Staats „sind an Individuen geknüpft“, aber nicht an abstrakte physische Individuen, sondern an ihre „**Staatsqualitäts**“. Die Staatsfunktionen sind nichts anderes als „Daseins- und Wirkungsweisen der sozialen Qualitäten des Menschen“.

Hieraus leitet sich die vor uns stehende Aufgabe ab, „den Staat als die **höchste Wirklichkeit der Person**“, als die höchste soziale Wirklichkeit des Menschen“ aufzuzeigen und praktisch hervorzubringen.^{viii}

Und bei uns wurde im wesentlichen ja alles nach diesem Entwurf gestaltet.

Die sozialistische Entwicklungsphase hat in großem Umfang unselbstzweckhafte (mechanische, reproduktive) Arbeit „verstaatlicht“: dies als nötige Voraussetzung, damit sie später naturgeschichtlich „aufgehoben“ werden kann.

Übrigens, wenn sie öffentlich gepriesen und verdient belohnt wird (wie es in der Stalinschen UdSSR üblich war), dann kann es ohne besondere Mühe und Not als Arbeit – Schöpfungsgelbte gelten.

Bei unserem Eintritt in die zweite Phase des Kommunismus fängt an Arbeit – Schöpfungsgelbte selbst „verstaatlicht“ zu werden, die Arbeit als Realisierung der schöpferischen Fähigkeit der Menschen.

Es verwirklicht sich die prophetische Marxsche Forderung nach einer Verfassung, „die in sich selbst die Bestimmung und das Prinzip hat, mit dem Bewußtsein fortzuschreiten; fortzuschreiten mit dem wirklichen Menschen, was erst möglich ist, sobald der ‚Mensch‘ zum Prinzip der Verfassung geworden ist“

Es ist „notwendig, dass **die Bewegung** der Verfassung, dass **der Fortschritt zum Prinzip der Verfassung** gemacht wird, dass also der wirkliche Träger der Verfassung, das Volk, zum Prinzip der Verfassung gemacht wird. Der Fortschritt selbst ist dann die Verfassung.“^{ix}

Zum Schluss sei gefragt, wieso denn eigentlich der Staat „abzusterben“ hat? Dieser von Marx genial vorausgesehene, sozialistische „Metastaat“ hat grenzenlose Mög-

lichkeiten seiner Entwicklung „mit dem wirklichen Menschen“ vor sich, aber keinerlei „Absterben“.

Geschweige denn, daß der kommunistische „Superstaat“ ein seiner Art Konglomerat der kompliziertesten „Megasyeme“ darstellen wird, - Energie-, Produktions-, Transport-, Bildungs-, Wohnungs-, Ernährungs-, Kommunal-, Kosmos-, Wehr- u. a. Systeme, - deren Verwaltung einen tadellosen Professionalismus und anderes mehr fördern wird, was durch Dauerausbildung, Erfahrung, fein organisierte Infrastruktur erworben wird. Und sieht es auf diesem Hintergrund nicht seltsam aus, von einer Projektmacherei zu faseln, von der Übergabe solcher Megasyeme an die „öffentliche Selbstverwaltung“?

Unter unseren Bedingungen, die aus der Befreiung des okkupierten Landes erwachsen, erscheint die Rede von der „öffentliche Selbstverwaltung“ als ein offensichtliches Relikt der bürgerlichen Gesellschaft, die samt der Arbeit – Arbeitskraft und der Begleiterscheinungen in die Letha geraten soll. Dies ist eine ganz haltlose Variante der Verwaltung der zeitgemäßen hochspezialisierten Zweigvolkswirtschaft.

Nach unserer Überzeugung sollten all diese Theorien von der „staatlosen“ Verwaltung der hochentwickelten sozialistischen und kommunistischen Wirtschaft zum alten Eisen geworfen werden.

Aber aktive Staatsbürger müssen die Möglichkeit haben, an der Produktionsverwaltung teilzunehmen, allerdings nicht mittels der Ersetzung professionelle Verwaltungskörperschaften durch unqualifizierte Selbsttätigkeit, sondern mittels eines geregelten, institutionell durchgearbeiteten System der „Massenkritik von unten“ (des Stalinschen Demokratiemodelles).

Es müsste noch über vieles geredet werden...

...aber das Format des jetzigen Materials nötigt ab, einen Punkt zu setzen und Zwischenfazit zu ziehen.

Hier, im Laufe der Darlegung, entstehen von selbst unabwendbare Gegenfragen.

Ja, die brennende Aktualität Marx's und des Marxismus unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben, die objektiv-historisch den sowjetischen Kommunisten zu lösen bevorstehen, d.h. der Aufgaben der Wiedergeburt des sowjetischen Landes und seiner Wiederkehr auf sozialistischen Entwicklungsweg, unterliegt keinem Zweifel. Zweifellos ist auch die Adäquatheit der Schlussfolgerungen, die wir aus Marx schöpfen können bezüglich der Herausforderungen der Epoche.

Die Frage steht anders: Wer ist der ADRESSAT für alle unseren Beweise der Marx'schen Aktualität und seiner Richtigkeit? Inwieweit aktuell er heute und ist er adäquat der vorhandenen Herausforderungen? Der Adressat ist die kommunistische Bewe-

gung, über die wir real verfügen. Ist sie eine wirkliche kommunistische Bewegung oder ist sie es nur dem Namen nach?

Was denn für eine Bewegung ist es in der Tat?

Die oben angeführte Beweisführung wurde ja *h r z e h n t e l a n g* nicht wahrgenommen, obwohl es in der Bewegung keine vernünftigen Alternativen gab und gibt: es gibt nämlich kein gescheites Projekt der Wiederherstellung der echt sozialistischen Wirtschaft in der befreiten und wiedergeborenen UdSSR ANDERS ALS auf der Grundlage des Stalinschen Modelles; kein Projekt der Demokratisierung der Gesellschaft ANDERS ALS auf der Grundlage der Entfaltung der „Kritik von unten“; keine Konzeption der Überwindung der Grenze zwischen den niederen und höheren Phasen des Kommunismus ANDERS ALS die marxistisch-stalinistische Variante, wenn ich es so aussprechen darf.

Es wurde von niemandem bewiesen, daß Notwendigkeit des Zwischenphasensprungs „blinder Alarm“ sei und nichts uns in dieser Richtung bedrohte.

Es wurde ignoriert, dass eine Einstellung, die sich von dieser Notwendigkeit abwendet und den Kopf in den Sand steckt, überhaupt die höchste Dummheit und Verantwortungslosigkeit ist: ignoriert nämlich die **Prognosenfähigkeit** des hier entfalteten Herangehens.

Wie viele haben sich entschlossen kategorisch und auf ihr Risiko in der politischen Verhältnissen, in die wir alle durch die anwachsende „neunte Woge“ des Psychoinformationskriegs etwa gegen Ende der 1970er Jahre gebracht wurden, zu einer offenen sozial-politischen Prognose? Ich bitte die um das Handzeichen, die zu jener Zeit mit offenem Text geschrieben haben, dass sich gerade der antimarxistische, antisowjetische Sabbat in der Ideologie vollzieht, und dass, wenn wir ihm keinen Einhalt gebieten und gegen ihn keine Schranken aufzurichten, die sozialistische Ordnung umgestürzt werden wird. Wer und wohin hat darüber geschrieben? Es erscheint keiner und nirgendwohin.

Aber die oben dargelegten Auffassungen haben es doch möglich gemacht dafür Stellung zu nehmen. Und nicht deswegen, dass das alles „niemandem gefährlich“ war, wie es einige noch heute prusten, sondern wegen ihrer logischen und wissenschaftlichen Unfehlbarkeit. Unsere Prognosen haben sich ja bewahrheitet, sogar zum bezeichneten Termin, und haben die Zerstörungskraft dieser Abweichungen gezeigt.

Wie ist es möglich, von solchen ideologischen Waffen nicht Gebrauch zu machen, neben so einem Arsenal zu sitzen und dem den Rücken zuzukehren und in einer Dürftigkeit zu wühlen, die eben wirklich fähig ist, niemandem sowohl einigermaßen Positives zu erbringen als auch einen Schaden anzurichten.

Das Gesagte betrifft gleichermaßen sowohl unsere Mitkämpfer als auch diejenigen, welche unsere Anschauungen nicht teilen.

Die Mitkämpfern werden wir unermüdlich mahnen, dass wir in ihnen die selbstlosen Kämpfer für unsere sowjetische Wahrheit sehen wollen ohne jeden Schwankung, und nicht die, welche ewig schwanken, sich etwas nach Gutdünken aussuchen und „undogmatisch“ ausprobieren wollen.

Nun, abzüglich allerlei negativer Momente, die wir, unserer kommunistischen Tradition nach, als prinzipiell überwindliche betrachten, lasst uns und der gesamten fortschrittlichen Menschheit gratulieren zum 200sten Jubiläum einer Leuchte des revolutionären Befreiungsgedankens, eines Verkündigers des Humanismus und der Achtung vor den Werktätigen, eines feurigen Verteidigers aller Unterdrückten und unverdient Erniedrigten der Erdkugel – Karl MARX.

„Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk!“ *

Moskau, den 26. April 2018 (Übersetzung: V. Kovel, Gorki), Quelle: <http://cccp-kps.narod.ru/2018/2018-04-26-k-200-letiu-marxa.htm>

Anmerkungen:

¹См. Т.Хабарова. Не вернёмся в экономике к Сталину – не освободимся никогда. Вступительное слово и выступление на митинге советских граждан г. Москвы 17 марта 1998г, (Т. Khabarova, „Kehren wir in der Wirtschaft zu Stalin nicht wieder – befreien uns nie“ Anrede und Auftritt auf dem Meeting der Sowjetbürger Moskau’s am 17. März 1998. – Übers.)

²На текущий момент примерно половина их включена в сборник: Т.Хабарова. Моя война за... социалистическую модификацию стоимости (сталинскую экономическую модель), кн. 1. М., 2016. Сборник запланирован в двух книгах, вторую мы надеемся выпустить в начавшемся, 2018 году. (Са. die Hälfte wurde z.Z. im Sammelband Т. Khabarova „Mein Krieg für... die sozialistische Wertmodifikation (das Stalinsche Wirtschaftsmodell)“ eingeschlossen, Bd.1, Moskau, 2016. Der Sammelband wird in zwei Bänden eingepplant, Übers.)

³Политическая экономия. („Politökonomie“ Lehrbuch, Moskau, 1954. Autoren: akad. Ostrovitjanov u a. - Übers.)

⁴И.Сталин. Вопросы ленинизма. Госполитиздат, 1953, стр. 553. (J. Stalin „Die Fragen des Leninismus“; Moskau, 1953, S.553. Sieh hier: SW 14, S.45. - Übers.) ⁵См. об этом Т.Хабарова. „Свободные профсоюзы“ и иные события в ПНР в свете марксистской концепции двух фаз коммунистического революционного процесса. Москва, январь

* (Fr.Engels: MEW 19, S.338. – d. Übers.)

1981 г. (Darüber hier: T. Khabarova, „**Freie Gewerkschaften“ und andere Ereignisse in der Volksrepublik Polen im Lichte der Konzeption von den zwei Phasen des kommunistischen revolutionären Prozesses**“, Moskau, Jan. 1981. – Übers.)

⁶Программа Коммунистической партии Советского Союза. Госполитиздат, 1962, стр. 101. (Programm der KPdSU, die auf deren XXII Parteitag 1961 angenommen wurde. – Übers.)

⁷См. об этом Т.Хабарова. **В каком государстве мы жили и в каком окажемся по возвращении в СССР?** В кн.: Т.Хабарова. **Страна, которую мы не потеряли (Проект новой редакции Конституции СССР)**. М.–Арзамас-16, 2011. (Т. Khabarova, „**In welchem Staat lebten wir und in welchem geraten wir nach der Wiederkehr in die UdSSR hin?**“ In dem Buch: Т. Khabarova, „**Das Land, das wir nicht verloren haben (Entwurf einer neuen Redaktion der Verfassung der UdSSR)**“ Moskau – Arsamass-16, 2011. – Übers.)

⁸К.Маркс и Ф.Энгельс. Соч., т. 19, стр. 27.(MEW 19, S. 29. – Übers.)

⁹К.Маркс и Ф.Энгельс. Соч., т. 1, стр. 242, 262–263. (MEW 1, S. 223, 241. Hervorhebungen von Т.Кх. – Übers.)

¹⁰Там же, стр. 240, 284.(MEW 1, S. 221, 260. Hervorhebungen von Т.Кх. – Übers.)

Von einem eingelagerten Denkmal

Stephan M. / Sergej Turtschenko: Die Heldin der Sowjetunion Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja

Einleitung von Genossen Stephan M.:

Am 29. November ist der Tag der Ermordung der Heldin der Sowjetunion Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja.

Ihr Denkmal stand viele Jahre in Dresden. Die Stadtverwaltung Dresden hat es mit der Begründung von Baumaßnahmen in das Lapidarium der Stadt eingelagert.

Zu ihrem Geburtstag im September kamen Genossinnen und Genossen mit Blumen an ihr Denkmal ins Lapidarium. Den Behörden der Stadt wurde gezeigt, dass sie nicht vergessen ist.

Die Bemühungen um das Wiederaufstellen des Denkmals gehen weiter. In der kommenden Woche habe ich dazu ein Gespräch im Kulturrathaus der Stadt Dresden

Zur Ehrung von Soja Kosmodemjanskaja und dem Nichtvergessen wurden am 29. November an ihrem eingelagerten Denkmal in Dresden, Amt für Kultur und Denkmalschutz, Lapidarium, Hohe Str. 24, nochmals Blumen niedergelegt.

Sergej Turtschenko⁸, svpressa.ru: Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja – die unvergessene Heldin der Sowjetunion

Um die Heldentat der jungen Komsomolzin, der ersten Frau, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges „Held der Sowjetunion“ wurde, ranken sich bis heute zahlreiche Vermutungen und Klatschgeschichten. Seit dem verleumderischen XX. Parteitag der KPdSU, und noch viel mehr nach der sogenannten „Perestrojka“, geben sich in den Redaktionsstuben und Fernsehstudios, nicht nur in Rußland, die Lügenmärchenerfinder, dubiose „Zeitzeugen“ und andere Wichtiguer gegenseitig die Klinke in die Hand. Immer neue „Stories“ wurden nach der sensationsgierigen „Öffnung der Archive“ eigens zu dem Zweck entdeckt und erfunden, um die heldenhafte Geschichte der Sowjetunion, dieses ersten sozialistischen Landes der Welt, aus dem Gedächtnis der Menschheit zu verdrängen, oder wenn das schon nicht geht, so doch zumindest in den Schmutz zu ziehen. Immer wieder versuchen selbsternannte oder tatsächliche „Historiker“, ihre antikommunistischen, oft mit seitenlangen Quellenverweisen verzierten Machwerke auf den Markt zu werfen. Ohnedies hatte die Gorbatschowsche Katastrojka mit Sacharow, Solzenizyn, Jakowlew und Wolkogonow eine ganze Reihe solcher zwielichtiger Gestalten an die Oberfläche gespült, die angesichts ihrer Leistungen, die sie für ihr Heimatland erbrachten, sicherlich sehr schnell in Vergessenheit geraten wären... (wenn nicht sogar an den Galgen!)

Doch was ist alles das gegen eine wirkliche Heldentat! Und es gab sie millionenfach in der Sowjetunion, diese Helden! Das nicht nur zu Zeiten des Großen Vaterländischen Krieges. Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja war eine von ihnen. Bestehen bleibt die historische Wahrheit! Ihr Heldenmut bleibt uns für immer unvergessen.

Sergej Turtschenko

Die Wahrheit über Soja Kosmodemjanskaja

Die Geschichte der Heldentat Soja Kosmodemjanskajas erscheint im Grunde genommen schon seit der Kriegszeit wie eine Sammlung ausgewählter Texte zu Unterrichtszwecken. Wie darüber gesprochen wird, wurde irgendwie festgeschrieben. Nichtsdestoweniger erscheinen in der Presse, nicht zuletzt auch im Internet, nun auch noch irgendwelche „Offenbarungen“ eines heutigen Historikers: Soja Kosmodemjanskaja sei nicht eine Verteidigerin des Vaterlandes gewesen, sondern eine Brandstifterin, die Dörfer am Rande Moskaus zerstört, und damit die örtliche Bevölkerung bei der grimmigen Kälte zum Untergang verdammt habe. Deshalb hätten sie angeblich die Bewohner von Petrischtschewo selbst ergriffen und an die Okkupationsmacht verrä-

⁸ Quelle: svpressa.ru, Übersetzung: W. Schmidt.

ten. Und als das Mädchen hingerichtet worden sei, hätten die Bauern sie angeblich sogar verflucht.

Die „geheime“ Mission

Selten entsteht eine Lüge auf einem leeren Fleck, alle möglichen „Geheimnisse“ und unausgesprochene offizielle Deutungen der Ereignisse sind ein Nährboden dafür. Einige Umstände von Sojas Heldentat waren geheimgehalten worden, und daher wurden sie von Anfang an auch etwas verzerrt dargestellt. Sogar bis in jüngste Zeit war nach den offiziellen Versionen nicht eindeutig bestimmt, wer sie war, und was sie in Petrischtschewo konkret gemacht hat. Man nannte Soja eine Moskauer Komsomolzin, die sich ins Hinterland des Feindes begeben hatte, um Partisanen- und Aufkläreraufgaben zu erfüllen und in Petrischtschewo bei der Ausführung der Kampfaufgabe gefaßt wurde.

Unlängst lernte ich die Veteranin des Frontnachrichtendienstes Alexandra Potapowna Fedulina kennen, die Soja gut kannte. Die alte Kundschafterin berichtete:

„Soja Kosmodemjanskaja war keine Partisanin. Sie war eine Rotarmistin in der Diversionsbrigade, die der berühmte Artur Karlowitsch Sprogis führte. Im Juni 1941 bildete er den besonderen Truppenteil № 9903 für die Durchführung von Diversionshandlungen im Hinterland der gegnerischen Armeen. Sie war gebildet worden von Freiwilligen aus Komsomol-Organisationen Moskaus und des Moskauer Gebietes, und der Kommandeursbestand wurde aus den Hörern der Frunse-Militärakademie zusammengestellt. Während der Schlacht bei Moskau wurden in diesem Kundschafter-Truppenteil der Westfront 50 Kampfgruppen und Abteilungen vorbereitet. Insgesamt waren von September 1941 bis Februar 1942 89 von ihnen ins Hinterland des Gegners vorgedrungen. Sie vernichteten 3.500 deutsche Soldaten und Offiziere, liquidierten 36 Verräter, sprengten 13 Tanks mit Brennstoff und 14 Panzer. In Oktober 1941 lernte ich zusammen mit Soja Kosmodemjanskaja in einer Gruppe an der Kundschafterschule der Brigade. Später gingen wir zusammen zu Spezialaufträgen ins Hinterland des Feindes. In November 1941 wurde ich verwundet, und als ich aus dem Lazarett zurückkam, erfuhr ich die tragische Nachricht über Sojas Märtyrertod.“

„Aber warum haben Sie darüber so lange geschwiegen, daß Soja eine Frontsoldatin der Roten Armee war?“ fragte ich Frau Fedulina interessiert.

„Weil die Dokumente, die den Kampfauftrag – insbesondere von Sprogis' Brigade – beinhalten, geheimgehalten wurden. Später wurde mir ermöglicht, mich mit dem seit einiger Zeit freigegebenen Befehl des Stabes des Obersten Befehlshabers № 0428 vom 17. November 1941, bekanntzumachen, welcher von Stalin unterschrieben worden war. Ich zitiere: Man muß «der deutschen Armee der Möglichkeit entziehen, sich in den Dörfern und den Städten einzurichten, die deutschen Eroberer aus allen besiedelten Punkten aufs Feld in die Kälte hinauswerfen, sie aus allen Räumen und warmen

Zufluchtsorten ausräuchern und zwingen unter freiem Himmel zu frieren. Es sind alle besiedelten Punkte im Hinterland der deutschen Armeen in einer Entfernung 40-60 km in der Tiefe von der Hauptkampflinie und auf 20-30 km nach rechts und nach links von den Wegen zu zerstören und niederzubrennen. Für die Vernichtung der besiedelten Punkte im angegebenen Handlungsraum, hat die Luftflotte sofort zu bombardieren, mit Artillerie und Minenwerfern, mit den Abteilungen der Aufklärer, Skiläufer und Diversantengruppen, die mit Flaschen mit Zündsatz, mit Granaten und von den Sprengmitteln versehen sind, ist ein breites Feuer zu eröffnen. Beim erzwungenen Rückzug unserer Truppen.... hat die sowjetische Bevölkerung unbedingt fortzuführen, ausnahmslos alle besiedelten Punkte zu zerstören, so daß der Gegner sie nicht verwenden kann“.

Eine solche Aufgabe erfüllten im Moskauer Gebiet die Kämpfer der Abteilung von Sprogis, einschließlich der Rotarmistin Soja Kosmodemjanskaja. Wahrscheinlich wollten die Führung des Landes und der Streitkräfte nach dem Krieg keine Informationen darüber verbreiten, daß die Kämpfer der Sowjetarmee im Moskauer Gebiet Dörfer niederbrannten, und deshalb war es lange Zeit nicht wünschenswert, den obengenannten Befehl des Stabes und andere derartige Dokumente freizugeben.

Natürlich wirft dieser Befehl ein sehr ungesundes und vieldeutiges Licht auf die Moskauer Schlacht. Aber die Wirklichkeit des Krieges ist wesentlich grausamer, als unsere heutigen Vorstellungen darüber. Es ist nicht bekannt, wie diese blutigste Schlacht des Zweiten Weltkrieges ausgegangen wäre, wenn die Faschisten die Möglichkeit gehabt hätten, sich in den geheizten ländlichen Hütten auszuruhen und in den Kolchoskantinen die Taschen zu füllen. Aus diesem Grunde bemühten sich viele Kämpfer der Abteilung von Sprogis, nur jene Hütten anzuzünden und zu sprengen, wo sich die Faschisten einquartiert und ihre Stäbe eingerichtet hatten. Man braucht auch sicherlich nicht zu betonen, daß es, wenn der Kampf um Leben oder Tod geht, für das Handeln der Menschen wenigstens zwei Wahrheiten gibt: die eine – eine menschliche (um jeden Preis überzuleben), die andere – eine heldenhafte (die Bereitschaft zur Selbstaufopferung für den Sieg). Gerade das Aufeinanderprallen dieser zwei Wahrheiten geschah 1941 und geschieht auch heute, wenn es um die Sojas Heldentat geht.

Was geschah in Petrischtschewo?

In der Nacht vom 21. zum 22. November 1941 überquerte Soja Kosmodemjanskaja mit ihrer speziellen Diversions- und Aufklärungsgruppe von 10 Personen die Frontlinie. Schon auf besetztem Gebiete trafen die Kämpfer in der Tiefe des Waldes auf eine feindliche Streife. Einer kam um, ein anderer lief vor Angst zurück, und nur drei – der Kommandeur der Gruppe Boris Krajnov, Soja Kosmodemjanskaja und der Komso-molorganisorator der Aufklärerschule Wassili Klubkow setzten ihren Weg entsprechend der zuvor festgelegten Strecke fort. In die Nacht vom 27. zum 28. November erreichten sie das Dorf Petrischtschewo, wo sie den Auftrag hatten, neben anderen militäri-

schen Objekten der Nazis, den unter einem Pferdestall sorgfältig getarnten Stützpunkt der funk- und nachrichtentechnischen Aufklärung zu zerstören.

Der Älteste, Boris Krajnow, legte die Aufgaben fest: Soja Kosmodemjanskaja hatte in den südlichen Teil des Dorfes vorzudringen und mit Brandflaschen diejenigen Häuser zu zerstören, wo sich die Deutschen einquartiert hatten, Boris Krajnow sollte sich den zentralen Teil des Dorfes vornehmen, wo der Stab untergebracht war, und Wassili Klubkow den nördlichen. Soja Kosmodemjanskaja hatte ihren Kampfauftrag erfolgreich ausgeführt und mit den Brandflaschen zwei Häuser und ein feindliches Auto zerstört. Doch hat beim Rückzug in der Wald, als sie schon weit vom Ort des Anschlags entfernt war, bemerkte sie Ortsälteste Swiridow. Er rief die Faschisten herbei. Und Soja wurde verhaftet. Die dankbaren Besatzer füllten Swiridow ein Glas mit Wodka, wie die Dorfbewohner Petrischtschewo nach der Befreiung darüber erzählten.

Soja wurde lange und bestialisch verhört, gab aber keine Information weiter, weder über die Abteilung, noch darüber, wo ihre Genossen warten sollten. Doch bald darauf hatten die Faschisten auch Wassili Klubkow festgenommen. Er bekam es mit der Angst zu tun erzählte und zeigte ihnen alles, was er wußte. Wie durch ein Wunder schaffte es Boris Krajnow, in den Wald zu entkommen.

Der Verräter

In der Folge wurde Klubkow von den faschistischen Spionen umgedreht und mit einer „Legende“ über seine Flucht aus der Gefangenschaft zurück in die Abteilung von Sprogis geschickt. Aber dort hat man ihn schnell überführt. Beim Verhör berichtete Klubkow von Sojas Heldentat.

Aus dem Verhörprotokoll vom 11. und 12. März 1942:

„Frage: Präzisieren Sie die Umstände, unter denen Sie in Gefangenschaft geraten sind?“

Antwort: Als ich zu dem mir bestimmten Haus kam, habe ich die Brandflasche angebrochen und geworfen, aber sie ging nicht in Flammen auf. Da sah ich in der Nähe von mir zwei deutsche Posten und ich bekam Angst, und lief in den Wald, der 300 Metern vom Dorf gelegen ist. Als kaum in der Wald gelangt war, haben sich zwei deutschen Soldaten auf mich geworfen, haben mir die Pistole mit den Patronen, die Taschen mit fünf Brandflaschen und die Notration abgenommen, wobei auch ein Liter Wodka war.

Frage: Welche Aussagen Sie haben dem Offizier der deutschen Armee gemacht?

Antwort: Als mich dem Offizier übergaben, hatte ich Angst und erzählte, daß wir zu dritt gekommen sind und nannte die Namen Krainow und Kosmodemjanskaja. Der Offizier gab den deutschen Soldaten auf Deutsch irgendeinen Befehl, sie gingen

schnell aus dem Haus und brachten nach einigen Minuten Soja Kosmodemjanskaja. Ob sie auch Krajnow gefaßt haben, weiß ich nicht.

Frage: Waren Sie beim Verhör Kosmodemjanskajas anwesend?

Antwort: Ja, ich war anwesend. Der Offizier fragte sie, wie sie das Dorf angezündet hat. Sie antwortete, daß sie das Dorf nicht angezündet hat. Danach begann der Offizier, Soja zu verprügeln und forderte Aussagen, aber sie lehnte es kategorisch, zu antworten. Während ihrer Anwesenheit gab ich dem Offizier an, daß sie wirklich Soja Kosmodemjanskaja ist, die zusammen mit mir ins Dorf gekommen war, um Diversionsakte auszuführen, und daß sie den südlichen Rand des Dorfes angezündet hat. Auch danach antwortete Kosmodemjanskaja nicht auf die Fragen des Offiziers. Als sie sahen, daß Soja schweigt, zogen einige Offiziere sie nackt aus und verprügelten sie, um Aussagen zu bekommen, 2–3 Stunden brutal mit Gummiknüppeln. Kosmodemjanskaja erklärte den Offizieren: ‚Töten Sie mich, ich werde Ihnen nichts erzählen.‘ Danach wurde sie abgeführt, und ich sah sie nicht mehr.“

Aus dem Verhörprotokoll der A.W.Smirnowa vom 12. Mai 1942:

„Am folgenden Tag nach dem Brand befand ich mich bei meinem verbrannten Haus, da kam die Bürgerin Solina zu mir und sagte: ‚Gehen wir, ich werde dir zeigen, wer dich angezündet hat.‘ Nach diesen von ihr gesagten Worten sind wir zusammen ins Haus von Kulikow gegangen, wo sich der Stab eingerichtet hatte. Als wir ins Haus gingen, haben Soja Kosmodemjanskaja gesehen, die von deutschen Soldaten bewacht wurde. Ich und Solina fing an, sie zu beschimpfen, außer dem Schimpfen habe ich auf Kosmodemjanskaja zwei Mal mit dem Fausthandschuh ausgeholt, und Solina hat sie mit der Hand geschlagen. Weiter hat uns Walentina Kulik nicht erlaubt, die Partisanin zu verhöhnen, da sie uns aus dem Haus warf. Während der Hinrichtung von Soja Kosmodemjanskaja, als die Deutschen sie zum Galgen brachten, ich habe einen Holzstab genommen, bin zu dem Mädchen hingegangen habe sie vor den Augen aller Anwesenden auf die Beine geschlagen. Es war in jenen Moment, als die Partisanin unter dem Galgen stand, was ich dabei sagte, ist mir nicht mehr in Erinnerung.“

Die Hinrichtung

Aus den Aussagen des Einwohners des Dorfes Petrischtschewo W.A.Kulika: *„Man hatte ihr ein Schild umgehängt, auf dem auf russisch und deutsch geschrieben war: ‚Brandstifterin‘. Sie wurde unter den Armen gegriffen und zum Galgen geführt, da wegen der Foltern schon nicht mehr selbständig gehen konnte. Um den Galgen herum standen viele Deutsche und Einwohner. Als man sie zum Galgen brachte, begann man, sie zu fotografieren.*

Sie rief laut: ‚Bürger! Steht nicht herum, schaut nicht zu, man muß der Armee helfen, zu kämpfen! Mein Tod für die Heimat ist das Ergebnis meines Lebens.‘“ Dann sagte sie: ‚Genossen, der Sieg wird unser sein. Deutsche Soldaten, noch ist es nicht zu spät,

begebt euch in Gefangenschaft. Die Sowjetunion ist unbesiegbar und sie wird nicht besiegt werden.' Das sagte sie alles in dem Moment, als sie fotografiert wurde.

Dann stellten sie einen Kasten hin. Sie stieg ohne jeden Befehl, woher sie die Kräfte nahm, von selbst auf den Kasten. Ein Deutscher kam hinzu und begann, die Schlinge anzuziehen. In dieser Zeit rief sie: ‚Wie viele von uns ihr auch erhängen werdet, ihr werdet uns nicht alle umbringen, wir sind 170 Millionen! Aber unsere Genossen werden sich für mich an euch rächen.‘ Das sagte sie schon mit der Schlinge um den Hals gesagt. Sie wollte etwas noch sagen, aber in diesen Moment wurde der Kasten unter ihren Füßen weggestoßen, und sie wurde erhängt. Instinktiv hat noch mit der Hand nach dem Strick gegriffen, aber der Deutsche schlug ihr auf den Arm. Danach wurde sie abgetrennt.“

Einen ganzen Monat lag der Leichnam des Mädchens im Zentrum von Petrischtschewo. Erst am 1. Januar 1942 erlaubten es die Deutschen den Bewohnern, Soja zu begraben.

In der Januarnacht 1942 während der Kämpfe um Moshajsk kamen einige Journalisten in eine vom Brand verschonte ländliche Hütten im Rayon Puschkino. Der „Prawda“-Korrespondent Pjotr Lidow unterhielt sich mit einem betagten Bauern, der ihm erzählte, daß ihn die Okkupation im Dorf Petrischtschewo überrascht habe, wo er die Todesstrafe irgendeines Moskauer Mädchens gesehen habe: *„Als man sie erhängte, hielt sie eine Rede. Man wollte sie erhängen, und sie drohte ihnen allen...“*

Die Erzählung dieses Alten war für Lidow so erschütternd, daß er noch in der selben Nacht nach Petrischtschewo ging. Der Korrespondent fand keine Ruhe, bis er nicht mit allen Einwohnern des Dorfes gesprochen hatte und alle Einzelheiten der Ermordung unserer russischen Jeanne d'Arc – so nannte er die Hingerichtete, die er für eine Partisanin hielt. Bald darauf kehrte er zusammen mit dem Bildberichtersteller der „Prawda“, Sergej Strunnikow, zurück. Das Grab wurde geöffnet, ein Foto gemacht und den Partisanen gezeigt.

Einer der Partisanen aus der Werejsker Abteilung erkannte in der Hingerichteten das Mädchen, welchem er am Tag, bevor sich die Tragödie von Petrischtschewo ereignet hatte, im Wald begegnet war. Sie hatte sich Tanja genannt. Unter diesem Namen ging die Heldin in den Artikel Lidows ein. Erst später hat sich dann herausgestellt, daß dies ein Pseudonym war, das Soja sich zwecks der Konspiration zugelegt hatte.

Den tatsächlichen Namen der in Petrischtschewo Anfang Februar 1942 Hingerichteten ermittelte erst die Kommission des Moskauer Stadtkomitees des Komsomol. In der Akte vom 4. Februar wurde festgestellt:

«1. Die Bürger des Dorfes Petrischtschewo (es folgen die Nachnamen) haben an Hand der von der Aufklärungsabteilung des Stabes der Westfront vorgelegten Foto-

grafien erkannt, daß es sich hier bei der Hingerichteten um die Komsomolzin Soja A. Kosmodemjanskaja handelt.

2. Die Kommission nahm die Öffnung des Gräbes vor, wo Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja beerdigt worden war. Die Besichtigung der Leiche... hat noch einmal bestätigt, daß die Hingerichtete die Genossin Sonja A. Kosmodemjanskaja ist.»

Am 5. Februar 1942 bereitete die Kommission des Moskauer Stadtkomitees des Komsomol ein Schreiben vor, mit dem Vorschlag, Soja Kosmodemjanskaja postum den Titel „Held der Sowjetunion“ zu verleihen. Und bereits am 16. Februar 1942 wurde ein entsprechender Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gefaßt. Daraufhin wurde die Rotarmistin Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja als erste Frau im Grossen Vaterländischen Krieg mit dem Goldenen Stern eines „Helden der Sowjetunion“ geehrt.

Der Dorfälteste Swiridow, der Verräter Klubkow, und die Kollaborateure der Faschisten Solina und Smirnowa wurden zur Höchststrafe verurteilt.

Fernstudium

Frank Flegel: Bericht von den beiden vierten Seminaren unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv

An den Wochenenden 1./2. und 8./9. Dezember 2018 fanden die vierten Seminare unseres Fernstudiums statt. Anwesend waren insgesamt 48 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Nach der obligatorischen Wiederholung ging es zunächst um die Staatstheorie, dies zunächst allgemein, Stichwort: der Staat ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Niederhaltung einer anderen; dann konkret um den bürgerlichen Staat, dessen Charakter (ideeller Gesamtkapitalist), dessen Aufgaben (Garantie des Rechtssystems, Herstellung und Garantie allgemeiner Produktionsbedingungen, wozu nicht nur die Infrastruktur, sondern beispielsweise auch die Außenpolitik gehört, und Aufrechterhaltung des Systems, also Polizei, Militär, Sozialsysteme usw.) und dessen Formen bei Beibehaltung der Aufgaben (konstitutionelle Monarchie, bürgerlicher Parlamentarismus, Militärdiktatur, Faschismus).

Danach war der Überblick über die kapitalistische Gesellschaft beendet, nun ging es um die Alternative, den Sozialismus/Kommunismus. Wir machten uns noch einmal

die logische Kette Ware-Geld-Kapital-Akkumulation-Monopolisierung-Imperialismus-Krieg klar und mussten daraus zwei Schlussfolgerungen ableiten. Erstens: Die innere Logik dieser Kette, das Wertgesetz, ist nicht mit Verschönerungsmaßnahmen und wohlmeinenden Sozialprogrammen außer Kraft zu setzen; und zweitens: es gibt keine andere Alternative als die Aufhebung des Kapitalismus, d.h. die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Vergesellschaftung, also eine völlig andere Ökonomie als die kapitalistische.

Damit kamen wir zur viel diskutierten Frage, wie denn diese neue Gesellschaft beschaffen sein muss, ob es allgemeine Kriterien für sie gibt oder nur stets besondere „Modelle“. Wie sich zeigte, gibt es natürlich allgemeingültige Kriterien für den Sozialismus/Kommunismus, die aus der Elend und Krieg schaffenden Funktionsweise des Kapitalismus abgeleitet werden können und müssen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Produktion nach einem gemeinschaftlichen Plan, Verausgabung der Arbeit nicht als Privatarbeit, die erst über den Umweg des Marktes und der Wertrealisierung im Geld ihre gesellschaftliche Leistung zeigen kann, sondern unmittelbar gesellschaftliche Verausgabung der Arbeit in Einheit mit dem gemeinschaftlichen Plan und den vergesellschafteten Produktionsmitteln. Gebrauchswertproduktion statt Wertproduktion.

Danach haben wir uns über den sozialistischen Staat Gedanken gemacht und natürlich zunächst festgestellt, dass auch er die Funktion der Unterdrückung einer Klasse durch die andere hat, hier die Unterdrückung der Bourgeoisie durch das Proletariat. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zum bürgerlichen Staat: der Staat hält sich nicht weitestgehend aus den ökonomischen Entscheidungsfindungen heraus, wie es der bürgerliche tut und tun muss, weil die Ökonomie dem Privateigentum unterliegt, sondern der Staat konzentriert bei sich möglichst alle Produktionsinstrumente, organisiert eine gesellschaftliche, demokratische Planerarbeitung und bekommt damit eine völlig neue Funktion: er wird Gesellschaft.

Wir sahen dann, dass diese Schlussfolgerungen schon unsere Klassiker gezogen haben und dass diese Schlussfolgerungen allgemeingültig sind. Allerdings sind sie in konkreten gesellschaftlichen Prozessen nicht von heute auf morgen realisierbar, denn der Sozialismus findet ja nicht im luftleeren Raum statt, sondern unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, mit konkreten Menschen und in einer konkreten, historischen Klassenkampfsituation. So wird das Allgemeine im je Konkreten variiert, darf aber nie aufgehoben werden.

Soweit der erste Tag. Am zweiten Tag beschäftigten wir uns dann mit den konkreten Problemen beim Aufbau des Sozialismus, bei diesem Seminar mit der Geschichte der Sowjetunion. (Beim nächsten Seminar wird es um die Geschichte der DDR gehen.)

Wir machten uns also die Klassensituation in Russland vor der Revolution klar, untersuchten den so genannten Kriegskommunismus, die Neue Ökonomische Politik, die Aufstellung des ersten Fünf-Jahr-Planes, die Beschlüsse und deren Umsetzung zur

Industrialisierung des Landes und zur Kollektivierung der Landwirtschaft und deren Verlauf, sahen uns die Wirtschaftszahlen an, vor allem die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Produktivkraft und führten uns das erreichte Niveau des sozialen Fortschritts vor Augen.

Nach dieser Analyse des Aufbaus des Sozialismus widmeten wir uns der Periode des Abbaus desselben: wir analysierten die Wirtschaftspolitik der Ära Chruschtschow mit der Aufhebung der Verbindlichkeit der Planung und der Privatisierung wichtiger Produktionsmittel, die Kossygin-Reformen hin zur Eigenfinanzierung der Investitionsmittel durch die Betriebe, schließlich die Ära Gorbatschow mit der Legalisierung der Schattenwirtschaft, der Renaissance der kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften und der Beschränkung der Produktabnahme des Staates für die Betriebe auf 50%. Nach all diesem mussten wir feststellen, dass das Ganze flankiert wurde von politischen Maßnahmen wie der Postulierung des „gemeinsamen Hauses Europa“, der These von der „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ und ähnlichem. Die Sowjetunion wurde ökonomisch und politisch Schritt für Schritt vom Revisionismus zerstört.

Bei den beiden fünften Seminaren werden wir die Geschichte der DDR, dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, studieren und uns danach sehr genau dem Revisionismusproblem annehmen.

Melodie & Rhythmus

Redaktion offen-siv: Die linke Kulturzeitschrift „Melodie und Rhythmus“ erscheint wieder!

Mit der Ausgabe „1. Quartal 2019“ ist das „Magazin für Gegenkultur“, die Zeitschrift „Melodie und Rhythmus“ wieder erschienen. Sie hatte ihr Erscheinen wegen finanzieller Engpässe einstellen müssen.

Aber dann geschah etwas ganz Wunderbares: viele Abonnenten/innen forderten, obwohl vom Verlag angeboten, den Rest ihrer Abogebühren nicht zurück, obwohl sie zunächst ja keine „Melodie und Rhythmus“ mehr erhielten. Kulturschaffende organisierten eine Solidaritätskampagne. In linken und kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften wurde solidarisch berichtet und zur Unterstützung aufgerufen. Und so gelang das fast Unmögliche: Mehr als 1.600 zusätzliche Abos wurden gewonnen – für eine Zeitschrift, die nicht erscheint, aber damit sie wieder erscheinen kann.

Die aktuelle Ausgabe vereint so interessante Themen wie einen Bericht über das systemkritische Kabarett, eine Vorstellung von Street-Art-Künstlern, die gegenhalten

wollen gegen die kapitalistische Manipulation, eine Darstellung der DDR-Kultur und ihrer Bedeutung, eine Analyse der Weltflucht durch neue Innerlichkeit und Hippie-Kultur, eine Erinnerung an das Requiem für Che Guevara, eine Reflexion über die Bedingungen der Kulturproduktion heute „Markt frisst Kunst“, eine Fotoreportage über den Neofaschismus in Österreich, eine Darstellung der kulturellen Leistungen von 60 Jahren kubanischer Revolution, eine Vorstellung von künstlerisch-musikalischen Reaktionen auf den Gaza-Krieg 2008/9, eine Reportage über die Faschisten in der Ukraine und deren Propagandamittel, einen Überblick über die künstlerische Verarbeitung des Mordes an Rosa Luxemburg, ein Gespräch mit Konstantin Wecker „Kein Künstler darf sich jetzt mehr raushalten“, dazu die Vorstellung zahlreicher musikalischer Neuerscheinungen und noch vieles mehr.

Schon diese Themen zeigen die Linie dieser Zeitschrift und ihre thematische Vielfalt.

Das Bedeutendste dieser Ausgabe „1. Quartal 2019“ aber ist nach unserer Auffassung der Entwurf für ein „Manifest für Gegenkultur“. Der Entwurf besteht aus 38 Artikeln. Wir können ihn hier nicht komplett nachdrucken, zitieren aber ausführlich daraus. Seht bzw. lest selbst:

Melodie und Rhythmus: Manifest für Gegenkultur, Entwurf, Auszüge

„I.- Wir setzen auf das revolutionäre Potenzial der Kunst. Sie kann die Fesseln des Bestehenden ästhetisch sprengen, seine bittere Realität transzendieren und die Vorstellungen einer anderen Welt aufleuchten lassen.

II.- Wir begreifen die wahre Freiheit der Kunst vor allem als den Zustand nach ihrer Befreiung vom Warencharakter. (...)

V.- Wir unterstreichen Brechts Feststellung, dass Realismus nicht ist, wie die wirklichen Dinge sind, sondern wie die Dinge wirklich sind. Nicht an Kunstformen oder -stile – an die Klassenfrage ist der Realismus gebunden. (...)

VI.- Wir bemessen die Relevanz der Kunstwerke an ihrer Haltung zur Realität, dem Grad der Tiefe, mit der sie der Widersprüche der gegenwärtigen Gesellschaft gewahr werden, nicht an subjektiven Kriterien des „Geschmacks“ oder ihrem Tauschwert. (...)

VIII.- Wir verstehen den Künstler als Vertreter des ideellen gesellschaftlichen Gesamtsubjekts. Sein individuelles Schaffen ist nicht Ausdruck eines Genies, sondern die persönliche Entwicklung in einer gesellschaftlichen Entwicklung. (...)

XI.- Wir huldigen mit Peter Altenberg der wahren Individualität des Künstlers und wollen nicht der Einzige, der Egoist, der Egozentriker, sondern der Erste sein, der nur allein vorausseilt, um den Weg dorthin zu weisen, wohin die Menschen kommen müssen, ... (...)

XVII.- Wir ziehen Erkenntnisse aus den für kommerziellen Erfolg produzierten Werken von scheinbar standpunktlosen zeitgenössischen Künstlern. Ihre schrillen Überzeichnungen, ihre hysterische Fröhlichkeit, Leere und Apathie karikieren das lebensfeindliche System und verweisen auf dessen Bruchstellen. (...)

XX.- Wir empfinden den gleichen Graus gegenüber dem (deutschen) Untertan wie Heinrich Mann. Die Spießer, die damals über den Mord an Luxemburg und Liebknecht feixten, wie die biedermännischen geistigen Brandstifter, die heute an brennenden Flüchtlingsheimen ihre geifernde Freude haben: Es ist stets derselbe autoritäre Charakter, der nach unten tritt und sich dafür von oben treten lässt. Daher werden wir ihm überall, im Konzertsaal wie auf der Straße, nach dem Vorbild von Karl Kraus mit Ironie und Spott begegnen – vor allem mit Abscheu. (...)

XXVII.- Wir begreifen Erinnerungskultur als Akt der Rettung der Vergangenheit im Sinne einer eingedenkenden Solidarität mit den Verfolgten, Niedergeknüppelten, aber nicht widerlegten – auch und gerade der Künstler unter ihnen. (...)

XXIX.- Wir verweigern uns allem Amusement, das als Fluchthelfer dient vor dem Wissen von der Veränderbarkeit der Welt und der Dringlichkeit widerständigen Handelns. (...)

XXXVIII.- Wir wollen wie Ernst Busch „die Herzen in Brand setzen“ für die kommenden Kämpfe. Alles historisch Gewordene ist auch historisch überwindbar. Selbst die bleiernste Zeit kann bewegt werden, sogar eine astronomische Dämmerung den Anbruch eines strahlend schönen Morgens einleiten.

In der Tradition aller Künstler, Kulturschaffenden und Intellektuellen, die Gegenkultur als fundamentale Opposition gegen die Ausbeutergesellschaft verstanden haben, wissen wir, dass der Tag kommen wird, an dem wir unseren Widerstand nicht mehr bloß an unsere Gedichte, Lieder, Zeichnungen delegieren können und wir das größte Kunstwerk der Menschheit mit hervorbringen müssen: die Weltrevolution.“

Am 8. Juni soll in Berlin eine öffentliche Künstlerkonferenz zum Entwurf dieses Manifestes stattfinden.

Ihr werdet uns zustimmen: Diese Zeitschrift ist einzigartig.

Wir wünschen ihr eine weite Verbreitung, viele neue Abonnenten/innen und für die Zukunft eine gesicherte Existenz.

Anna und Frank

Kontakt: „Melodie und Rhythmus“, Verlag 8. Mai, Torstr. 6, 10119 Berlin,

Tel: 030-53635582,

Internet: www.melodieundrhythmus.com

Aus der Leser/innen-Post

Karsten Schönsee: 30 Jahre nach der Konterrevolution Antwort auf die Frage geben: „Wie konnte das geschehen?“

Lieber Genosse Frank,

beim ersten Überfliegen des neuen offen-siv Heftes 9-2018 zeigt sich wieder einmal, wie notwendig und gelungen diese Zeitschrift ist.

Im Besonderen möchte ich kurz auf die Kritik von Jörg Wegener an meinem Artikel "Warum siegte die Konterrevolution 1989/1991?" eingehen: Der (vorläufige) Sieg der Konterrevolution über die sozialistischen Länder 1989/1991 ist keine rein "deutsch" (nur DDR und SED betreffend) zu verstehende Erscheinung, sondern eine internationale. Zudem hat der Kapitalismus/Imperialismus nicht in allen sozialistischen Ländern gesiegt. Die DVRK ist weiterhin das Leuchtfeuer des Sozialismus in der Welt. Daher ist es m.E. schon interessant zu sehen, warum sich der Sozialismus in der DVRK erfolgreich gegen den Imperialismus hält, während z.B. die DDR vom BRD-Imperialismus annektiert werden konnte. Und wer könnte diese Gründe besser darlegen und herausarbeiten, als die Genossen Kim Il Sung und Kim Jong Il in ihren Analysen aus den 1990er Jahren? Daher die langen Zitate (von über 14 Druckseiten).

Klar müssen Kommunisten 30 Jahre nach der Annexion der DDR eine Antwort auf die Frage "Wie konnte das geschehen?" geben und darlegen, warum der Revisionismus in der DDR/SED so stark werden konnte. Aber hier liefern uns die Schriften des Genossen Kurt Gossweiler viele wertvolle Hinweise, z.B.:

* Die drei offen-siv-Bände von Kurt Gossweiler, *Wie konnte das geschehen?*, Bodenfelde, 2017

* Kurt Gossweiler, *Wider den Revisionismus*, München, 1997. (Insbesondere der darin enthaltene Vortrag "Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus (1993), S. 341-386)

Um meinem Ruf als Kim-Jong-Il-Zitator gerecht zu werden, noch eine kurze Anmerkung zur Rubrik "Konterrevolution auf Filzplätzen" des neuen offen-siv Heft 9-2018: Das Schreiben an die Lehrer und Studenten der Hochschule für Volkswirtschaft anlässlich des 45. Jahrestages

ihrer Gründung vom 1. Juli 1991 "ZUR GRÜNDLICHEN ANEIGNUNG UNSERER EIGENEN THEORIEN ÜBER DIE SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSLEITUNG" des Genossen Kim Jong Il liefert sehr wertvolle, theoretische Anmerkungen zur konkreten Ausgestaltung der Politischen Ökonomie der sozialistischen Planwirtschaft und ist meines Wissens auch nicht im Internet zu finden (Quelle: Kim Jong Il, Ausgewählte Werke Band 11, Pyongyang, Juche 95 (2006), S. 362-411).

Mit kommunistischen Grüßen, Karsten

Jörg Wegener: Der wichtigste Beitrag

Liebe offen-siv-Redaktion,

auch die Ausgabe November-Dezember ist euch wieder gelungen.

Der Beitrag zu Wagenknechts „Aufstehen“-Bewegung entlarvt deren Funktion im Ränkespiel in der Dämmerung des faulenden und doch weiterkämpfenden Imperialismus.

Der wichtigste Beitrag ist jedoch Wilkes Interview mit Wolfgang Berghofer. Empfehlenswert sind ergänzend unbedingt auch den auf Youtube zugänglichen Interviews „Mauerfall“, „Die Illusion der X. Weltfestspiele“ und „Keine Schachfigur wie die DDR begann zu scheitern“, weil sie die Person Berghofer authentischer darstellen.

Nach Lesen des abgedruckten Interviews sowie der Filmschau obiger Filme stellt man sich unmittelbar die Frage: ist der Berghofer ein Scharlatan und begnadeter Schauspieler oder beschreibt er das Innenleben der SED im Wesentlichen richtig und treffend. Als zumindest etwas zweifelhaft darf seine Äußerung zur angeblichen Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED gelten. Darüber hinaus bleibt der bedrückende Eindruck, daß er ganz überwiegend Tatsachen beschreibt und das Innenleben der SED treffend umschreibt.

Er charakterisiert eine SED, die spätestens mit der erst in Polen und dann auch in Ungarn wie auch in der Sowjetunion offen betriebenen Konterrevolution Anfang und Mitte der 1980er Jahre einen Staat regierte der durch ihre Schutzmacht militärisch weder zu verteidigen war noch wirtschaftlich (Öllieferungen) subventioniert werden konnte. Die DDR war ab Mitte der 1980er Jahre militärisch faktisch zum entlegenen Außenposten der Sowjetunion geworden, weil ihre direkten östlichen Landverbindungen zur Schutzmacht suspekt geworden waren. Damit waren ihr wirtschaftlicher und politischer Niedergang unwiderruflich eingeläutet.

Diese Umstände konnten weder Staats- noch Parteiführung in der DDR zur ihren Gunsten verändern.

Nachdenklich machen jedoch seine Äußerungen zur sich verstärkenden Isolierung der höchsten Spitzen in Partei, Staat und Gesellschaft und die Hybris im Kreise vieler hoher Parteifunktionäre. Im letzten Jahr der DDR – 1989 – wurde der gesamte Apparat praktisch nicht mehr aktiv geführt sondern trieb von äußeren Impulsen getrieben führerlos dahin.

Das eigentliche Drama ist jedoch die Bankrotterklärung der Avantgarde der Arbeiterklasse – der SED – die angetreten war eine Partei leninschen Typs zu sein. Eine solche Elite – sie darf aufgrund eigenen Anspruchs so genannt werden – läuft den Entwicklungen niemals hinterher sondern schreitet ihr voran, andernfalls ist sie überflüssig. Dazu war die SED in dieser Phase nicht mehr in Lage.

Zu ihrer Entlastung kann angeführt werden, daß die DDR dezidiert Frontstaat des Warschauer Vertrags in der Systemauseinandersetzung war und unmittelbar an die wirtschaftlich wie militärisch übermächtige BRD grenzte und durch ihre Bevölkerung ein „Schaufenstervergleich“ durchgeführt werden konnte. Beim Schaufenstervergleich konnte die DDR nur verlieren.

Welche Schlußfolgerungen müssen kommunistische Parteien aus dem Versagen der SED ableiten? Der Klassenkampf wird nicht einfacher, die Bourgeoisie wird kein Pardon geben. Einen kleinbürgerlichen Wohlfühlsozialismus mit einer Massenpartei DDR-scher Prägung, die glaubte das Volk zu kennen, wird es nicht mehr geben.

Was kann daraus als bewahrenswertes Erbe für die bevorstehenden Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Krieg, Verarmung und Unterdrückung gegen die sie beherrschende Klasse weitergeführt werden?

Viele Grüße und weiterhin viel Erfolg,

Jörg

Hermann Jacobs: Nichts Besonderes

Lieber Frank,

die Rosa-Luxemburg-Stiftung/Helle Panke e.V. veranstaltete am 27. April 2018 in Berlin eine Konferenz zum Thema „Reformen im Realsozialismus der 60er Jahre...“, also Prag, NÖS usw. Darüber berichteten die „Pankower Vorträge“, Heft 217 und 221. Eine der Vortragenden – Prof. Dr. Erika Maier (früher Hochschule für Ökonomie) – erwähnte mich und die „offen-siv“; mich, weil ich von der NÖS als einer „eklatanten Fehlleistung“ geschrieben habe – in der „offen-siv; und die „offen-siv“, weil

sie die Kategorien „Wertgesetz, Preis und Gewinn“ „als Teufelszeug und mit einer sozialistischen Gesellschaft unvereinbar angesehen“ habe.

Nichts Besonderes – am Schluss sprach sie sogar davon: „Vielleicht gelingt es, miteinander ins Gespräch zu kommen und Kompromisse zu finden“ – jedenfalls wollte ich Dich informieren.

Viele Grüße, Hermann

Vitali Kobel: Ich gratuliere der Zeitschrift „offen-siv“ zum 25-jährigen Jubiläum!

Die Redaktion tritt konsequent als Vorkämpfer für den Marxismus-Leninismus ein, für die Einheit und Reinheit der kommunistischen Bewegung. Es bleibt heute die Hauptaufgabe der nationalen und internationalen kommunistischen Bewegung und sollte möglichst bald gelöst sein.

Was uns dabei mangelt ist aus meiner Sicht die folgerichtige klassenmäßige Herangehensweise. Der Klassenkampf ist nicht beendet und verschärft sich sogar. Ob jemand noch denkt, eine Reihe der sozialistischen Länder sei von sich selbst, gleichzeitig (wie verabredet) „zusammengebrochen“? Wenn der Klassenfeind klug ist, kann er nicht umhin, die Arbeiter- und kommunistische Bewegungen zu spalten und zu enthaupten. Seine Taktik ist so alt wie die Welt: „Divide et impera!“, und wenn sich die Arbeiterbewegung trotzdem in die Breite entwickelt, dann verwendet er eine andere Taktik: sich an die Spitze zu stellen, um die Massen ins Abseits, auf falsche Wege zu führen.

Das dürfen wir nie vergessen.

Herzlich, Vitali

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

